

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

# AUSDRUCK

**März 2020**

18. Jahrgang - Ausgabe 100

**Einzelpreis: 4,50€**

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:

## RÜSTUNG DIGITAL

KI und Geopolitik  
Digitalisierung der Bundeswehr  
Großmanöver Defender 2020  
Per EU-Umweg zur Atommacht?  
Klimawandel und militärische Planungen

# Inhalt

## Schwerpunkt: Rüstung Digital

- Editorial - **Martin Kirsch, Christoph Marischka** - 3  
KI und Geopolitik - **Christoph Marischka** - 4  
Mensch-Maschine: EU-Großprojekte zum Manned-Unmanned-Teaming - **Marius Pletsch** - 10  
EUropas (digitale) Aufrüstung - **Tobias Pflüger** - 14  
Profiteure: Drei Beispiele aus der digitalen Aufrüstung - 17  
5G-Offensive: Zwischen Gefechtsfeld und Geopolitik - **Jürgen Wagner** - 19  
Digitalisierung der Bundeswehr: Weg in die (Tech)Aufrüstungsspirale - **Martin Kirsch** - 24

## Magazin

### Kriegslogistik

- Großmanöver Defender 2020: Mit Tempo in den Neuen Kalten Krieg - **Jürgen Wagner** - 31

### Klima & Krieg

- Klimawandel und militärische Planungen - **Karl-Heinz Peil** - 35

### Deutschland und die Bundeswehr

- Nationaleuropäisches Rüstungsspagat - **Jürgen Wagner** - 41  
Bundeswehr-Einsätze: Eine (miserable) kursorische Bilanz - **Jens Wittneben** - 46  
Mali: Für einen Ausstieg aus dem Terror der Aufrüstung - **Christoph Marischka** - 50  
Per EU-Umweg zur Atommacht? - **Jürgen Wagner** - 57

### EU-Militarisierung

- Neue Ufer: EU-Marinemission am Persischen Golf beschlossen - **Jürgen Wagner** - 60

### Pulverfass Iran

- Politik der Hinrichtung - **Marius Pletsch** - 63

# Rüstung Digital

## Editorial

von Martin Kirsch und Christoph Marischka

Der erste Ausdruck der IMI erschien im Juli 2003. Damals war der Name Programm. IMI-Texte sollten gesammelt zu Papier gebracht werden, um kritische Informationen und Analysen auch jenseits des Internets zugänglich zu machen. An dieser Grundausrichtung hat sich bis heute nichts geändert. Auslandseinsätze, die EU als militärischer Akteur, Atomwaffen und die Restauration der Militärmacht Deutschland sind uns als Themen leider erhalten geblieben. Mit dieser 100. Ausgabe des Ausdrucks wollen wir an die letzten 17 Jahre anknüpfen und haben doch (mal wieder) einiges verändert. Ausgehend von kleineren und größeren Änderungsvorschlägen haben wir nach intensiven Diskussionen einen größeren Sprung gemacht, als zu Beginn gedacht. Geändert hat sich nicht nur das Layout. Aus der Idee, ein Thema über die aktuellen Ereignisse und Texte hinaus intensiver zu bearbeiten, ist eine neue, deutlich breiter aufgestellte Schwerpunktedaktion hervorgegangen, die pro Ausgabe ein Thema ausführlicher behandelt.

Dieser Prozess des Umbaus war allerdings auch mit einigen Hürden versehen. Nicht nur Layout und Texte für den Thementeil, sondern auch Absprachen und Kommunikationswege mussten sich neu finden. Die 100. Ausgabe des Ausdrucks ist damit also nicht nur ein Jubiläum, sondern auch ein kleiner Neuanfang. Das Ergebnis kann sich aber sehen lassen. An dieser Stelle auch ein fettes Dankeschön an alle, die sich an der Entstehung dieses 100. Ausdrucks beteiligt haben.

Die Digitalisierung gilt aktuell als technologischer und gesellschaftlicher Megatrend. In der Wirtschaft wird bereits von einer vierten industriellen Revolution geschwärmt – der ersten, die ausgerufen wird, bevor sie ihre Wirkung überhaupt voll entfaltet. Hinter diesem Trend wollen auch die Militärs in Zeiten zunehmender Großmachtkonflikte nicht zurückstehen. So wird nicht nur im Silicon Valley, sondern auch in den Verteidigungsministerien in Washington, Paris, Moskau, Peking oder Berlin nach sog. „Sprunginnovationen“

gesucht – technologischen Quantensprüngen, die es vor der Konkurrenz zu entdecken und zu implementieren gelte. Startups und Risikokapital sehen auch in militärischen Anwendungen neue Märkte und die EU will massiv in diese neuen Technologien investieren. „Digitalisierung“ ist dabei nicht nur ein Modewort, sondern die Vision einer umfassenden „Kampfwertsteigerung“ mit der Unterstützung durch Künstliche Intelligenz. Ausgegangen wird von einem voll vernetzten „gläsernen Gefechtsfeld“ auf dem neben Menschen und Waffensystemen aus Stahl vor allem Sensoren, Drohnen und Roboter eine völlig neue Rolle einnehmen. Zwei EU-Großprojekte arbeiten an der umfassenden Kooperation von bemannten und unbemannten Waffensystemen. Um an dem Wettrennen der Militärmächte um technologische Führerschaft teilnehmen zu können, ist auch die Bundeswehr auf dem Weg, sich enger mit Wissenschaft und Industrie zu verzahnen und begibt sich damit auf den Weg in eine permanente Aufrüstungsspirale. Allerdings gibt es auch Widerstände gegen die digitale Aufrüstung und Versuche ihrer Regulierung, die in dieser Ausgabe leider zu kurz kommen. Vielleicht sind sie ja bei Gelegenheit einen eigenen Schwerpunkt wert.



Helmet-Mounted Display System von Lockheed Martin. Quelle: Wikipedia.

# KI und Geopolitik

## Die unheilige Allianz von Risikokapital, Wissenschaft und Politik

von Christoph Marischka

Die Themen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bilden – bis heute von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – den eigentlichen Kern des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD vom Februar 2018. Zusammengenommen tauchen beide Begriffe über 100 Mal in dem Papier auf. Explizit wird darin das Ziel ausgegeben, „Deutschland zu einem weltweit führenden Standort bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz [zu] machen.“ Hierzu wurde u.a. die Formulierung eines „Masterplan[s] ‚Künstliche Intelligenz‘, der Aufbau eines „Nationalen Forschungskonsortiums für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen“ und eines deutsch-französisch geführten „Zentrums für Künstliche Intelligenz“ angekündigt. Außerdem sieht der Koalitionsvertrag die Gründung einer „Agentur für Disruptive Innovationen“ nach dem Vorbild der Forschungsagentur des Pentagon (DARPA) sowie weitere „neue Instrumente zur Förderung von Sprunginnovationen und des Wissenstransfers in die Wirtschaft“ vor. Hierzu seien „rechtliche Barrieren für Wissenschaftskooperationen“ abzubauen und „die direkte Forschungsförderung des Bundes stärker auf den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft“ auszurichten. Außerdem wolle man den „Zugang zu der Forschungsförderung für Start-ups deutlich erleichtern“ und u.a. „das Kartellrecht modernisieren, um exzellente regulatorische Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Digitalwirtschaft zu schaffen“. Weiterhin ist vorgesehen, dass „der Bund gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft“ vereinbart, „bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung aufzuwenden“.<sup>1</sup>

Dieses 3,5%-Ziel ist die direkte Umsetzung einer Forderung, die wenige Monate zuvor, am 10. Oktober 2017, von großen Wissenschafts- und Industrieverbänden vorgetragen wurde. Unter dem Titel „Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft weiter stärken“ legten 22 „Organisationen und Verbände aus

Wissenschaft und Industrie“ – darunter neben der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Verband der Automobilindustrie (VdA) – ein „Positionspapier mit Empfehlungen zur Forschungspolitik der künftigen Regierungskoalition“ vor. Auf weniger als drei Seiten werden hier neben dem 3,5%-Ziel zahlreiche weitere Empfehlungen (z.B. zur steuerlichen Förderung privatwirtschaftlicher Forschung und „Förderung technologieorientierter Start-up-Unternehmen“) formuliert, die sich nahezu wortgleich im vier Monate später veröffentlichten Koalitionsvertrag wiederfinden.<sup>2</sup>

Man mag grundsätzlich wenig dagegen einzuwenden haben, dass Forderungen „aus der Wissenschaft“ derart nahtlos in ein politisches Programm übersetzt werden – im Bereich des Klimaschutzes etwa würde man sich das gelegentlich wünschen. Zwei Dinge jedoch erscheinen ungewöhnlich: Erstens gab es keine parteipolitischen Differenzen zu diesen Themen und auch keine nennenswerte öffentliche Diskussion über die konkreten Forderungen, die umgesetzt wurden. Zweitens ist es doch bemerkenswert, dass Unternehmerverbände und Wissenschaft sich (ebenfalls weitgehend unbemerkt) auf gemeinsame Forderungen einigen und diese so rasch durchsetzen konnten.

### Digitale Transformation und Outsourcing

Während etwa bei Maßnahmen zum Klimaschutz – bei aller vermeintlich wahrgenommenen Notwendigkeit – starke parteipolitische Differenzen darüber bestehen, „was man den Bürger\*innen zumuten kann“, wurden solche Diskussionen im Bezug auf die Digitalisierung im Vorfeld des Koalitionsvertrages nicht ansatzweise geführt. Dabei wird die „Digitale Transformation“, wie sie von den beteiligten Unternehmen gerne bezeichnet wird, massive Auswirkungen auf unseren Alltag, die öffentliche Verwaltung, die Politik und auch die Krieg-

führung haben. Ein zentraler Aspekt besteht darin, dass sie – zumindest so, wie sie gegenwärtig konzipiert ist – zwingend Formen des Outsourcing, also der Auslagerung von Dienstleistungen an Unternehmen, beinhaltet. Im Bereich der Privatwirtschaft, von der Arztpraxis bis zum mittelständischen Unternehmen, bedeutet dies z.B, dass die Daten von Kund\*innen auf Servern von Plattformunternehmen gespeichert und mit innovativen Methoden, die idealtypisch Start-ups entwickeln, verwaltet und ausgewertet werden.

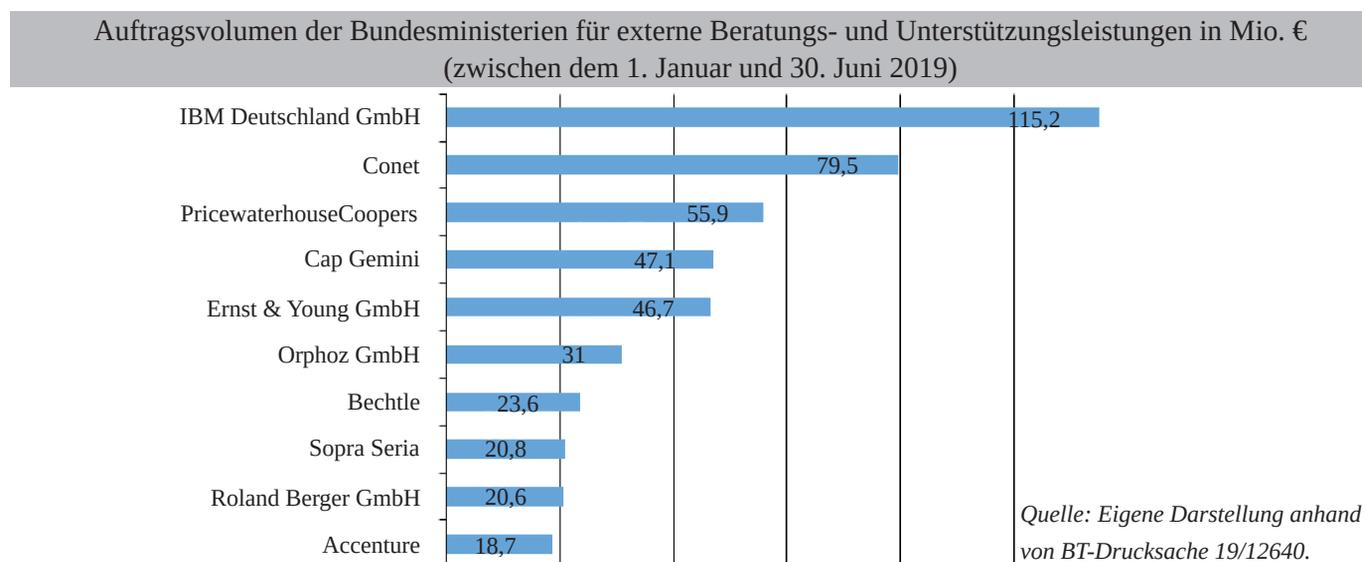
Im Bereich der öffentlichen Verwaltung wirft die digitale Transformation und das damit verbundene Outsourcing grundsätzliche Fragestellungen nach dem Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft auf: In „Smart Cities“ wird die Verantwortung für Ampelschaltungen, die Erhebung der öffentlichen Meinung oder die Verwaltung von Archiven und Schulzeugnissen an Start-ups übertragen, die ihrerseits wieder mit Plattformunternehmen zusammenarbeiten. Die Verträge, die dem zugrunde liegen, gelten oft als Betriebsgeheimnis und sind deshalb öffentlich nicht nachvollziehbar. Grundsätzlich gilt die strukturelle Notwendigkeit des Outsourcing im Zuge der digitalen Transformation auch für den Rüstungssektor, der aus Sicht der beteiligten Plattformunternehmen – z.B. bei Atos – neben der Gesundheitsversorgung als Teil der Sparte „Öffentliche Verwaltung“ betrachtet wird. Aus Sicht der Unternehmen ist dies gewissermaßen konsequent, denn in der öffentlichen Verwaltung – bei den Meldedaten, im Gesundheitswesen und bei militärischen Führungs- und Informationssystemen – hat man es mit besonders sensiblen Daten zu tun, bei denen die Skalierbarkeit des Zugriffs und Cybersecurity eine zentrale Rolle spielen. Es ist die damit einhergehende Komplexität, welche das Outsourcing an hierauf spezialisierte Unternehmen zwingend macht und dabei Unternehmen begünstigt, die enge Verbindungen in die Politik haben. Zugepitzt gesagt bietet sich die öffentliche Verwaltung

gerade deshalb als Testfeld der digitalen Transformation an, weil hier der Einfluss politischer Lobby-Arbeit gegenüber einer unternehmerischen Kosten-Nutzen-Rechnung letztlich höher ist. Jedenfalls werden die Strategien der digitalen Transformation, die von den beteiligten Unternehmen gleichermaßen an die Industrie wie an die Verwaltung herangetragen werden, von der Politik deutlich schneller und unhinterfragter übernommen als von der Industrie, die durchaus auch die Risiken wahrzunehmen scheint. Im Bundesverteidigungsministerium wie in der Bundeswehr scheinen beide Positionen präsent.

Nicht jedes Unternehmen und nicht jede Kommune hat die (personellen und finanziellen) Kapazitäten, um eine eigene Server- und Dateninfrastruktur aufzubauen, beständig auf dem neuesten Stand zu halten und gegen mögliche Cyberangriffe zu schützen. Auf staatlicher Ebene und auf Ebene des Militärs ist dies nicht zwangsläufig der Fall, aber auch hier ist die Tendenz des Outsourcing im Zuge der digitalen Transformation ganz offensichtlich zu erkennen. Hier soll sogar die These in den Raum geworfen werden, dass das Outsourcing noch deutlich über die Umsetzung spezifischer Projekte und Dienstleistungen hinausgeht und zunehmend die Politikgestaltung selbst betrifft. In gewisser Weise haben wir es bereits mit einem solchen Outsourcing zu tun, wenn die Forderungen von Industrie- und Wissenschaftsverbänden ohne parteipolitische Differenzen und öffentliche Diskussion wenige Monate später in ein Regierungsprogramm einfließen.

### Kapital- und Beratungsgesellschaften

Im Rahmen des Parlamentarischen Fragerechtes erkundigte sich der Bundestagsabgeordnete Matthias Höhn im August 2019 nach dem „jeweiligen Auftragsvolumen der zehn Unternehmen [...] mit den größten Anteilen an den Ausgaben der Bundesministerien [...]



für externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen“. Das Bundesfinanzministerium antwortete mit einer Liste, die von IBM angeführt wird.<sup>3</sup>

Die Plätze zwei bis sechs werden von den Beratungsunternehmen Conet („Das kompetente IT-Beratungshaus“), PricewaterhouseCoopers, Capgemini, Ernst & Young und der McKinsey-Tochter Orphoz belegt, die Plätze neun und zehn von Roland Berger und Accenture. Obwohl hier die Verträge aller Ministerien abgefragt wurden und nicht nur Fragen der Digitalisierung betrafen, haben die genannten Firmen mehrere Gemeinsamkeiten: Erstens beschreiben sie sich allesamt selbstbewusst als Triebkräfte der „digitalen Transformation“. Zweitens bieten sie ihre Dienstleistungen jeweils in einer breiten Palette von Sparten an, verfügen aber allesamt auch über einen expliziten Geschäftsbereich für militärische Anwendungen. Drittens bieten sie jeweils – allerdings in unterschiedlicher Gewichtung – Beratung und technische Umsetzung an. Das Finanzministerium weist explizit darauf hin, dass „der Begriff ‚Beratungs- und Unterstützungsleistungen‘ [...] nicht allgemeingültig näher definiert ist“. Es kann sich bei den hier einbezogenen Dienstleistungen also sowohl um Strategieentwicklung, Machbarkeitsstudien sowie die Auslagerung konkreter technischer Aufgaben handeln. All das fällt in der digitalen Transformation unter dem Begriff der „Systemintegration“ weitgehend zusammen. In Analogie zur Bauwirtschaft könnte man sagen, dass die genannten Unternehmen zugleich die Architekten wie auch die Generalunternehmer sind, die letztlich für die konkrete Umsetzung zuständig sind und hierfür Verträge mit Subunternehmen abschließen. Bei den meisten der genannten Beratungsunternehmen handelt es sich zugleich um Kapitalgesellschaften, die in den letzten Jahren massiv in die Digitalwirtschaft investiert haben, strategische Partnerschaften mit Anbietern technischer Infrastrukturen eingegangen sind, diese aufgekauft haben oder – wie im Falle von IBM – eigentlich aus diesem Geschäftsfeld kommen. Zugespitzt haben diese Unternehmen in den vergangenen Jahren in die Digitalwirtschaft investiert, ihre Unternehmensstrukturen hierauf ausgerichtet und nutzen nun ihre Nähe zur Politik, um die erhofften Rendite zu realisieren.

Obwohl es sich bei den meisten dieser Unternehmen um Global Player handelt, denen die volkswirtschaftliche Lage Deutschlands oder Europas jenseits ihrer Profitinteressen letztlich egal ist, greifen sie dabei auf einen Diskurs zurück, der eine deutsche Führerschaft bei Digitalisierung und KI-Entwicklung als essentielle volkswirtschaftliche und eine europäische Führerschaft in diesem Bereich als geopolitische bzw. militärische Notwendigkeit verkauft. Hilfreich ist ihnen dabei der Begriff der „disruptiven Innovation“, der suggeriert,

dass wir uns in einem existentiellen Wettbewerb um die Realisierung technischer Umbrüche befinden, in dem diejenigen untergehen werden, die zu lange zögern. Das allerdings erzählen sie gerade jeder Regierung gleichzeitig.

### **Echokammer I: DGAP**

Angesichts der Macht der beteiligten Unternehmen und der Rendite, um die es geht, ist es nicht weiter verwunderlich, dass diese Sichtweise den öffentlichen Diskurs um Digitalisierung und Künstliche Intelligenz weitgehend dominiert. Indem im folgenden einige Akteure dieses Diskurses vorgestellt werden, sollen drei Thesen aufgeworfen werden: Erstens wird die aktuelle Auseinandersetzung um technologische Entwicklung von einer zuvor nie dagewesenen Konvergenz der Interessen von Risikokapital und Teilen der Wissenschaft geprägt, die zweitens gemeinsam sehr unmittelbaren Einfluss auf die Politik nehmen und drittens zunehmend reaktionäre Forderungen erheben und durchsetzen. Als Stichwortgeber der politischen Wissenschaften einerseits und der außenpolitischen Ressorts in Redaktionen andererseits fungiert u.a. die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP). Ihre Position lässt sich anhand eines kurzen Textes vom Juli 2019 unter dem Titel „Tech-Geopolitik auf dem Vormarsch“ (DGAP-Standpunkt 20/2019) nachzeichnen.<sup>4</sup> Autor Kaan Sahin postuliert darin, Technologien hätten zugleich „erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftskraft sowie die militärischen Fähigkeiten eines Landes und bestimmen zunehmend seinen politischen Spielraum auf globaler Ebene.“ Insbesondere „[d]ie Technologiefelder rund um KI und 5G“ würden derzeit „zu Schlüsselbereichen nicht nur bei technologischer Innovation, sondern auch einer damit verbundenen Gestaltungsmacht in globalem Maßstab“. Zugleich investierten die Staaten „bereits großflächig in KI zu militärischen Zwecken, was sich in der Entwicklung von autonomen Waffensystemen oder Drohnenschwärmen widerspiegelt“. Deshalb sei es „nur konsequent, dass Staaten wie die USA und China, die einen globalen Gestaltungsanspruch haben, in diesen Technologiefeldern die Oberhand zu gewinnen suchen.“ Bereits der Untertitel des Standpunktes stellt deshalb klar: „Die zunehmende Verbindung von Technologie und Geopolitik fordert Deutschland heraus“. Deutschland müsse „[a]ngesichts der zunehmenden Wechselwirkung zwischen disruptiven Technologien und globalen Gestaltungsmachtansprüchen“ eine geopolitisch motivierte Technologiepolitik verfolgen, „um international handlungs- und navigierfähig zu sein“. Dabei stehe „Deutschland noch am Anfang“, so Sahin, der außerdem bemängelt, dass sich hierzulande



Eingang zur Generalverwaltung der Max Planck Gesellschaft in München. Quelle: Wikipedia/Maximilian Dörrbecker.

die Debatte „vornehmlich auf die ethische Dimension und auf die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt [fokussiert]. Kategorien wie Mächtekonkurrenz und Geopolitik finden nahezu keine Verwendung. [...] Diese eingeschränkte Sichtweise in Deutschland und Berührungängste mit den Denkkategorien deutscher Partner und Wettbewerber bergen jedoch reale Gefahren“. Unter der Zwischenüberschrift „Aufgaben für die deutsche Politik“ fordert er dementsprechend – geopolitisch motiviert – „eine Neubewertung des Verhältnisses zwischen Staat und Unternehmen“, weil „gerade im Technologiebereich Unternehmen eine zentrale Rolle“ spielen und „Innovationen dieser Art in erster Linie aus der Wirtschaft kommen.“ Zwar solle Deutschland „nicht wie China die hier ansässigen Unternehmen als geostrategisches Machtinstrument kooptieren“, es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch „ungeklärt, wie die Bundesregierung die heimische Industrie beim digitalen Konflikt auf globaler Ebene unterstützen kann“.

Es ist auf frappierende Art typisch für Texte zu diesem Themenfeld, dass sie im Grunde durchweg nationalistisch argumentieren – hier mit der „Handlungs- und Navigierfähigkeit“ Deutschlands – um dann mit einem Bekenntnis zu „Europa“ zu enden. So heißt es abschließend bei Sahin: „[N]ur die Europäische Union als Ganzes kann gegen die digitalen Großmächte USA und China im zunehmenden Trend der Tech-Geopolitik bestehen“. Dahinter ist durchaus eine Strategie zu vermuten, denn die Aufforderung, Deutschland solle sich als Akteur quasi auf Augenhöhe in einen gesamtstaatlichen Wettbewerb mit China und den USA ausrichten, würde viel deutlicher offenbaren, wie vermessen und perspektivisch desaströs dieser Anspruch ist. Autor Kaan Sahin wird bei der DGAP

als Experte für „Technologie und Geopolitik“, Künstliche Intelligenz und hybride Kriegführung vorgestellt und war zuvor am Institute for Strategic Studies (IISS) und beim Beratungsunternehmen Deloitte beschäftigt – neben Ernst & Young, KPMG und PricewaterhouseCoopers ein Teil der sog. „Big Four“, der vier größten „Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ der Welt.

## **Echokammer II: Wissenschaftsmanagement**

Noch dramatischer argumentiert Denise Feldner im Online-Magazin „The Globalist“, wo sie darauf hofft, dass ein chinesischer „Sputnik-Moment“ im Bereich der KI eine entsprechende Dynamik im Westen entfalten könnte.<sup>5</sup> Einleitend verweist Feldner – ebenfalls typisch für diese Art von Beiträgen – auf die Einschätzung des „machtbewussten Vladimir Putin“, wonach „diejenige Nation, die bei der KI führend ist, die Welt beherrschen wird“. Daran anschließend behauptet sie, China hätte 2016 die USA im Bereich der Künstlichen Intelligenz überflügelt und würde nun die Weltrangliste anführen. Der chinesische Aufstieg zur Führerschaft sei dabei eng verwoben mit dem „immensen Hunger nach Daten“, welche „im Machtkonzept des chinesischen Regimes [auch] von großem Nutzen für die interne und externe Überwachung sowie andere ökonomische und militärische Zwecke“ sei. Zugleich wären diese Daten jedoch der Rohstoff für die KI-Entwicklung. Deshalb stelle sich die Frage, ob Demokratie und technologische Führerschaft überhaupt noch zu vereinbaren seien. „Für eine lange Zeit schienen westliche Politiker\*innen und Wissenschaftler\*innen zuversichtlich, dass wirtschaftlicher Wohlstand und eine innovative Kultur tief verwurzelt in demokratischen Gesellschaften wären.

Autokratische Gesellschaften und Diktaturen könnten nicht auf entsprechende Ressourcen zurückgreifen. Diese Erwartung scheint durch den Fall China widerlegt zu sein“. Darin besteht der eigentliche Sputnik-Schock, auf den Denise Feldner hofft, nämlich dass der „Zielkonflikt zwischen ökonomischem Wachstum und Kapitalismus“ einerseits und „dem Wunsch nach Demokratie“ andererseits im Zuge des Wettlaufs um technologische Innovationen anerkannt wird. Sie beklagt in diesem Zusammenhang, dass es schwierig sei, den notwendigen „kulturellen Wandel“ herbeizuführen: „Im Falle Deutschlands geht die größte Herausforderung darüber hinaus, den kulturellen Widerstand gegen Risiken und den weit verbreiteten Wunsch nach Stabilität zu überwinden“. Die „größte Gefahr für Deutschland“ bestehe darin, „dass die Politiker\*innen des Landes und die Bevölkerung insgesamt einem absolutistischen Verständnis von Datenschutz huldigen, um zu ‚erklären‘, warum Deutschland die KI-Entwicklung nicht mit ganzer Kraft vorantreibt“.

The Globalist stellt Denise Feldner als „Juristin, Tech-Enthusiastin & Wissenschaftsmanagerin“ sowie als Mitglied der Atlantik-Brücke vor. Außerdem ist Feldner Teil von Kairos Partners, einem „Marktplatz von selbständigen Managern und Experten, die unter Navigation der KAIROS Senior Partner Unternehmen bei der Transformation begleiten“. Dort stellt sich Feldner als „Wirtschaftsjuristin und Wissenschaftsmanagerin“ vor, die „an der Schnittstelle zwischen Unternehmenssteuerung, Innovationsmanagement, Regulierung und Politik“ aktiv sei.<sup>6</sup> Auch wenn ihre aktuelle Tätigkeit einen deutlichen Schwerpunkt im Beratungsgewerbe aufweist, hat sie in der Vergangenheit durchaus Erfahrungen im Wissenschaftsmanagement sammeln können. Zunächst war sie Leiterin des Rektoratsbüros der Uni Heidelberg und somit 2012 an der Gründung des Vereins „German U15“ als gemeinsame Interessensvertretung großer und „forschungsstarker“ Universitäten beteiligt, dessen erste Geschäftsführerin sie wurde. Der Verband setzte sich vehement für Programme der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschullandschaft u.a. im Zuge der Exzellenzinitiative ein. Außerdem ist bzw. war Feldner im Netzwerk Wissenschaftsmanagement aktiv, eine Art Interessensvertretung derjenigen, die ökonomische Praktiken, Sprache und Ziele verstärkt in der Wissenschaft zur Geltung bringen wollen und hierfür politische Lobbyarbeit betreiben.

### Echokammer III: MPG

Vieles von dem, was Feldner im August 2018 im Globalist veröffentlicht hat, wurde sehr ähnlich einige Monate zuvor von Martin Stratmann, dem Präsidenten

der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), in einem ausführlichen Interview mit dem Deutschlandfunk geäußert.<sup>7</sup> Auch er bemängelte die fehlende Risikobereitschaft, die zu überwinden ein „wesentliches Element der Zukunftssicherung für Deutschland“ sei: „Wir müssen den Mut haben, Dinge zu machen, die riskanter sind. Wir müssen den Mut haben, auch häufiger Dinge zu machen, die dann doch nicht funktionieren“. Dies sei „nicht trivial“, sondern ein Prozess, der „Mut auch in der Politik erfordert“. In diesem Zusammenhang forderte auch Stratmann – wie Roland Berger, Asgard und viele mehr – eine Agentur für Sprunginnovationen nach dem Vorbild der DARPA. Das gemeinsame Ziel von Wissenschaft, Industrie und Politik müsse sein, „das Unerwartete zu identifizieren und im Sinne der Nutzung auch zu fördern“. Angesprochen wurde im Interview auch das zusammen mit Industrieverbänden postulierte 3,5%-Ziel. Die Forderungen Stratmanns zielen auf die Stärkung des Wissenschaftsstandorts und weisen nicht nur im Hinweis auf die „Zukunftssicherung für Deutschland“ offen eine nationalistische Perspektive auf. Mit dem Blick auf „hochbegabte, hochmotivierte Menschen, die letztlich den Erkenntnisgewinn vorantreiben“, betont er etwa die Notwendigkeit, „diese Menschen für Deutschland zu gewinnen“ und hierzu die „Attraktivität“ Deutschlands „in den kommenden Jahren [zu] nutzen, weil auch unsere Konkurrenten schwächeln“. Am Schluss des Interviews jedoch ist auch hier von einem „europäischen Forschungsraum“ die Rede, der sich „im Wettbewerb mit anderen Großräumen“ behaupten müsse: „Und vielleicht, wenn ich ein anderes Thema auch noch erwähnen darf, was mir auch ganz wichtig ist: Europa. Wir reden ja nicht nur von Deutschland, sondern wir reden auch von großen Forschungsräumen, die untereinander in Konkurrenz stehen. Das sind im Wesentlichen die USA, Asien und



Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.  
Quelle: Wikipedia/ Henning Schlottmann.

Europa, und unsere Heimat ist Europa. Wir müssen also dafür sorgen, dass Europa stark bleibt, stark wird.“

#### **Echokammer IV: Risikokapital**

Wenig später, im Mai 2018, veröffentlichte die Beratungsgesellschaft Roland Berger gemeinsam mit der Asgard GmbH eine „Studie“ zur KI-Entwicklung, welche exakt in dieselbe Kerbe schlägt und deshalb sehr ähnliche Forderungen, wie sie MPG und Industrie in Deutschland durchgesetzt haben, auf EU-Ebene erhebt: „Europa sieht sich einer harten Konkurrenz durch die Schwergewichte Künstlicher Intelligenz, v.a. die USA und China ausgesetzt“.<sup>8</sup> Eine Karte unter dem Titel „Der Wettlauf um Führerschaft“ soll dies veranschaulichen, indem die Zahl der jeweils im KI-Bereich erfassten Start-ups in den USA (1.393), „Europa“ (769), Israel (362) und China (383) abgebildet wird. Eine weitere Weltkarte verdeutlicht das eigentliche Problem unter dem Titel „Zwei Giganten und ein Flickenteppich“. Mit dem „Flickenteppich“ ist Europa gemeint, die „Giganten“ sind natürlich die USA und China. „Um an deren Entwicklung aufzuschließen, kann sich Europa nicht auf 28 unterschiedliche nationale Strategien und Aktionspläne verlassen. Die Politiker\*innen der EU sollten ihre Kräfte vereinigen und ein wahrhaft europäisches Ökosystem für KI-Start-ups aufbauen. Ein gemeinsames Handeln der EU ist der einzige Weg zu Europäischer Führerschaft.“ Für dieses Ökosystem werden konkrete Bedingungen genannt, darunter neben einer Agentur nach dem Vorbild der DARPA umfangreiche öffentliche „Investitionen“ und Förderungsprogramme, neoliberale Reformen („Harmonisierung“) des Steuer- und Unternehmensrechts und v.a. eine umfangreiche öffentliche Unterstützung von Risikokapital - z.B. aus Pensionsfonds. Nur so sei das angestrebte Ziel zu erreichen: „Wir glauben, dass Europa im ‚Wettrüsten‘ zwischen den USA und China zum dritten Spieler aufsteigen kann.“ An den Beispielen Israel und China machen Asgard und Roland Berger überdies deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden sowie die Digitalisierung des Gesundheitswesens sich positiv auf die Start-up-Kultur und Investitionsbedingungen von „KI-Ökosystemen“ auswirken würden.

Diese Forderungen sind nicht weiter verwunderlich, denn bei der Asgard GmbH handelt es sich explizit um eine Kapital-Verwaltungsgesellschaft, die unter dem Motto „Menschliches Risikokapital für Künstliche Intelligenz“ auf Investitionen bei Start-ups in diesem Bereich spezialisiert ist. Ihr Gründer, Fabian Westerheide, tritt zugleich als „internationaler Experte für KI-Strategien“ auf und berät nach eigenen Angaben „Regierungsbehörden, darunter die Europäische Kommission, die Europäische Weltraumagentur, das deutsche Parlament, das

Verteidigungs- und das Außenministerium“.<sup>9</sup> Auf seiner Homepage bietet er Vorträge u.a. zur „europäischen Strategie im globalen KI-Wettrüsten“ an, ein wohlwollender Bericht über ihn fasst seine Position hierzu zusammen: „Europa, das einst gefangen war in einem epischen Wettüsten zwischen zwei nuklearen Supermächten, findet sich gegenwärtig im Schatten eines neuen Wettlaufs um die Beherrschung Künstlicher Intelligenz wieder, so der deutsche Investor und KI-Experte, der ergänzt, dass die Einsätze nun ebenso hoch wären, wie im Kalten Krieg – oder gar noch höher“.<sup>10</sup>

#### **Fazit**

Mit den hier genannten Beispielen soll nicht negiert werden, dass auch innerhalb des Militärs aktive Triebkräfte hinter der Digitalisierung der Bundeswehr stehen. Es wird aber deutlich, dass auch jenseits des Militärs und der (klassischen) Rüstungsindustrie mächtige Akteursnetzwerke stehen, die diese Entwicklung mit Hochdruck vorantreiben. Dass sie dabei die militärische bzw. geopolitische Relevanz dieser Technologien teilweise dramatischer hervorheben als das Militär selbst und damit versuchen, reaktionäre und neoliberale Forderungen durchzusetzen, sollte uns zumindest zu denken geben.

#### **Anmerkungen**

- 1 Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de).
- 2 „Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft“, Pressemitteilung der Max-Planck-Gesellschaft vom 10.10.2017, [www.mpg.de](http://www.mpg.de).
- 3 Bundestags-Drucksache 19/12640.
- 4 Kaan Sahin: Tech-Geopolitik auf dem Vormarsch – Die zunehmende Verbindung von Technologie und Geopolitik fordert Deutschland heraus, DGAP-Standpunkt Nr. 20 / Juli 2019.
- 5 Denise Feldner: Will a Chinese ‘Sputnik moment’ in AI Unleash Dynamism in the West? A German perspective on the global AI race, in: The Globalist vom 26.8.2018, [www.theglobalist.com](http://www.theglobalist.com).
- 6 [www.kairospartners.de](http://www.kairospartners.de).
- 7 „Glaubwürdigkeitskrise der gesellschaftlichen Eliten“, Martin Stratmann im Gespräch mit Ralf Krauter, Deutschlandfunk vom 24.1.2018, [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de).
- 8 Roland Berger GmbH / Asgard Capital: Artificial Intelligence. A strategy for European startups – Recommendations for policymakers, [www.rolandberger.com](http://www.rolandberger.com).
- 9 [www.fabian-westerheide.de](http://www.fabian-westerheide.de).
- 10 Matt Swayne: Investor, AI Expert Says Europe Must Act Now in Global AI Arms Race, [www.medium.com](http://www.medium.com) vom 11.9.2018.

# Mensch-Maschine

## EU-Großprojekte zum Manned-Unmanned-Teaming

von Marius Pletsch

Wenn Soldat\*innen mit Robotern, zusätzlichen Sensoren und unbemannten Luft- oder Landfahrzeugen während des Kampfgeschehens interagieren, wird das als Manned-Unmanned-Teaming (MUM-T) bezeichnet. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat MUM-T im Jahr 2013 wie folgt definiert: MUM-T „kombiniert die inhärenten Stärken der bemannten Systemen mit den Stärken der UAS [unbemannten Luftfahrzeuge], wobei Produktsynergien entstehen, die bei einfachen Systemen nicht zu finden sind. MUM-T kombiniert Robotik, Sensorik, bemannte/unbemannte Fahrzeuge und zu Fuß operierende Soldaten, um ein verbessertes Lagebewusstsein, erhöhte Kampfkraft, verbesserte Überlebensfähigkeit und Unterstützung zu erreichen. Bei richtiger Konzeption erweitert MUM-T die Sensorabdeckung in Zeit und Raum und bietet zusätzliche Möglichkeiten zur Erfassung und Bekämpfung von Zielen.“<sup>1</sup> Ziel des MUM-T ist dabei im Wesentlichen, die Reichweite von Sensoren und Waffen zu erweitern, die Risiken für die eigenen Soldat\*innen zu reduzieren und eine „verbesserte“ Früherkennung von möglichen Gefahren.<sup>2</sup> MUM-T kann in allen Teilstreitkräften genutzt werden und entsprechende Systeme werden aktuell in zahlreichen Forschungsprojekten entwickelt und erprobt. Am Boden können z.B. Infanteriesoldat\*innen auf Informationen von sie umgebenden unbemannten Systemen zurückgreifen und diesen Systemen Zielgebiete vorgeben, in denen diese operieren sollen. Sie können von Fahrzeugen begleitet werden, die Lasten, Verwundete oder schwerere Bewaffnung tragen können. In der Luft werden bemannte Kampfflugzeuge begleitet von Drohnen, denen Aufgaben zugewiesen werden können, z.B. ein unsicheres Gebiet vor ihnen aufzuklären und zu sichern, also mögliche Gefahren für das Flugzeug mit Pilot\*in, wie Radarstationen oder Flugabwehrstellungen, zu zerstören. Zu Wasser können Kriegsschiffe oder U-Boote durch unbemannte Wasser- oder Luftfahrzeuge begleitet werden, die in einem bestimmten Radius um das Schiff oder U-Boot agieren.

### Mehr KI in der Bundeswehr? Ein Szenario

Das Positionspapier zur Anwendung künstlicher Intelligenz (KI) in den Landstreitkräften schildert ein solches Zukunftsszenario:

Soldat\*innen der Bundeswehr sind im Auslandseinsatz und „schützen“ ein Umspannwerk. Sie scheinen noch nicht alle Herzen und Köpfe gewonnen zu haben und ihre Netzwerke werden von Hacker\*innen attackiert und auch mit Drohnen angegriffen. Deshalb sollen Kräfte des Bataillons „taktisches Unbemanntes Luftsystem“ (TaUAS) eingreifen. Dieses besteht aus vier Zügen mit je 5.000 Drohnen unterschiedlicher Bauart und Größe. Die Drohnen werden aus mehreren Transportflugzeugen heraus gestartet. Sie formieren sich zu Schwärmen, um verschiedene Aufgaben auszuführen: „Mehrere hundert Sensor-UAS [sind] mit hochauflösenden Kameras ausgestattet. Andere Schwärme wiederum haben die Aufgabe, gegnerische Drohnen zu stören oder dienen als Relais zur Kommunikation der eigenen UAS. Andere sind mit kleinsten Wirkmitteln zum Angriff gegnerischer Sensorik und zur Markierung bzw. Verfolgung von Zielen ausgestattet und zudem in der Lage, eine verlegfähige UAS-Sperre zu bilden.“<sup>3</sup> Mit Hilfe von KI werden „gegnerische Kräfte [...] hoch automatisch klassifiziert und in Bezug auf die gegnerische Gefechtsgliederung zugeordnet.“<sup>4</sup>

Im Szenario wird eine enorme Zahl von Drohnen eingesetzt - später kommen noch der zweite und dritte Zug zur Unterstützung hinzu, womit sich die Zahl auf 15.000 unbemannte Luftfahrzeuge addiert. Diese enorme Menge zu koordinieren, würde einen enormen Personalaufwand erfordern, weshalb stärker auf Technologien wie die KI gesetzt wird. Im Szenario bewegen sich die Drohnen entsprechend in Schwärmen. Sie werden nicht mühsam per Fernbedienung gesteuert, sondern es werden für diese jeweils Zielgebiete und Aufgaben definiert. Zur KI heißt es in dem Strategiepapier: „Das zuverlässige automatische Ausführen von

Teilaufträgen erfordert eine KI, die den gesamten (automatischen) OODA-Zyklus zur Führung der UAS inklusive einer Verbundwirkung zwischen UAS (Schwarm) sowie MUM-T sicherstellt.<sup>45</sup> Der OODA Zyklus ist ein (militärisches) Modell zur Entscheidungsfindung, das sich aus folgenden Elementen zusammensetzt: Beobachten (observe), Orientieren (orient), Entscheiden (decide) und Handeln (act).

### Risiken und Nebenwirkungen

Zu den (möglichen) Folgen gehört eine zunehmende Datenflut, welche die Soldat\*innen im Einsatz entweder direkt auf einem eigenen Display, z.B. in Form eines Tablets oder einer Augmented-Reality-Brille oder auch per Sprachausgabe erreichen kann. Wenn sie Kontrolle über die unbemannten Systeme haben und diese nicht von anderen gesteuert oder automatisiert/autonom Missionsziele definieren und abarbeiten, müssen die Kräfte im Feld Entscheidungen darüber treffen, wo die Systeme benötigt werden und welche Aufgaben sie ausführen sollen. Wie genau die Systeme kontrolliert und gesteuert werden ist daher von enormer Bedeutung, da die (zusätzliche) Arbeitsbelastung ebenso wie die erwünschte „Kampfwertsteigerung“ von der technischen Umsetzung abhängen. Entscheidungen müssen kontinuierlich evaluiert und wenn nötig erneuert werden: Soll die Drohne die Position wechseln, um das Zielgebiet besser in den Blick nehmen zu können? Sollen Drohnen das Handynetzt stören, um die Kommunikation des Gegners (und infolgedessen auch die der Zivilbevölkerung) zu erschweren? Soll das unbemannte geschützte Fahrzeug anrollen, um Deckung zu bieten,

Ziele anzugreifen oder eine schnelle Möglichkeit zum Rückzug zu bieten? Je nach Level der Interoperabilität (siehe Infokasten) müssen diese Eingaben und/oder der Empfang der Daten direkt erfolgen oder vermittelt. Je nach Level und Umsetzung der Möglichkeit des Dateneingangs und der Dateneingabe können jedoch auch „visuelle Überlastung, erhöhte Arbeitsbelastung und Aufgabensättigung, Ablenkung und verringertes Situationsbewusstsein im Flug, Bewegungskrankheit und räumliche Desorientierung“<sup>46</sup> auftreten. Damit wäre der erhoffte Vorteil ad absurdum geführt.

Erheblicher noch sind die Gefahren für die globale Stabilität, da durch die derzeit forcierten Projekte, die stark auf das MUM-T setzen, ein risikoreduziertes Einsetzen der eigenen Streitkräfte erreicht werden soll, indem z.B. die gegnerische Luftabwehr ausgeschaltet oder überlastet wird. Das unterscheidet sie von derzeit eingesetzten Drohnen, die nur dort ohne größeres Risiko abgeschossen zu werden eingesetzt werden können, wo man bereits die Lufthoheit innehat. So werden schnelle militärische Schläge auf z.B. kritische Infrastrukturen möglich, die schnell eskalieren können.

### Forschungsprojekte, Konzepte und Tests

Ein frühes Projekt zum MUM-T wurde 2002 von der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), der Rüstungsforschungsagentur des US-Verteidigungsministeriums, gemeinsam mit der Army in Angriff genommen. Entwickelt werden sollte ein unbemannter bewaffneter Kampfhubschrauber (UCAR) mit einem hohen Autonomiegrad. Unter Führung der großen Rüstungskonzerne Boeing, Northrop



Aktivist\*innen der Kampagne “Stop Killer Robots” vor dem Bundestag. Quelle: killer-roboter-stoppen.de.

Grumman, Lockheed Martin und Sikorsky sollten vier Industriegruppen Prototypen bauen, um das zu entwickelnde System bis 2012 in die Streitkräfte einführen zu können.<sup>7</sup> Das Projekt wurde allerdings bereits 2004 eingestellt, mit der offiziellen Begründung, dass der Finanzierungsbedarf bei Flugzeugen gestiegen und deshalb eine finanzielle Umsetzung des Projekts nicht länger möglich sei. Tatsächlich war wohl auch schnell absehbar, dass sich der benötigte Grad an Autonomie so schnell nicht umsetzen ließe.<sup>8</sup>

Auch die Bundeswehr forscht schon seit einigen Jahren zu MUM-T. Beauftragt wurden etwa die Elektroniksystem- und Logistik-GmbH (ESG), die Universität der Bundeswehr München (UniBwM) und das Zentrum für Luft- und Raumfahrt, um gemeinsam herauszufinden, wie die Bundeswehr von der Zusammenarbeit bemannter Hubschrauber (insb. CH-52, NH-90 und der Kampfhubschrauber TIGER) und unbemannter Systeme profitieren könnte.<sup>9</sup> Die Autoren eines Aufsatzes über das Projekt sahen v.a. folgende Aufgaben für das unbemannte System, in diesem Falle ebenfalls eine Helikopterdrohne: Sie soll vorausfliegen und Informationen zu „Feinden, Hindernissen und Wetter“ sammeln, „gefährliche Aufgaben ausführen, wie als Kundschafter, Effektor [z.B. durch Waffenwirkung] oder zur Zielmarkierung“. Außerdem könne die Drohne „ein Relay für die Kommunikation zur Verfügung stellen“ oder „Transportaufgaben ausführen“.<sup>10</sup> Um die Drohne(n) zu steuern, wurden verschiedene Ansätze untersucht und erprobt. Eine Steuerung könnte durch den Missionskommandeur direkt im Cockpit erfolgen oder durch Operateure direkt neben ihm im Helikopter, um eine schnelle Kommunikation zu ermöglichen. Ansätze waren, eine Steuerungseinheit in einen Helikopter einzubauen (getestet wurde die Variante in einem Bell UH-1D, genannt „Huey“) oder die Steuerung in den Kampfhubschrauber TIGER zu integrieren. Für eine Steuerung aus dem Cockpit müsste deutlich stärker auf Autonomie gesetzt werden: Um das Personal nicht zu überfordern, müsste die Drohne sich selbst steuern und den eigenen Status überprüfen. Das realisierbare Level der Interoperabilität ist entsprechend Stufe 3 (siehe Kasten), bei dem Kontrolle nur über die „Payload“ besteht, also z.B. eingebaute Kamera(s) und andere Sensoren, Laser zur Zielmarkierung oder eine eigene Bewaffnung.<sup>11</sup>

Schwächen sahen die Autoren damals noch bei der Mensch-Maschine-Schnittstelle, da es zu Verwirrungen kam. So meldete bei einem Test mit der zweiten Variante (ein Drohnenoperator im Helikopter neben dem Missionskommandeur) diejenige Person, welche die Drohne steuerte und die Videoübertragung sah, einen anderen Helikopter im Gebiet – das Problem: der gemeldete Helikopter war der, in dem der Drohnenope-

rateur selbst saß.<sup>12</sup> In neueren Flugtests von 2018 flogen die beiden Systeme auf unterschiedlichen Höhen, um solche Probleme zu vermeiden und Unfälle zu verhindern. Auch hier wurde wieder über die Optionen einer Kontrollstation in dem Helikopter oder die Integration der Steuerung ins Cockpit nachgedacht. Langfristig konnten sich die Autoren der Studie vorstellen, dass der Helikopterdrohne lediglich abstrakte Aufgaben gegeben werden und auch die Analyse der Bilddaten und Fehlerkorrekturen im Kurs automatisch erfolgen, ohne direkte Überwachung durch eine Person.<sup>13</sup>

### **Umsetzung: Europäische Großprojekte**

Das „Multipurpose unmanned ground system“ ist ein modulares unbemanntes Kettenfahrzeug, das im Zuge der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ der Europäischen Union (PESCO) entwickelt wird. Die Führungsnation bei dem Projekt ist Estland, mit dabei sind aber auch Belgien, Tschechien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Lettland, Niederlande, Polen und Spanien. Im Europäischen Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich der EU (EDIDP) der EU-Kommission sind für das Projekt 30,6 Mio. € vorgesehen<sup>14</sup> – plus Gelder aus den nationalen Haushalten. Es haben sich folgende Unternehmen gemeinsam auf die Mittel aus diesem Budget beworben: Milrem Robotics, GT Cyber Technologies, Safran Electronics & Defense, NEXTER Systems, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl Defence, Bittium Wireless, Insta DefSec, (Un)Manned, dotOcean, Latvijas Mobilais Telefons, GMV Aerospace and Defence, die Estnische Militärakademie und die Königliche Militärakademie aus Belgien.<sup>15</sup>

Auch in zwei großen europäischen Rüstungsprojekten soll das Konzept des MUM-T zur Anwendung kommen. Zum einen soll es Teil des „Next Generation Weapons System“ sein, dem bemannten Kampfflugzeug, welches Frankreich, Deutschland und Spanien gemeinsam produzieren wollen und welches frühestens 2040 in Dienst gestellt werden soll. Begleitet werden soll das Kampfflugzeug von Drohnen, darunter der „Remote Carrier“, der hauptsächlich von Airbus entwickelt werden soll. Airbus hat bereits 2018 MUM-T Tests mit fünf Do-DT 25 Zieldarstellungsdrohnen und einem Learjet, worin das Cockpit eines Tornados eingebaut wurde, über der Ostsee durchgeführt.<sup>16</sup> Dabei wurden u.a. der Formationsflug, das Ausweichen vor einer simulierten Bedrohung, simulierte Aufklärung bei einer Geo-Koordinate und die Kompensation einer im Flug ausgefallenen Drohne getestet. Eine Änderung der Mission musste von Piloten freigegeben werden, ansonsten flogen die Drohnen automatisiert.<sup>17</sup> Miteinander verbunden sein sollen die verschiedenen Systeme

im zukünftigen Luftkampfsystem, im englischen Future Combat Air System (FCAS). Darin sollen auch z.B. der Eurofighter und die bewaffnete Eurodrohne, die frühestens 2025 integriert werden soll, ständig miteinander Daten austauschen können. Zum anderen wird derzeit ein neuer Kampfpanzer geplant: das Main Ground Combat System (MGCS). Der Panzer soll auch hier nicht ohne unbemannte Begleitung auskommen. Bei dem Projekt hat Deutschland die Führungsrolle übernommen. Frankreich ist mit an Bord, u.a. Spanien und Polen hätten an einer Mitwirkung auch Interesse, aber gerade auf der französischen Seite ist man skeptisch, das Projekt für viele Staaten zu öffnen. Kaufen sollen sie das MGCS natürlich dennoch gerne. Von der Industrie umgesetzt werden soll das Projekt von der Holdinggesellschaft KNDS, an der Nexter einen Anteil von 50 Prozent hält während auf Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall je 25 Prozent Anteil entfallen.<sup>18</sup>

### MUM-T als Teil der Rückbesinnung auf Großmachtkonflikte

Gerade die beiden zuletzt vorgestellten europäischen Großprojekte zeigen, dass man sich wieder vermehrt für Großmachtkonflikte (China und Russland) rüstet, in denen z.B. die gegnerische Luftverteidigung durch Drohnen, welche die bemannten Flugzeuge begleiten, gestört oder ausgeschaltet werden soll. Dabei ist der Druck groß, die unbemannten Systeme mit einem hohen Autonomiegrad auszustatten, um eine Überlastung des Bedienpersonals in den bemannten Systemen zu vermeiden und um auch weniger stör anfällig zu sein, indem Kommunikations- und Datenverbindungen reduziert werden sollen. Inwiefern in solchen Szenarien – wenn der Schritt zu Autonomie in Teilsystemen bereits getan ist – eine bedeutsame menschliche Kontrolle überhaupt noch möglich ist, bleibt dabei fraglich.

Um zwischen Stufen der Interoperabilität differenzieren zu können, wurden diese innerhalb der NATO standardisiert. STANAG 4586 unterscheidet 5 Ebenen:

- Level 1: Indirekter Empfang / Übertragung von UAV-bezogenen Daten und Metadaten
- Level 2: Direkter Empfang / Übertragung von UAV-bezogenen Daten und Metadaten
- Level 3: Steuerung und Überwachung der UAV-Nutzlast, nicht der Einheit.
- Level 4: Steuerung und Überwachung der UAV ohne Start und Rückholung.
- Level 5: Steuerung und Überwachung der UAV einschließlich Start- und Landevorgang.

Quelle: NATO Standardization Agency (NSA). *Standard Interfaces of UAV Control System (UCS) for NATO UAV Interoperability. Edition 2.5. 2007. STANAG 4586.*

### Anmerkungen

- 1 DOD, Unmanned Systems Integrated Roadmap FY2013-2038, S. 139.
- 2 Paul, Tobias/Brämer, Emanuel (2013): Operational Considerations for Teaming Manned and Unmanned Helicopter. In: Journal of Intelligent & Robotic Systems 69, S. 34.
- 3 Amt für Heeresentwicklung (2019): Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften, S. 4.
- 4 Ebd., S. 5.
- 5 Amt für Heeresentwicklung (2019): Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften, S. 23.
- 6 Gaydos, Steven J./Curry, Ian P. (2014): Manned-Unmanned Teaming: Explaining the Envelope of UAS Operational Employment. In: Aviation, Space, and Environmental Medicine 85 (12), S. 1231.
- 7 Woodbury, Don (ARC.AIAA.org, 2014): DARPA/Army Unmanned Combat Armed Rotorcraft (UCAR) Program. Slideshow from AIAA International Air and Space Symposium and Exposition: The Next 100 Years, 14-17.7.2003, Dayton, Ohio.
- 8 Strenzke, Ruben/et al. (2011): Managing Cockpit Crew Excess Task Load in Military Manned-Unmanned Teaming Missions by Dual-Mode Cognitive Automation Approaches. Conference Paper from: AIAA Guidance, Navigation, and Control Conference, 8-11.8.2011, Portland, Oregon, S. 2.
- 9 Paul, Tobias/Brämer, Emanuel (2013): Operational Considerations for Teaming Manned and Unmanned Helicopter. In: J Intell Robot Syst 69, S. 34.
- 10 Ebd., S. 35.
- 11 Ebd., S: 36-39.
- 12 Ebd., S. 39 f.
- 13 Mehling, Tim/Viertler, Franz/Paul, Tobias (2018): Potential of the Unmanned Wingman in Manned-Unmanned Teaming Tested in Flight, S. 6.
- 14 European Commission: Commission Implementing Decision of 19.3.2019 on the financing of the European Defence Industrial Development Programme and the adoption of the work programme for the years 2019 and 2020, 19.3.2019, S. 3-4.
- 15 BusinessWire: Milrem: Leading European Defence Companies Submit a Project for an Unmanned Ground System to the European Commission, 24.9.2019
- 16 Monroy, Matthias: Airbus arbeitet an tödlichem Drohnenschwarm, telepolis.de, 18.9.2018
- 17 Drucksache 19/5433 – Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/4715 – Drohnen-Schwärme in Waffensystemen der Bundeswehr S. 5.
- 18 Friese, Ulrich/Schubert, Christian: Nukleus für einen europäischen Panzerkonzern, faz.net, 14.10.2019

# Europas (digitale) Aufrüstung

PESCO, DG Defence und EU-Verteidigungsfonds

von Tobias Pflüger

Innerhalb der Europäischen Union findet aktuell ein massiver Ausbau des Militärapparates statt, bei dem die „Digitalisierung des Krieges“ eine wesentliche Rolle spielt. Dies gilt besonders für die Projekte der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (engl.: PESCO), die künftig über einen „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) finanziert werden sollen. Der Fonds soll nach den Vorstellungen der Kommission mit 13 Mrd. Euro EU-Geldern befüllt werden (wobei sich über einzelstaatliche Ko-Finanzierungen eine weitaus höhere Summe ergeben soll). Ein fester Teil dieser Gelder ist explizit für die Erforschung und Entwicklung digitaler Schlüsseltechnologien reserviert, wodurch die EU ihre Position im neuen Wettrüsten im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) stärken will. Die Verwaltung des Fonds wird künftig der frisch geschaffenen „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“ (DG Defence) obliegen. Ihr steht mit Thierry Breton ein Mann vor, der zuvor Chef von Atos war, einem der wichtigsten Unternehmen im Bereich der digitalen Kriegsführung. Interessenskonflikte sind hier somit vorhersehbar, was umso problematischer ist, da der Topf faktisch keinerlei parlamentarischer oder sonstiger Kontrolle unterliegen soll. Vor allem auch bei den beiden anstehenden milliarden schweren Großprojekten Kampfflugzeug (Future Combat Air System, FCAS) und Kampfpanzer (Main Ground Combat System, MGCS) sollen digitale Komponenten entscheidend zur „Kampfkraft“ der Systeme beitragen. Da zu erwarten ist, dass auch sie maßgeblich über den EVF bezuschusst werden sollen, dürfte hier das Fehlen nahezu jeglicher parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten besonders schwer ins Gewicht fallen.

## Digitale PESCO-Projekte

Im Dezember 2017 wurde die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ aktiviert, über die europaweite Rüstungsprojekte und damit die Schaffung eines

europäischen rüstungsindustriellen Komplexes forciert werden sollen.

Im März und November 2018 wurden die ersten 34 PESCO-Projekte auf den Weg gebracht, im November 2019 folgten 13 weitere. Bereits in den ersten PESCO-Runden fanden sich einige Vorhaben, die dem Bereich der digitalen Kriegsführung zuzurechnen sind. Dazu gehört beispielsweise ein mit deutscher Beteiligung stattfindendes Projekt zur „Elektronischen Kampfführung“ (EloKa) namens „Electronic Warfare Capability and Interoperability Programme for Future Joint Intelligence, Surveillance and Reconnaissance (JISR) Cooperation“. In der EU-Projektbeschreibung heißt es dazu: „Das schlussendliche Ziel des Projektes besteht in der Schaffung einer stehenden EloKa-Truppe. [...] Diese Truppe sollte zu gemeinsamen EloKa-Operationen in einem elektromagnetischen Umfeld sowie dazu in der Lage sein, die EU-Kampftruppen mit einzigartigen elektronischen Kampffähigkeiten zu unterstützen.“<sup>1</sup>

Mit der letzten PESCO-Projektwelle am 12. November 2019 erfolgte eine nochmalige Schwerpunktverschiebung hin zum digitalen Bereich, wie der Fachdienst Bruxelles2 schreibt: „Diese 13 Projekte [...] zeichnen sich größtenteils durch eine sehr starke Tendenz zu High Technology und Zukunftstechnologien aus.“<sup>2</sup>

## Fonds für (digitale) Aufrüstung

Im Mai 2018 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag für den EU-Haushalt (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) 2021 bis 2027 vor,<sup>3</sup> der aktuell zwischen den beiden weiteren am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Akteuren, dem Europäischen Parlament und dem EU-Rat, verhandelt wird. Die Kommission schlägt darin vor, erstmals große Beträge für verschiedene militärische Haushalte auszuloben: Dazu gehören eine EU-Friedensfazilität (Finanzierung von EU-Militär-

einsätzen und Ausbildung: 10,5 Mrd. Euro), die Militärische Mobilität (Schnelle Verlegefähigkeit: 6,5 Mrd. Euro), die großen Weltraumprogramme (v.a. Galileo und Copernicus: 16 Mrd. Euro) und der Europäische Verteidigungsfonds, EVF (Erforschung und Entwicklung länderübergreifender europäischer Rüstungsprojekte: 13 Mrd. Euro).

Beim EVF sollen die Beträge aus dem EU-Haushalt noch einmal um einen bis zu fünffachen Faktor mit einzelstaatlichen Geldern ergänzt werden. Damit sollen bevorzugt PESCO-Projekte und damit das Ziel, einen europäischen rüstungsindustriellen Komplex herauszubilden, finanziert werden.

Das Europäische Parlament ist hier wie erwähnt mit in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden und nahm die Vorlage der Kommission auf, über den Fonds auch mit besonderem Augenmerk die Erforschung und Entwicklung „hoffnungsvoller“ digitaler Kriegstechnologien – sogenannte „disruptive Technologien“ – zu subventionieren. Am 18. April 2019 verabschiedete das Parlament mehrheitlich seine diesbezügliche Legislativvorlage, in der es heißt: „Der Fonds sollte Maßnahmen, die der Entwicklung disruptiver Technologien für Verteidigungszwecke förderlich sind, finanziell unterstützen.“<sup>4</sup>

Als Definition, was unter diesem Begriff zu verstehen ist, ist im Abschnitt „Begriffsbestimmungen“ folgendes zu finden: „Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck [...] ‘disruptive Technologie für die Verteidigung’ eine Technologie zur Anregung eines radikalen Wandels, einschließlich einer verstärkten oder vollständig neuen Technologie, die zu einem Paradigmenwechsel in der Verteidigungstheorie und -praxis führt.“



Thierry Breton während der Befragung durch das EU-Parlament. Quelle: European Union 2019/EP.

Weiter ist dort festgehalten, dass ein prozentual festgelegter EVF-Anteil in diese Technologien fließen soll: „Mindestens 4 % und bis zu 8 % der Finanzausstattung nach Absatz 1 wird Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen oder der Gewährung von Finanzmitteln zur Förderung disruptiver Verteidigungstechnologien zugewiesen.“

Und schließlich wird noch darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich Anbieter außerhalb des „traditionellen“ Rüstungssektors ebenfalls von Interesse sind: „Da disruptive Technologien auf Konzepten oder Ideen basieren können, die nicht von den herkömmlichen Akteuren im Verteidigungsbereich stammen, sollte durch den Fonds eine ausreichende Flexibilität bei der Konsultation von Interessenträgern und hinsichtlich der Umsetzung solcher Maßnahmen ermöglicht werden.“

### **DG Defence und die Rüstungslobby**

Die Verwaltung der neuen Militärhaushalte (außer der Friedensfazilität) soll künftig die seit 1. Dezember 2019 existierende „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“ übernehmen. Die DG Defence wird wie bereits erwähnt vom Franzosen Thierry Breton geleitet, der zuvor als Chef von Atos fungierte, einem der wichtigsten Unternehmen der IT-Kriegsindustrie. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass er aus seiner Affinität für diesen Bereich wie auch für die Unternehmen der IT-Branche keinen Hehl macht. Auf Fragen der EU-Abgeordneten vor seiner Ernennung antwortete der Atos-Mann: „Ich möchte die disruptive Innovationsdimension des EVF entwickeln und sicherstellen, dass das vorgesehene Budget (zwischen vier und acht Prozent) einen wirklichen Einfluss hat, Unternehmen außerhalb des Verteidigungssektors, Start-ups und Existenzgründer anzuziehen, um dadurch die europäische Führung bei strategischen technischen Lösungen sicherzustellen.“<sup>5</sup> Als Beispiel nannte er etwa Quantencomputer, wo es gelte sich an „vorderster Front“ zu positionieren, indem nicht nur Technologien für die „zivile Anwendung“ entwickelt würden, sondern „genauso für ihre Einführung in den Weltraum- und Verteidigungsbereich.“

Breton steht also einer Behörde vor, der u.a. die Verwaltung eines Fonds obliegt, bei dem ein nicht unerheblicher Teil der Gelder explizit für eine Sparte reserviert ist, in der sein vorheriges Unternehmen einer der zentralen Akteure ist. Nicht nur hier sind Interessenkonflikte praktisch vorprogrammiert. Generell war die Rüstungslobby, aber zum Beispiel mit der Fraunhofer-Gesellschaft auch ein wichtiger Akteur im Bereich der „disruptiven Technologien“, eng in die Anbahnung des EVF eingebunden. Los ging es mit einer „Group of Personalities“, die von der damaligen Industriekom-

missarin Elzbieta Bienkowska im März 2015 mit der Aufgabe betraut wurde, die „Notwendigkeit“ europäischer Rüstungstöpfe zu untersuchen.

Die 16-köpfige Gruppe setzte sich ausnahmslos aus militärnahen Politiker\*innen, Rüstungslobbyist\*innen oder Vertreter\*innen interessierter Forschungsinstitute zusammen. So verwunderte es nicht, dass sie in ihrem im Februar 2016 veröffentlichten Bericht<sup>6</sup> Vorschläge unterbreiteten, die dann nicht unwesentlich die späteren Papiere der Kommission zum Europäischen Verteidigungsfonds mitprägen sollten.

Allein für das Jahr 2016 sind nicht weniger als 184 Treffen zwischen Rüstungslobbyist\*innen und der EU-Kommission nachgewiesen.<sup>7</sup> Der genaue Inhalt der jeweiligen Treffen ist nicht bekannt, da es sich hier aber um die Zeit handelte, in der die Details des EVF ausgearbeitet wurden, kann mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass dies auch Gegenstand dieser Treffen gewesen sein dürfte.

Die Mühe scheint sich jedenfalls bezahlt gemacht zu haben: Als Testlauf wurde ein abgespeckter EVF-Vorläufer mit dem Namen „Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich“ (EDIDP) auf den Weg gebracht, der für 2019 und 2020 mit insgesamt 590 Mio. Euro bestückt wurde. Was die Profiteure dieses Prototyps eines EU-Rüstungshaushaltes anbelangt, schrieb das Nachrichtenportal euractiv: „Heute nehmen bis auf eines alle Unternehmen und Forschungszentren, die der Group of Personalities angehört haben, an Projekten [...] des Vorläufers des EU-Verteidigungsfonds teil und erhalten 40% seiner Gelder.“<sup>8</sup>

### Großprojekte außer Kontrolle

Das alles ist umso problematischer, nachdem sich der EVF faktisch jeglicher parlamentarischen Kontrolle entziehen wird. Die Abgeordneten werden ein letztes Mal bei der Verabschiedung des EU-Haushalts (und damit auch des EVF-Budgets) ein Mitspracherecht erhalten. Im Anschluss daran ist aber lediglich vorgesehen, das Parlament im Nachhinein über die Verwendung der Gelder zu informieren (während Rat und Kommission über ein Vetorecht verfügen).

Ist der EVF erst einmal verabschiedet, stehen zwei richtig große deutsch-französische Rüstungsprojekte schon bereit: Das Kampfflugzeug mit einem geschätzten Gesamtvolumen von bis zu 500 Mrd. Euro und der Kampfpanzer mit 100 Mrd. Euro.<sup>9</sup> Es ist davon auszugehen, dass diese Vorhaben baldmöglichst in die PESCO überführt und deren Entwicklung damit ab 2021 über den EVF querfinanziert werden soll. Bei beiden wird stark auf Digitalisierung gesetzt, um den „Kampfwert“ zu steigern. Bei der „Europäischen Sicherheit und

Technik“ hieß es Anfang 2020 zum Beispiel: „Auch mit Blick auf die wachsende Digitalisierung ist die deutsche Verteidigungsindustrie gefragt, Antworten auf die neuen Anforderungen an Waffensysteme zu finden – beispielsweise gemeinsam mit Partnern. Diese Anforderungen können nicht mehr isoliert sowie unabhängig von IT-Plattformen betrachtet werden. Die Zukunft gehört querschnittlichen Informations- und Wirkverbänden über alle Teilstreitkräfte, Organisations- und Warfare-Bereiche hinweg – darunter auch Cyber. Ein gutes Beispiel dafür ist das deutsch-französisch-spanische Programm FCAS, das Drohnen, Kampfflugzeuge, Satelliten sowie Kommando- und Kontrollflugzeuge miteinander verbinden soll.“<sup>10</sup>

### Anmerkungen

- 1 Council of the European Union: Permanent Structured Cooperation (PESCO) updated list of PESCO projects Overview, 19. November 2018.
- 2 Gros-Verheyde: Third wave of PESCO projects: more ‘high tech’. The list (exclusive), bruxelles2.eu, 30. September 2019.
- 3 Europäisches Parlament: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027 und neue Eigenmittel. Analyse des Vorschlags der Kommission, Juli 2018.
- 4 Europäisches Parlament: Legislative Entschließung [...] zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds, 18. April 2019.
- 5 Europäisches Parlament: Questionnaire to the Commissioner-Designate Thierry Breton, Commissioner-designate for the Internal Market, 13. November 2019.
- 6 European Union Institute for Security Studies: Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related research, 23. Februar 2016.
- 7 Vranken, Bram: Securing Profits. How the arms lobby is hijacking Europe’s defence policy, Vredesactie, Oktober 2017.
- 8 Sédou, Laëtitia: MEPs concerned with peace should worry about the new ‘Defence Industry & Space’ unit, euractiv.com (blog), 1. Oktober 2019.
- 9 Bund gibt ersten Millionenbetrag für deutsch-französischen Kampffjet frei, Handelsblatt, 5. Juni 2019.
- 10 Europäische Sicherheit & Technik: Die deutsche Verteidigungsindustrie am Scheideweg, 7. Januar 2020.

# Profiteure

## Drei Beispiele aus der digitalen Aufrüstung

### Atos

Atos bezeichnet sich selbstbewusst als „führender Anbieter für digitale Transformation“ und „europäische Nummer Eins bei Cloud-Diensten, Hochleistungsrechenzentren und bei der Cyber-Sicherheit“. Seine heutigen Dimensionen hat Atos v.a. durch strategische Übernahmen und Fusionen erreicht. Im Jahr 2000 fusionierte Atos mit dem niederländischen IT-Anbieter Origin und übernahm in den folgenden vier Jahren wesentliche Teile der internationalen Beratungsgesellschaft KPMG, die IT-Sparten von Karstadt und des multinationalen Öltechnik-Dienstleisters Schlumberger. Ab 2010 folgte eine zweite Welle spektakulärer Übernahmen, u.a. 2011 mit der IT-Dienstleistungssparte von Siemens (IT Solutions & Services) und 2014 des französischen Hardware-Herstellers Bull. 2015 kaufte Atos die IT-Sparte von XEROX auf, 2015 folgte mit Unify die Übernahme einer weiteren Siemens-Tochter und 2016 mit Syntel die eines großen IT-Dienstleisters aus den USA, der v.a. auch in Südasien eine führende Rolle spielt. 2016 und 2017 übernahm der Konzern vier US-Unternehmen, die sich auf IT-Dienstleistungen im Gesundheitswesen und entsprechende Beratung spezialisiert hatten. Diese zweite Fusionswelle erfolgte unter der Führung des ehemaligen französischen Industrieministers Thierry Breton, der direkt von seinem Posten als Atos-CEO zum neuen EU-Kommissar für Binnenmarkt, Rüstung und Weltraum berufen wurde.

Atos hat seit 2012 die IT-Infrastrukturen der Bundeswehr modernisiert und sich um eine Harmonisierung der Kommunikationssysteme aller Teilstreitkräfte und deren Anschlussfähigkeit an NATO-Netze bemüht. Es hat auch darüber hinaus konzeptionell in die Planung der militärischen IT-Struktur eingegriffen. Damit ist Atos zum wichtigsten privaten Cloud-Dienstleister der Bundeswehr avanciert, deren Rechenzentren das

Unternehmen betreut. Für die französische Armee stellt Atos ähnliche grundlegende IT-Dienstleistungen zur Verfügung. In einem Werbevideo unter dem Titel „Collective Defense“ spricht der Konzern von einer „neuen Welt voller Konflikte“, in der das „Schlachtfeld“ digital geworden und mithin „Informationsdominanz“ der Schlüssel zum Erfolg sei. Anschließend preist es seine militärischen Dienstleistungen auf verschiedensten Ebenen an: Beim Datenmanagement in den Stäben, der Vernetzung der Soldat\_innen, der taktischen Kommunikation und der Cybersicherheit. „Atos entwickelt die beste IT und passt sie militärischen Bedürfnissen an“, so erfahren wir am Schluss des Videos.

Obwohl Atos tatsächlich ein zentraler Akteur der Digitalisierung europäischer Streitkräfte ist, repräsentiert die Rüstung neben der „Homeland Security“ und der Bildung nur einen Teil seines Geschäftsbereichs „öffentliche Verwaltung“, der gleichberechtigt neben anderen Geschäftsbereichen wie der „Gesundheit“, der Produktion, Wissenschaft und Forschung usw. steht.

### THALES

Thales ist nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI das achtgrößte Rüstungsunternehmen der Welt. 2018 setzte der Konzern 9,47 Mrd. Dollar mit Rüstung um - bei einem Gesamtumsatz von 18,78 Mrd. Dollar. Thales entstand 1998 aus dem Zusammenschluss der Rüstungssparten von Alcatel, Dassault Électronique und Thomson-CSF. 25,71% der Anteile hält der französische Staat, 24,65% der Rüstungskonzern Dassault Aviation und 46,63% befinden sich in Streubesitz.

Der Hauptsitz von Thales Deutschland befindet sich in Ditzingen bei Stuttgart. Insgesamt gibt es acht deutsche Standorte mit 3.000 Beschäftigten und der Umsatz beträgt 650 Mio. Euro (2017). In Ditzingen

werden beispielsweise Radar- und Funkgeräte sowie Nachtsichtbrillen für das Heer hergestellt. Bauteile von Thales finden sich jedoch in fast allen in NATO-Staaten hergestellten Kriegsgeräten, da sie v.a. der Navigation und Kommunikation dienen. Thales ist zudem beteiligt an mehreren großen Militärprojekten wie dem Kampfflugzeug Rafale und hält über ein Drittel an dem französischen Konzern Naval Group, der Unter- und Überwasserboote herstellt.

Das Unternehmen selbst wirbt mit der Anwendung seiner Produkte in Auslandseinsätzen. So stellt es die mobile computergestützte Überwachungstechnik (MobÜT) zur Sicherung von Feldlagern in Mali und bewirbt seine „binoculare Helmsysteme, die eine Steigerung der Leistung und eine Reduzierung der Müdigkeit der Piloten aufweisen. Mit über 1.000 ausgelieferten Einheiten unterstützt Thales die Hubschrauberpiloten bei langen Missionen wie in Mali oder Afghanistan u.a. auf den Plattformen von Tiger und NH90“. 2016 lieferte das Unternehmen den ersten Schießsimulator „Sagittarius Evolution“ (Wirkmittel 90 mm) an das einsatzerprobte Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw aus. Obwohl der Konzern nach eigenen Angaben „größten Wert auf ethisches Verhalten, Transparenz und Dialog gegenüber Kunden, Zulieferern sowie Beschäftigten, Aktionären, den Finanzmärkten und der Zivilgesellschaft“ legt, kam er bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt. 2011 wurden Thales und der französische Staat zu einer Entschädigung in Höhe von 630 Mio. Euro an Taiwan verurteilt, weil der Konzern für den Handel mit Fregatten mehrere hundert Mio. Euro an illegalen Provisionen gezahlt hatte. Weitere Ermittlungen laufen wegen Waffendeals nach Südafrika. Bislang ist das Unternehmen auch in der Region Stuttgart eher von Fahrkartenautomaten der Bahn her bekannt, wo es den Zahlungsverkehr ermöglicht – weniger aber für seinen Rüstungsbereich. Im November 2019 wurde jedoch bei der Berufsinformationsmesse „Lange Nacht der Unternehmen“ in Stuttgart gegen den Waffenproduzenten Thales protestiert, um auf das tödliche Geschäft des Unternehmens aufmerksam zu machen.

Obwohl das Unternehmen seinen Sitz offiziell in

# AIRBUS

Frankreich hat, handelt es sich bei Airbus sicherlich um das wichtigste deutsche Rüstungsunternehmen, dessen Hauptsitz in Deutschland bei Ottobrunn liegt, wo während des Zweiten Weltkrieges die „Luftfahrt-Forschungsanstalt München“ aufgebaut wurde. Das Unternehmen wurde über Jahrzehnte auf der Grundlage

politisch-militärischer Interessen und zwischenzeitlich unter dem Dach des Daimler-Konzerns vorwiegend aus deutschen und französischen Firmen zusammengefasst. Im Bereich Luft- und Raumfahrt führt für die Bundeswehr und die anderen europäischen Armeen kein Weg an Airbus vorbei, der Konzern ist (gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, DLR) unmittelbar in die Satellitenaufklärung und -kommunikation der Bundeswehr einbezogen. Somit stellt er das Rückgrat einer auf Auslandseinsätze ausgerichteten Kommunikationsstruktur der Bundeswehr. Diese „Systemrelevanz“ erklärt womöglich auch, warum die Politik dem Unternehmen jede Verzögerung und Kostenexplosion – wie beim Transportflugzeug A400M – verzeiht.

Auch an den großen aktuellen Rüstungsprojekten, welche die EU fit für das „digitale Schlachtfeld“ machen sollen, ist Airbus zentral beteiligt, darunter die sog. „Euro-Drohne“ und das „Future Combat Air System“, das aus einem bemannten Flugzeug bestehen soll, das im Verbund mit einer Vielzahl unbemannter Systeme – Satelliten und Drohnen – zusammen agieren soll. Führend ist Airbus aktuell – dank massiver öffentlicher Forschungs-Förderung – auch bei der Entwicklung sog. „Pseudo-Satelliten“: An Segelflugzeuge erinnernde Drohnen, die von Solarenergie getrieben monatelang in der Stratosphäre fliegen und weitgehend autonom und relativ punktgenau Gebiete überwachen können. Als europäisches Avantgarde-Unternehmen für Luft- und Raumfahrt war Airbus natürlich auch führend an der Weiterentwicklung von Avionik, Sensorik und der darin integrierten „künstlichen Intelligenz“ beteiligt, wofür das Unternehmen v.a. auch aus zivilen Budgets umfangreiche Fördermittel erhielt. Umso überraschender war es, dass Airbus diese Geschäftsbereiche unter dem Namen Hensoldt Holding GmbH 2017/2018 an die internationale „Beteiligungsgesellschaft“ KKR veräußerte. An den Standorten u.a. in Taufkirchen/Ottobrunn, Ulm, Friedrichshafen usw. ist davon kaum etwas zu merken: Beide Unternehmen sind in denselben Gebäuden auf denselben Geländen angesiedelt und geben dieselben ID-Karten aus. Neben dem Airbus-Logo steht nun eben das Hensoldt-Logo.

# 5G-Offensive

## Zwischen Gefechtsfeld und Geopolitik

von Jürgen Wagner

Egal durch welches Statement der Bundeswehr oder Bundesregierung man sich aktuell pflügt, überall begegnen einem in diversen Variationen Sätze wie der Folgende: „Die Digitalisierung ist das Megathema des 21. Jahrhunderts“.<sup>1</sup> Verpasst man umgekehrt den Digitalisierungszug, so die einhellige Meinung, droht man in Zeiten sich verschärfender Großmachtkonflikte sowohl auf dem Schlachtfeld als auch generell auf dem Feld der neuen Tech-Geopolitik zurückzufallen.

Auf der taktischen Ebene sind es vor allem die Landstreitkräfte mit ihrem „Plan Heer“, die sich der (5G-) Digitalisierung verschrieben haben, da sie als zwingend notwendig gilt, um aus künftigen Schlachten siegreich hervorgehen zu können. In seiner ihm eigenen Art fasste das Verteidigungsministerium den dahinter stehenden Gedankengang folgendermaßen zusammen: „Wer nicht digitalisiert, verliert.“<sup>2</sup>

Auf strategischer Ebene ist es vor allem die Frage der Beteiligung des chinesischen Huawei-Konzerns am Aufbau des europäischen 5G-Netzes, die die Gemüter erhitzt. Die Europäische Union hat – mutmaßlich auf Drängen oder zumindest mit Zustimmung der Bundesregierung – dabei Ende Januar 2020 eine grundlegende Positionsbestimmung vorgenommen, die Huawei sehr zum Ärger der USA nicht grundsätzlich ausschließt. Bei näherer Betrachtung sollen hiermit aber wohl vor allem die beiden großen 5G-EU-Akteure Ericson und Nokia gestärkt werden.

Aufgrund seiner militärisch-machtpolitischen Bedeutung ist 5G somit zu einer Frage der „Digitalen Geopolitik“ geworden, für die sich Bundeswehr und Bundesregierung aktuell in Stellung bringen.

### **Munster, Großverbände und (5G-)Digitalisierung**

Besonders die Landstreitkräfte (LaSK) der Bundeswehr sehen sich als eine Art Digitalisierungsvanguardie: Wesentlich sind in diesem Zusammenhang drei im Verlauf des Jahres 2017 vom Heereskommando her-

ausgegebene Thesenpapiere. Sie propagieren die Voll-digitalisierung des Heeres als das entscheidende Mittel, um künftige Siege auf einem „Gläsernen Gefechtsfeld“ über einen nahezu gleichstarken Gegner erringen zu können.

Auf diesen Thesenpapieren baut der „Plan Heer“ aus dem Jahr 2018 auf, der auf zwei Pfeilern beruht: der Aufstellung von Großverbänden und der Digitalisierung des Heeres. Bis spätestens 2023 soll eine erste volldigitalisierte Brigade (5.000 Soldaten) bereitstehen, 2027 eine erste Division (15.000 bis 20.000) Soldaten und 2032, das Ende des im Plan Heer abgesteckten Zeithorizonts, sollen es zwei der bis dahin vorgesehenen drei Divisionen sein (siehe hierzu ausführlich den Beitrag von Martin Kirsch).

Um die ehrgeizigen Digitalisierungspläne voranzutreiben, wurden bereits 2018 die „Test und Versuchskräfte 4.0“ im niedersächsischen Munster aufgestellt. Da nur die neue Netzgeneration die für nötig erachteten Bandbreiten und Geschwindigkeiten auf einem vernetzten Gefechtsfeld bereitstellen kann, ist es nicht verwunderlich, dass in Munster augenscheinlich auch an der Einführung von 5G-Technologie gefeilt wird.

Dies geht zum Beispiel aus einem Bericht über einen Vortrag von Generalmajor Reinhard Wolski, Chef des Amtes für Heeresentwicklung, hervor: „Digitalisierung von ‚Sensor to shooter‘ sei angesichts der hohen Dynamik im künftigen Gefecht ein absolutes Muss. Ziel sei die Beschleunigung des Führungsprozesses durch eine Helicopter Combat Cloud, in der alle Sensoren und Effektoren verbunden sind. Und so präsentierte Wolski die erste Bundeswehr-5G-Antenne und eine 5G-Basisstation. Diese würden demnächst in Test- und Versuchsverband in Munster erprobt. Aber nicht in einem Hubschrauber. „Da wir beim Deutschen Heer sind, natürlich zuerst in 70 Tonnen Stahl!“<sup>3</sup>

Da passt es ins Bild, dass besagte Thesenpapiere, auf denen der Plan Heer aufbaut, unter der Ägide von General Frank Leidenberger angefertigt wurden, der seit

ANZEIGE

## 5G als ein Schlüssel für die Digitalisierung der Bundeswehr

Der 5G-Netzausbau ist in Deutschland in vollem Gang. Die BWI erprobt für die Bundeswehr Anwendungsszenarien der 5G-Technologie und sucht für ihre komplexen IT-Projekte Fachpersonal.

Sponsored Post von BWI

27. November 2019, 9:00 Uhr



Screenshot eines von der BWI gesponsorten Artikel auf golem. Quelle: golem.de.

September 2018 als „Chief Strategy Officer“ (CSO) für den IT-Dienstleister der Bundeswehr, die BWI GmbH, die Früchte seiner Arbeit erntet. Die Aufgabe der BWI ist es nach eigenen Angaben, die „Digitalisierung der Bundeswehr voranzutreiben“, für die sie 5G als einen „Schlüssel“ und den „Treiber für militärisch-taktische Innovation“ bezeichnet.<sup>4</sup>

### 5G und die BWI GmbH

Um das Lobbying für die Einführung von 5G-Technologie in der Bundeswehr macht sich derzeit insbesondere die besagte BWI GmbH „verdient“. Mit Frank Leidenberger als dem Verantwortlichen für die Thesenpapiere des Heeres hat das Unternehmen dafür den richtigen Mann angeheuert. Daher ist es wenig überraschend, dass die BWI der Bundeswehr die Einführung von 5G massiv nahelegt. In einem Eigenbericht über Leidenbergers Auftritt bei der Berlin Security Conference 2019 schreibt das Unternehmen auf seiner Homepage: „Die neue Mobilfunktechnologie wird künftig auch für die Bundeswehr eine wesentliche Rolle spielen. Dennoch – im Einsatz muss sie ‚irrelevant‘ sein können, so Frank Leidenberger, CSO der BWI. Bei der Berlin Security Conference 2019 diskutierte er Einsatzfähigkeit und Problematik von 5G bei der Durchführung mobiler militärischer Operationen. [...] Für künftige Operationen werde sie viele Vorteile bringen, weil 5G mehr Bandbreite für Sprach- und Datenkommunikation biete – eine wesentliche Grundlage für die Nutzung von künstlicher Intelligenz, die

beispielsweise auf hochauflösende Bilder angewiesen ist. Insbesondere für die Übertragung großer Sensordatenmengen aus unterschiedlichen Waffensystemen ist 5G sinnvoll, so die Panelisten. [...] Doch Leidenberger schränkte ein: Im Einsatz müsse man immer davon ausgehen, dass die Technologie angegriffen werde. Zur Verteidigung gehöre künftig das komplette elektromagnetische Spektrum. Für die Umsetzung bedeute das konkret: Kampf und Führung muss für Soldaten im Zweifel ohne eine 5G-Verbindung möglich sein.“<sup>5</sup>

In einem weiteren BWI-Eigenbericht wird unter anderem Leidenbergers Kollege, der Leiter der BWI-Abteilung „Communication & Mobility Services“, Matthias Lenz, unter dem Titel „5G bei der Bundeswehr: Daran arbeitet die BWI“ zitiert: „Bei einem militärischen Einsatz werden heute zig Gigabyte an Aufklärungsdaten erfasst - von Satelliten, Drohnen oder der klassischen Luftüberwachung. Diese Informationen müssen sofort bereitstehen. Die Operationszentrale braucht sie natürlich, um schnell taktische Entscheidungen treffen zu können.“<sup>6</sup>

Wie die BWI weiter betont, wird 5G auch beim zentralen Programm „Digitalisierung Landbasierter Operationen“ (siehe den Beitrag von Martin Kirsch) und damit auch bei der Umsetzung des Plan Heer eine wesentliche Rolle spielen: „Die Bundeswehr und BWI haben es sich zum Ziel gesetzt, ganze Verbände zu digitalisieren. [...] Im Programm ‚Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO)‘ spielt 5G eine sehr wichtige Rolle. Ziel des Bundesverteidigungsministeriums ist es, die IT-basierte Kommunikation von

der untersten taktischen bis zur obersten strategischen Ebene sicherzustellen.“<sup>7</sup>

Augenscheinlich ist das Unternehmen sicher, dass seine „Argumente“ bei der Bundeswehr verfangen, denn es ist auf Personalsuche für die 5G-Einführung bei der Bundeswehr. Hierfür platzierte die BWI zum Beispiel einen ihrer wesentlichen Beiträge zum Thema 5G und Bundeswehr nicht nur auf ihrer Homepage, sondern unter anderem mit dem Titel „5G als Treiber für militärisch-taktische Innovation“ auch als Anzeige auf der bei IT-affinen Menschen sehr populären Seite [golem.de](http://golem.de) – ergänzt am Ende allerdings um ein Stellengesuch: „Für den Einsatz moderner Technologien wie beispielsweise 5G und für viele weitere IT-Projekte sucht die BWI stets Fachpersonal. Ob Quer- oder Berufseinstieg, Karriereleiter oder Neubeginn – die BWI GmbH bietet Interessierten vielfältige Berufsperspektiven und Entwicklungsspielräume. Wer die Digitalisierung in Deutschland aktiv mitgestalten möchte, ist bei dem Top-10-IT-Unternehmen mit über 40 deutschlandweiten Standorten herzlich willkommen.“<sup>8</sup> Die Lobbyarbeit scheint schon seit einiger Zeit Früchte zu tragen, da aus einem weiteren BWI-Beitrag hervorgeht, dass das Unternehmen bereits konkret an der Einführung von 5G für die Bundeswehr arbeitet: „Unsere Aufgabe ist es, die Digitalisierung der Bundeswehr voranzutreiben. 5G ist da nur ein Baustein, der mit vielen anderen harmonisch zusammenspielen muss. Wir müssen das Gesamtsystem befähigen“, sagt [Matthias] Lenz. Um Erfahrungen zu sammeln, werden derzeit an vereinzelt Standorten der Bundeswehr und der BWI prototypische lokale 5G-Funkzellen mit Verbindung ins öffentliche 4G- oder 3G-Netz installiert.“<sup>9</sup>

Ein weiteres Unternehmen, das hier seinen Schnitt machen möchte, scheint Capgemini zu sein, das im Januar 2020 auf der firmeneigenen Internetseite für die Einführung von 5G bei der Bundeswehr warb: „Die Nutzung von 5G-Technologie kann für die Bundeswehr enorme Leistungssprünge im Kampf um Informations- und Wirkungsüberlegenheit in allen Dimensionen bieten. Es bietet sich eine gemeinsame Basis für BMS-Systeme und eine Lösung für die Herausforderungen der Zukunft, seien es D-LBO, ErzUntGlas, KI / Automatisierung, E<sup>3</sup>+1 TEN oder FCAS/MGCS. [...] Die Relevanz von 5G-Technologie für die Bundeswehr, ist daher eine Frage nach dem ‚wann‘ und ‚wie‘, nicht nach dem ‚ob‘.“<sup>10</sup>

Dabei versucht Capgemini seine Vision einer künftigen 5G-C5ISR-Cloud schmackhaft zu machen:

## Die EU und die Causa Huawei

Die militärische Relevanz der 5G-Technologie steht außer Frage – sie erklärt aber wohl nicht allein die Vehemenz, mit der die USA hier versuchen, die „Verbündeten“ in der Huawei-Frage auf ihre Linie zu bekommen. Dabei wurde mit einer Mischung aus markigen Worten und handfesten Drohungen hantiert, um den Ausschluss des Konzerns vom Aufbau des europäischen 5G-Netzes zu erreichen. So gab der damalige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, Anfang 2020 an, Washington schätze das Spionagerisiko so hoch ein, „dass wir gezwungen sein werden zu prüfen, wie viel Informationen wir mit unseren Verbündeten noch teilen können, wenn sie dieses Risiko ignorieren.“<sup>12</sup>

Bereits am 11. November 2019 fand allerdings eine Expertenanhörung des Auswärtigen Ausschusses zur Causa Huawei statt, bei der u.a. Martin Schallbruch (European School of Management and Technology Berlin) die Vorteile einer breiten Anbieterbasis einschließlich des chinesischen Konzerns betonte. Beim selben Anlass und in dieselbe Richtung äußerte sich auch Professor Harald Görl von der Universität der Bundeswehr in München in einer der extrem seltenen Stellungnahmen aus dem Militär zum Thema. Auch er sah von Huawei keine Gefahr ausgehen – sogar eher das Gegenteil: „Wenn der Ausschluss der chinesischen Netzausrüster dazu führt, dass im deutschen 5G-Netz nur zwei oder ein Ausrüster übrig bleiben, sei dies ‚die schlimmste Gefahr, die technisch entstehen kann. Das können wir nicht sichern, das fliegt uns um die Ohren‘.“<sup>13</sup> Nachdem auch die Bundesnetzagentur wie auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu Protokoll gaben, sie sähen keine Anzeichen für eine Bedrohung durch Huawei<sup>14</sup>, wird reichlich darüber spekuliert, welche Gründe die

„Die Vision ist ein digitaler und lückenloser Informationsraum, aufgespannt über alle Dimensionen und organisatorischen Einheiten. Sämtliche Akteure auf dem Gefechtsfeld sind miteinander vernetzt und über ein Cloudspeichersystem verbunden. Informationen werden in de-facto Echtzeit zusammengeführt, ausgewertet und durch entscheidungsunterstützende Empfehlungen des BMS (Battle Management System) verteilt. Damit dieses Aggregieren von Daten ermöglicht wird, ist die 5G Technologie der ‚Missing-Link‘. Erst eine Evolution in der Datenübertragung ermöglicht die 5G – Command, Control, Communications, Computers, Combat Systems, Intelligence, Surveillance and Reconnaissance – Cloud (5G-C5ISR-Cloud).“<sup>11</sup>

USA tatsächlich bei ihrer Kampagne gegen den Konzern umtreiben.

Relativ häufig werden dabei ökonomische Motive genannt, also dass den in 5G-Fragen hinterherhechelnden US-Konzernen Zeit zum Aufholen verschafft werden soll. Es dürfte Washington aber darüber hinaus auch ganz grundsätzlich darum gehen, „digitale Einflussphären“ abzustecken, wie die regierungsberatende Stiftung Wissenschaft und Politik vermutet: „Vieles [deutet] darauf hin, dass die »Five Eyes« und insbesondere die USA unter Trump dieser Auseinandersetzung auch eine grundsätzlichere geopolitische Bedeutung beimessen. Washington geht es nicht nur um den Schutz der eigenen Netze, sondern auch darum, chinesischen Unternehmen den Zugang zu den Netzen anderer Staaten zu verwehren. Auf der Ebene der technischen Infrastruktur soll so das Eindringen Chinas in jenen Bereich verhindert werden, der von den »Five Eyes« als eigene digitale Einflussphäre beansprucht wird. [...] Im Fall der 5G-Technologie ist China mit Huawei und ZTE derzeit besonders gut aufgestellt, während gerade US-amerikanische Unternehmen hier noch Aufholbedarf haben. Ein Ausschluss von Huawei von westlichen Märkten hätte vor diesem Hintergrund nicht nur den unmittelbaren ökonomischen Effekt, die aktuellen Konkurrenten Nokia und Ericsson zu stärken, sondern würde mindestens mittelfristig auch US-Unternehmen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen. [...] Mindestens mittelfristig würde der Ausschluss von Huawei aber auch Unternehmen wie Samsung und Cisco eine Chance bieten, sich auf dem deutschen 5G-Markt zu etablieren.“<sup>15</sup> In einer repräsentativen Umfrage in der „Internationalen Politik“ Anfang 2020 sprachen sich 35 Prozent für eine Huawei-Beteiligung aus, 47 Prozent lehnten sie dagegen ab.<sup>16</sup> Ähnlich gespalten zeigen sich auch die hiesigen Funktionsebenen in Politik und Wirtschaft, wobei es zwei Fronten gibt: Auf der einen Seite sind da die Befürworter einer Beteiligung, zu denen vor allem Kanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtsminister Helge Braun sowie Wirtschaftsminister Peter Altmaier zählen. Auch die Industrie sprach sich – zumindest zu Anfang – für eine Zusammenarbeit aus, besonders den Mobilfunkunternehmen Telekom, Vodafone, Telefonica und Drillisch, die im Juni 2019 satte 6,5 Mrd. Euro für die 5G-Frequenzen hingeblickt hatten, ist daran gelegen, dass sich diese Investitionen möglichst schnell bezahlt machen, was besser mit als gegen Huawei möglich ist.

Für einen Huawei-Einstieg sprechen aus Sicht der Befürworter eine Reihe „guter“ Gründe: „Die kurzfristige Alternative für die Netzbetreiber bestünde darin, auf die Produkte von Nokia und Ericsson zurückzugreifen. Dies würde aller Voraussicht nach zu höheren Kosten führen. Ein Grund für die schnelle

Ausbreitung von Huawei in den letzten Jahren war, dass das Unternehmen mit niedrigen Preisen locken konnte. [...] Schließlich würde sich der Aufbau von 5G wahrscheinlich verzögern, weil die Konkurrenten erst entsprechende Produktionskapazitäten aufbauen müssten.“<sup>17</sup> Das brachte aber die verschiedenen Huawei-Gegner lange nicht zum Schweigen, die unter Verweis auf die USA vor allem Sicherheitsbedenken gegen den Konzern ins Feld führten. Auf dieser Seite des 5G-Schützengrabens fanden sich das Außenministerium, der BND und eine Gruppe – die Rede ist von 50 bis 60 – transatlantisch ausgerichteter CDU-Abgeordneter unter Führung von Norbert Röttgen.<sup>18</sup> Deren Widerstand fiel aber in sich zusammen, als Ende Januar 2020 selbst der wichtigste Verbündete Großbritannien den USA die kalte Schulter zeigte: „Nicht einmal die engsten Geheimdienstpartner der USA scheinen von der angeblichen ‚Smoking Gun‘ überzeugt zu sein – ansonsten hätte die britische Regierung mit der US-Geheimdienste im Rahmen der so genannten ‚FiveEyes‘-Partnerschaft auch geheimste Informationen teilen, sich wohl kaum gegen einen Huawei-Bann entschieden.“<sup>19</sup>

### Digitale EU-5G-Geopolitik

In ihrer mit Spannung erwarteten Positionsbestimmung in der Causa Huawei entschied sich die Kommission Ende Januar 2020 trotz des heftigen Gegenwinds aus den USA gegen eine kategorische Ausgrenzung des chinesischen Unternehmens – ein Ergebnis, das wohl nicht zufällig auch exakt den Präferenzen der deutschen Kanzlerin entspricht: „Die EU-Kommission folgt mit dieser Positionierung der Auffassung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrem Kanzleramtschef Helge Braun.“<sup>20</sup>

Damit dürften die bereits jetzt hinterherhinkenden



Quelle: IMI.

US-Unternehmen dauerhaft keinen Fuß auf den europäischen 5G-Markt bekommen, weshalb die Reaktionen in Washington dementsprechend frostig ausfielen. Andererseits wird aber auch empfohlen, Huawei von den besonders neuralgischen Kernbereichen fernzuhalten, die allein Sache der EU-Platzhirsche in Sachen 5G-Technologie, Nokia und Ericson, sein sollen. Die Kommission will damit erklärtermaßen die „digitale Autonomie“ fördern, eine blumige Umschreibung für den Anspruch auf dem Schachbrett der Tech-Geopolitik künftig als eigenständiger machtpolitischer Akteur mitspielen zu können, wie auch manchen Kommentatoren nicht entging: „Huawei darf zwar Funkstationen für 5G liefern. Doch für den Aufbau des Kernnetzes werden nur andere Lieferanten zugelassen. Auch Vodafone und Telefónica in Deutschland planen in eine solche Richtung. Das wäre ein Kompromiss, um nicht zu abhängig von Huawei zu werden und trotzdem von schnellen, zuverlässigen Lieferungen zu profitieren. [...] Digitale Autonomie lautet das Stichwort. Europa darf in der digitalen Welt nicht nur das Anhängsel Chinas und der USA sein. Dafür brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe vieler Milliarden Euro.“<sup>21</sup> Hierzu scheint man in den EU-Hauptstädten fest entschlossen zu sein: Als die USA einen weiteren, diesmal in Person der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Elizabeth Warren explizit auch parteiübergreifenden Versuch unternahmen, die EU-Länder bei der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 auf Linie zu bringen, stellten die EU-Länder ganz andere Überlegungen an: „Selbst Frankreichs Präsident Emmanuel Macron beschäftigte sich bei einem Frühstück mit Abgeordneten und Vertretern von Thinktanks mit der Huawei-Frage. Am Ende stand zumindest eine Idee: der Aufbau eines europäischen Konsortiums, das Huawei die Stirn bieten kann.“<sup>22</sup>

Gesammelt ließen sich diese EU-Ambitionen jüngst zum Beispiel im „Manifest für die digitale Souveränität und geopolitische Wettbewerbsfähigkeit Europas“ finden, das der CDU-Europaabgeordnete Axel Voss am 20. Januar 2020 veröffentlichte. Der Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Rechtsausschuss sieht ein neues „Zeitalter der digitalen Geopolitik“ angebrochen: „Ohne eigene Vision und langfristige Strategien war Europa bisher ein Zuschauer im Kampf um die digitale Vorherrschaft zwischen China (autoritäre und staatlich kontrollierte Wirtschaft) und den USA (disruptive Innovation durch dominierende Technologiekonzerne).“ Europa müsse sich hier behaupten und zwar über die Erarbeitung eines „umfassenden Plans zur Stärkung der strategischen digitalen Autonomie Europas“ sowie „für strategische Investitionen in Wendepunkt-Technologien wie 5G“. Dies schließe zwar nicht aus, dort, wo es unter finanziellen Gesichts-

punkten besonders geboten sei, mit Huawei zusammenzuarbeiten – Priorität habe aber der Aufbau eigener 5G-Fähigkeiten: „Im Hinblick auf die aktuelle Debatte über die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit von 5G-Netzen ist ein europäisches System für 5G-Netzkomponenten von größter Bedeutung und Dringlichkeit.“<sup>23</sup>

### Anmerkungen

- 1 So soll das Heer digital werden, bmv.de, 11.12.2019.
- 2 Digitalisierung – Megatrend auch für die Bundeswehr, bmv.de, 25.03.2019.
- 3 Den Blick nach vorn – das 09. Internationale Hubschrauberforum, Newsletter Verteidigung, 09.07.2019, S. 5.
- 4 5G bei der Bundeswehr: Daran arbeitet die BWI, bwi.de, 20.09.2019.
- 5 „Der Einsatz von 5G muss wohl überlegt sein“, bwi.de, 09.12.2019.
- 6 bwi.de, 20.09.2019.
- 7 5G als ein Schlüssel für die Digitalisierung der Bundeswehr, golem.de (Sponsored Post von BWI), 27.11.2019.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Karkour, Martin: 5G für die Bundeswehr, capgemini.com, 22.01.2020.
- 11 Ebd.
- 12 „Smoking gun“: Streit um Beweise gegen Huawei, Handelsblatt, 29.01.2020.
- 13 Sawall, Achim: Ausschluss von Huawei führt «zur schlimmsten Gefahr», golem.de, 11.11.2019.
- 14 5G-Ausbau in Europa: EU-Kommission wohl gegen Ausschluss Huawei, t3n.de, 30.01.2020.
- 15 Voelsen, Daniel: 5G, Huawei und die Sicherheit unserer Kommunikationsnetze. Handlungsoptionen für die deutsche Politik, SWP-Aktuell 2019/A 05, Februar 2019.
- 16 Konkret lautete die Frage „Sollte Deutschland beim Aufbau des deutschen 5G-Netzes mit Huawei zusammenarbeiten?“ Siehe <https://internationalepolitik.de/de/ziemlich-beste-feinde>
- 17 Voelsen 2019.
- 18 t3n.de, 30.01.2020.
- 19 Wie viel Huawei darf es sein? Spiegel Online, 30.01.2020.
- 20 t3n.de, 30.01.2020.
- 21 Kowalewsky, Reinhard: Digital aufrüsten gegen zu hohe Abhängigkeit, Rheinische Post, 29.01.2020.
- 22 Warnung vor dem trojanischen Pferd, Spiegel Online, 15.02.2020.
- 23 Voss, Alex: Ein Manifest für die digitale Souveränität und geopolitische Wettbewerbsfähigkeit Europas, o.J.

# Digitalisierung der Bundeswehr

Weg in die (Tech)Aufrüstungsspirale

von Martin Kirsch

Seit der Aufstellung eines eigenen Truppenteils für den Cyber- und Informationsraum im Jahr 2017 wird in der Bundeswehr verstärkt über das Thema Digitalisierung geredet. Während die Landstreitkräfte bei diesem Technologiesprung – außer mit vereinzelt Rüstungsprojekten – lange eher im Hintertreffen waren, haben sie sich mit dem Heer an der Spitze in den letzten Jahren zunehmend zur politischen und technischen Triebfeder entwickelt. Ausgehend vom Szenario einer Konfrontation mit einem ebenfalls modern gerüsteten Gegner (Russland) soll sich jedoch nicht nur die Technik der Truppe ändern. In drei Thesenpapieren, die zwischen Herbst 2017 und Frühjahr 2018 im Kommando Heer entstanden, sollen auch die Struktur der Truppe und der gesamte Rüstungsprozess grundlegend neu aufgestellt werden. Neben mehr Geld soll ein besonderes Augenmerk auf ein Rüstungsmodell gelegt werden, das sich an der Softwareentwicklung orientiert und eine schnellere Aufrüstung ermöglichen soll. Dafür fordern die Thesenpapiere auch mehr Kompetenzen für das Militär bei Auswahl, Tests und Kaufentscheidungen für neues Material.

## Military Internet – Das Tactical Edge Network

Kern der aktuellen Aufrüstungsbestrebungen der Landstreitkräfte ist es, ein umfassendes Kommunikationsnetzwerk zu errichten, das auch unter Kriegsbedingungen an der Front noch in der Lage ist, digitale Daten- und Sprachverbindungen herzustellen.

Dieses Netzwerk („Military Internet“) ist die digitale Basisinfrastruktur, um perspektivisch rund 25.000 Fahrzeuge und 50.000 Soldat\*innen miteinander zu vernetzen und neue Anwendungen wie autonome (Waffen-)Systeme, Künstliche Intelligenz, Big Data, Advanced Analytics oder eine digitale Lagekarte für die Truppe nutzbar zu machen. Ziel ist ein sogenanntes ‚gläsernes Gefechtsfeld‘, das durch überlegene Aufklärung, Geschwindigkeit und in Echtzeit koordinierte Waffenwirkung geprägt ist.

Nach mehrfacher Umbenennung der Vorläuferprojekte wurde im Juni 2019 in Brüssel ein Vertrag zwischen deutschem und niederländischem Verteidigungsministerium unterzeichnet, der den gemeinsamen Aufbau eines „Tactical Edge Network“ (TEN) regelt.<sup>1</sup> Tactical Edge (taktische Kante, sowie taktischer Vorteil) steht dabei für die letzten Kilometer zwischen dem Gefechtsstand im Feld und der unmittelbar umkämpften Front, die mit einem engmaschigen Kommunikations- und Datennetz überzogen werden sollen.

Einen Schritt weiter ist die Bundeswehr bereits damit, die Verwaltung, Logistik und den Grundbetrieb in Deutschland – die sogenannte weiße (nicht-militärische) IT – auf den neuesten Stand zu bringen. Dieses Großprojekt mit dem Namen „Herkules“ wurde von der eigens dafür geschaffenen BWI GmbH umgesetzt. Zwischen 2006 und 2016 wurden deutlich über 7 Mrd. Euro in die Modernisierung aller Computer, Telefone, Netzwerke, Server und Rechenzentren der Bundeswehr in Deutschland gesteckt und ein eigenes Glasfasernetz aufgebaut.<sup>2</sup> Seitdem der Netzaufbau abgeschlossen ist und die Industriepartner Siemens und IBM wieder aus der Tochtergesellschaft des Bundes ausgestiegen sind, mausert sich diese nach eigener Darstellung zu einem „führenden IT-Systemhaus“. Dabei beschränkt sich die BWI mittlerweile nicht mehr auf die weiße IT, für die sie ursprünglich eingerichtet wurde, sondern steigt seit 2018 verstärkt in die unmittelbar militärische (grüne) IT ein. Beispielhaft dafür stehen die Übernahme der Kommunikationsstruktur für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo 2018, die eigenständige Entwicklung von 5G-Anwendungen für die Kampftruppe und der Einstieg in die „Systempflege“ der Führungsinformationssysteme der Bundeswehr – inklusive der deutschen Anteile am „Afghanistan Mission Network“ – seit Januar 2020.<sup>3</sup>

Eine Personalie, die dieses Zusammenwachsen von BWI und der Digitalisierung der Landstreitkräfte verkörpert, ist der ehemalige Dreisternegeneral Frank

Leidenberger. In seiner letzten Verwendung bei der Bundeswehr bis Mitte 2018 maßgeblich an der Entwicklung des Projekts „Digitalisierung Landbasierter Operationen“ (D-LBO) beteiligt, ist er mittlerweile Chief Strategy Officer (CSO) und Mitglied der vierköpfigen Geschäftsleitung der BWI GmbH.<sup>4</sup>

### **General Leidenberger – Von Afghanistan zum „Mister Digitalisierung“**

Frank Leidenberger begann seine Karriere in der Bundeswehr in den 1980er Jahren und studierte im Rahmen seiner Offiziersausbildung Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Bundeswehruni in München. Nach einem Umweg über den Auslandsgeheimdienst BND nahm er leitende Funktionen in nationalen und multinationalen Führungsstäben ein, bevor er 2008 in den Generalsrang befördert wurde. Im Rahmen seiner Bundeswehrkarriere absolvierte er zwischen 1998 und 2016 einen Auslandseinsatz in Bosnien und drei Einsätze in Afghanistan, in denen er jeweils Führungsfunktionen übernahm.<sup>5</sup>

Der wohl wichtigste Einsatz für Leidenberger war seine Verwendung als Kommandeur des deutschen Einsatzkontingents in Afghanistan und Regionalkommandeur Nord der ISAF-Truppen in den Jahren 2009 und 2010. Hier führte Leidenberger monatelange gemeinsame Kampfeinsätze von afghanischer Armee und NATO-Truppen und war an der Umstellung der Bundeswehrmission auf das Paradigma der Aufstandsbekämpfung beteiligt. Hier lernte er den Krieg aus der Nähe kennen.

Ausgehend von diesen Erfahrungen wurde er Teil der sogenannten „Afghanistan-Connection“<sup>6</sup>, einem Netzwerk aus rund 30 Afghanistanoffizieren, die sich in den Einsätzen kennengelernt hatten und es sich zur Aufgabe machten, Handlungsfähigkeit vor Vorschriften zu stellen. Geprägt von den Einsatzerfahrungen hielten sich die Beteiligten des Netzwerks nicht nur in Afghanistan, sondern auch bei der Besetzung von Posten in Deutschland gegenseitig den Rücken frei.

Um schnell an gewünschte Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die Einsätze zu kommen, nutzte das Netzwerk den sogenannten „Einsatzbedingten Sofortbedarf“.<sup>7</sup> Kleine Mengen an Material, Fahrzeugen und Waffen wurden am regulären Beschaffungsprozess vorbei gekauft, um sie direkt im Einsatz zu testen. Hatten sich diese bewährt, wurde dann mit dem Argument, das Material hätte im Einsatz bereits Leben gerettet, politischer Druck ausgeübt, um die für gut befundene Ausrüstung in größeren Mengen zu beschaffen. Zwischen den späteren Auslandseinsätzen war Leidenberger auf verschiedenen Posten in Ministerium und Bundeswehrführung mit Aufgaben rund um

Transformation und Organisationsentwicklung betraut. Im September 2016, kurz nachdem im Weißbuch der Bundeswehr die Landes- und Bündnisverteidigung neben den Auslandseinsätzen wieder zur strategischen Priorität erklärt wurde, übernahm Leidenberger, mittlerweile im Rang eines Dreisternegenerals, den Posten als Kommandeur der deutschen Anteile der Multinationalen Korps und für die militärische Grundorganisation im Kommando Heer. In dieser Funktion war er für alle Aufgaben vom Grundbetrieb über Beschaffung und Ausbildung, bis zur Landes- und Bündnisverteidigung zuständig, die nicht unmittelbar mit den Auslandseinsätzen zusammenhängen. Auf diesem Posten leitete er eine Arbeitsgruppe zur Zukunft der Landstreitkräfte und zeichnete für drei Thesenpapiere verantwortlich.

Aufgrund der Thesenpapiere und weiterer Aussagen Leidenbergers, die die politische Führung um von der Leyen teils frontal angriffen, zog er sich im Spätsommer 2018, ohne Chancen auf Beförderung und mit drohender Entlassung, aus der Bundeswehr zurück.<sup>8</sup> Bei seiner offiziellen Verabschiedung wurde er vom damaligen Inspekteur des Heeres, Jörg Vollmer, als „Mister Digitalisierung“ der Bundeswehr bezeichnet.<sup>9</sup> Diese Rolle füllt Leidenberger, mittlerweile von seinem neuen Posten als Spitzenmanager bei der BWI, weiter aus.

### **Thesenpapiere aus dem Heer (I und II) – (Digitaler) Krieg der Zukunft**

Zwischen Herbst 2017 und Frühjahr 2018 wurden im Kommando Heer unter der Führung von General Leidenberger drei Thesenpapiere erarbeitet, welche die Zukunft der Landstreitkräfte, deren Entwicklung, Ausrichtung und Digitalisierung in den letzten Jahren geprägt haben und weiterhin prägen.

Das erste der drei Papiere nimmt unter dem Titel „Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?“ „den Kampf gegen einen gleichwertigen Gegner als Grundstein der Überlegungen.“<sup>10</sup> Diesem Gedanken folgend wird ein Feind angenommen, der über Artillerie und Luftwaffe sowie Drohnen und Fähigkeiten zur Cyber- und Informationskriegführung verfügt und dem man auf einem digitalisierten, gläsernen Gefechtsfeld begegnet. Zudem beinhaltet das Papier ein fiktives Szenario „Zielbild Landstreitkräfte 2026+“,<sup>11</sup> das ausgehend von der Alarmierung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) unter deutscher Führung ein Kriegsszenario gegen Russland durchspielt. Darin „kommt es nach einer Phase von Desinformation, separatistischen Aktivitäten, lokalen Angriffen von Separatisten und verdeckt operierenden Special Operation Forces zum Angriff der gegnerischen Hauptkräfte.“<sup>12</sup> Eine Schlussfolgerung, die das

Papier daraus zieht, ist die Relevanz der sogenannten „Golden Hour“ (goldene Stunde), in der in einer Kombination aus schneller Bewegung auf dem Gefechtsfeld, Cyberangriffen und Informationsoperationen ein entscheidender Angriffsvorteil gegenüber dem Gegner erzielt werden könne.

Um auf diese Bedingungen vorbereitet zu sein, versucht das zweite Thesenpapier bereits im Titel einen Teil der Antwort zu finden – die „Digitalisierung von Landoperationen“.

Dazu heißt es: „Die Digitalisierung wirkt auf allen Ebenen und ist mit der einhergehenden Automatisierung und Autonomisierung einer der Megatrends der Zukunftsentwicklung.“<sup>13</sup> Daher solle „das Heer eine konsequente digitale Vernetzung von LandSK [Streitkräften] und somit die Gestaltung der Digitalisierung der Streitkräfte vorantreiben.“ Leidenberger und sein Team argumentieren, dass digitale Landstreitkräfte „effizienter und effektiver“ agieren und langfristig Geld und Personal sparen würden. Den üblichen Managementsprechblasen, die in Politik und Wirtschaft zum Thema Digitalisierung geprägt werden, wird hier ein weiteres Argument hinzugefügt, das seit langem bei der Einführung neuer Waffensysteme zu hören ist. So wird behauptet, die „Digitalisierung fördert die Präzision“ und erhöhe das „operative Tempo“. Zudem ermögliche die Digitalisierung eine „Just-in-Time Wirkung“<sup>14</sup> – wobei sich hinter dem Begriff der Wirkung die Zerstörung durch Waffenanwendung verbirgt.

Als Herausforderungen der Digitalisierung werden u.a. die „Identifizierung von neuartigen Anwendungs-

optionen der Informationstechnologie“, der „Mut zum Bruch mit bewährter Technik“, sowie der „Mut zum Erschließen disruptiver Innovationen“ gesehen. Außerdem sei die „Beherrschbarkeit digitaler Systeme unter Gefechtsstress“ sicherzustellen.<sup>15</sup>

### **Thesepapiere aus dem Heer (III) – Rüstungswesen für den digitalisierten Krieg**

Das dritte Thesenpapier – „Rüstung digitalisierter Landstreitkräfte“ – wurde auch in den Medien aufgegriffen<sup>16</sup> und kostete Leidenberger vermutlich seine militärische Karriere. An zentraler Stelle erhebt er darin folgenden Vorwurf: „Die Verfahren für Planung, Beschaffung und den Haushaltvollzug sind regelmäßig zu langsam und gefährden so die äußere Sicherheit Deutschlands.“<sup>17</sup> Unter der Kapitelüberschrift „The Need for Speed!“ werden dann klare politische Forderungen gestellt, wie sich das Heer einen ihm genehmen Rüstungsprozess in Zukunft vorstellt: „Selbst auferlegte und weitgehend auf zivilen Vorgaben beruhende nationale Regelungen verhindern, dass die Landstreitkräfte mit der technologischen Entwicklung Schritt halten. Diese Regelungen und Bestimmungen können und müssen angepasst werden. Sie stehen dem Ziel der konsequenten Erneuerung der Landstreitkräfte entgegen.“<sup>18</sup> Damit wird der Kern der Probleme im zivilen Bereich verortet, der für die digitale Aufrüstung zunehmend unter militärisches Kommando genommen werden soll. Hier schlägt die Arroganz des Einsatzoffiziers Leidenberger voll durch, der gefälligst



Frank Leidenberger 2017 auf einem Treffen der Association of the United States Army, einem Lobbyverband der US-Armee. Quelle: flickr/US Army.

Beinfreiheit von zivilen Vorgaben und Einflussnahmen verlangt, um die Bundeswehr kriegsfähig machen zu können.

Während sich Zivilist\*innen aus der konkreten Beschaffung weitgehend heraushalten sollen, wird der zivilen Forschung und Wirtschaft eine umso höhere Bedeutung zugeschrieben. So habe der Technologiesprung vom ersten internetfähigen Handy zum ersten Smartphone keine zehn Jahre gedauert, während die Bundeswehr in Teilen bis in die 2030er Jahre die letzte Generation der Analogfunktechnik aus den 1980er Jahren nutze – ein Innovationszyklus von über 40 Jahren. Aktuell seien Innovationen aus der zivilen Wirtschaft, wie Big Data, Künstliche Intelligenz und Advanced Analytics von großer Bedeutung: „Ein Großteil dieser Entwicklungen hat militärische Relevanz, sowohl als wachsendes Bedrohungspotenzial auf gegnerischer Seite, wie auch als militärischer Fähigkeitszuwachs eigener Streitkräfte.“<sup>19</sup> Um diese militärischen Potentiale zu realisieren, fordert das dritte Thesenpapier die Umsetzung vier konkreter Vorschläge, die den Rüstungsprozess der deutschen Nachkriegszeit grundlegend umkrempeln sollen, um dem digitalisierten Krieg der Zukunft gerecht zu werden.

### **Defence Innovation Hub**

Ausgangspunkt der Überlegung ist das bereits seit 2017 existierende Cyber Innovation Hub (CIH) der Bundeswehr. Es ist dafür zuständig, in enger Zusammenarbeit mit Startups und Entwickler\*innenszene neue Technologien für die Cybertruppe der Bundeswehr zu identifizieren. Folgt man den Plänen des dritten Thesenpapiers, soll diese Funktion auf die gesamte Truppe und damit auch auf die Landstreitkräfte übertragen werden.<sup>20</sup>

Ein künftiges Defence Innovation Hub (DIH) solle permanent einen Blick auf die Entstehung neuer Technologien werfen, um Forschung und Entwicklung auf militärisch wertvolle Ansätze und Ergebnisse zu durchleuchten. Hier sollen einerseits neue Technologien identifiziert werden, die bisher im Militär gar nicht bekannt waren und andererseits Probleme in der militärischen Entwicklung in der Startup- und Entwickler\*innenszene bekannt gemacht werden, um deren Ideen anzuregen und sie, wenn brauchbar, für das Militär verwertbar zu machen.

### **Test- und Versuchsverband 4.0**

Während das Defence Innovation Hub proaktiv nach neuen Entwicklungen suchen soll, rückt das nächste Vorhaben näher an den tatsächlichen Beschaffungsprozess der Bundeswehr heran: Mit einer kleinen Anzahl

an Waffensystemen, Fahrzeugen, Soldat\*innen und Techniker\*innen soll mit dem Test- und Versuchsverband eine Truppe geschaffen werden, die in der Lage ist, Gefechtssituationen realitätsnah zu simulieren, um in dieser Umgebung die Brauchbarkeit bereits existierender Produkte für die Truppe zu überprüfen. „In künftigen Test- und Versuchsstrukturen wird idealerweise im Wettbewerb gegeneinander erprobt. Nutzernahe Validierung einerseits und die Vereinfachung möglicher Beschaffungen andererseits sind das Ziel.“<sup>21</sup> Das schnelle, intensive und gleichzeitige Testen mehrerer Optionen erlaube, nach der Logik des Thesenpapiers, auch zehn Systeme für gescheitert zu erklären. Wenn aber das elfte die Anforderungen erfülle, sei das relevante System gefunden. Solange ein hoher Durchsatz und eine gewisse Streuung beim Suchen vorhanden sei, würden gefundene Fehler zum Teil des Auswahlprozesses – ein Test- bzw. Investitionsmuster, das dem Vorgehen von Risikokapitalgebern für Startups sehr nah kommt.

Zudem solle das als Gewinner aus dem Test hervorgegangene Produkt dann ohne weitere große Hürden zeitnah beschafft werden. Ein Prozedere, das Beschaffungsbehörden, Materialprüfung und politisch-administrative Verfahren in den Hintergrund stellt, um auf schnellem Wege das zu beschaffen, was die Truppe für brauchbar hält.

### **„System Brigade“ im „Spiralmodell“**

Um die im DIH oder nach Tests gefundenen Produkte schnell und funktional in die Truppe zu bringen, ist weiterhin vorgesehen, alle Entwicklungsschritte in Netzwerken und Großsystemen zu denken. Während in der bisherigen Projektrüstung ein Wunschzettel für einen neuen Panzer geschrieben wurde, dieser dann an die Industrie ausgeschrieben und z.T. in jahrzehntelanger Entwicklungsarbeit neu konzipiert wurde, um dann über lange Jahre vom Prototyp bis zum modifizierten Endprodukt in der Breite in die Truppe eingeführt zu werden, soll die Systemrüstung einen grundlegend anderen Ansatz verfolgen.<sup>22</sup>

Um diese Systemlogik im praktischen Prozess umsetzen zu können, orientiert sich Leidenberger am Spiralmodell aus der Softwareentwicklung. Dieses Modell durchläuft keine lineare Schrittfolge, um zu einem zuvor definierten Ziel zu gelangen. Vielmehr werden Teilschritte einer Spiralbewegung definiert, die zu einem nächsten Plateau führen, wo die Spiralbewegung von Neuem beginnt. In der Softwareentwicklung lauten diese Schritte: Zielbestimmung, Risikoanalyse, Programmieren und Testen. Übertragen auf den Rüstungsprozess einer Brigade (5.000 Soldat\*innen samt Gerät) sieht das modifizierte Spiralmodell nach

Leidenberger dann so aus: Innovationen beobachten, Anwendungen testen und in die aktuell älteste Brigade einrüsten. Eine Brigade als Gesamtsystem soll in diesem Durchgang auf den neuesten Stand gerüstet werden, um voll einsatzbereit zu sein. Währenddessen finden Weiterentwicklungen im Defence Innovation Hub und im Test- und Versuchsverband statt. Die nächste, jetzt älteste Brigade wird dann bereits auf den nächsthöheren Stand gerüstet, bis die perspektivisch zehnte und letzte Brigade dieses System durchlaufen hat. Zu diesem Zeitpunkt ist die erste Brigade bereits so veraltet, dass sie wieder in das System eingespeist wird. So entsteht eine permanente Aufrüstungsspirale, um immer eine Brigade auf das jeweils neueste technische Niveau zu bringen und sie aus der Sicht der Militärs erst damit einsatzbereit zu machen. Dieses Rüstungsmodell braucht allerdings auch eine spezifische Infrastruktur.

### Werft fürs Heer – Systemzentrum Digitalisierung

Das „System Brigade“, das von Leidenberger in einer Rede 2018 in seiner Gesamtheit mit einer Fregatte, also einem Kriegsschiff, verglichen wird, brauche in dieser Analogie eine „Werft fürs Heer“.<sup>23</sup> Hinter diesem Bild verbirgt sich eine riesige Aufrüstungsfabrik, die das Material einer gesamten Brigade aufnehmen und auf den nächsten Stand rüsten kann.

In einem „Systemzentrum Digitalisierung Land“,<sup>24</sup> wie die Werft im Bundeswehrsprech heißen soll, würden Planer\*innen, Beschaffer\*innen, Truppe und ausgewählte Industriepartner zusammenarbeiten. In der Führungsetage solle ein sogenanntes „Lifecycle Program Management“ durchgeführt werden. Es wäre dafür verantwortlich, die Planung der jeweiligen Aufrüstungsschritte zu überblicken und mögliche Brüche in Systemkomponenten der bestehenden Brigaden zu identifizieren, die womöglich parallel ausgebessert werden müssten, um eine fehlende Kompatibilität mit neuen Systemen zu vermeiden. Mit dieser Werft in den Händen des Heeres würde, neben der dort betriebenen Aufrüstungsmaschinerie, auch der gesamte Rüstungsprozess vom Identifizieren neuer Technologien über das Testen bis zum endgültigen Einrüsten in bestehende Systeme, deutlich näher an die Truppe rücken und der Einfluss der Militärs auf diesen Bereich erheblich steigen.

### 2019 – Jahr der Umsetzung

Während General Leidenberger sich 2018 aus der Bundeswehr zurückgezogen hat, funktionieren seine Netzwerke weiter. So wurde er in der Umsetzung des Megaprojekts „Digitalisierung Landbasierter Opera-

tionen“ (D-LBO) von seinem vorherigen Vorgesetzten und Afghanistan-Buddy Jörg Vollmer flankiert. Vollmer erklärte in einem Newsletter des Förderkreises Deutsches Heer e.V. (FDH) das Jahr 2018 zum „Jahr der Wahrheit“<sup>25</sup> mit Blick auf die künftige Vollausrüstung der Bundeswehr und die Digitalisierung der Landstreitkräfte. Im Dezember 2018 konnte er dann, zumindest für den Bereich der Digitalisierung, Vollzug melden. In der Offizierschule des Heeres in Dresden wurde das Großprojekt D-LBO in einer Zeremonie offiziell vorgestellt und als erster konkreter Schritt die Einrichtung des geforderten Test- und Versuchsverbandes in Munster bekanntgegeben. Zudem legte das Kommando Heer einen „Plan Heer“ vor,<sup>26</sup> laut dem die von der Bundeswehr geführte NATO-Speerspitze (VJTF) 2023 als erste Systembrigade ausgestattet werden soll, um in weiteren Schritten bis 2032 das voll digitalisierte „Heer 4.0“ zu erreichen.

Auf diesen ersten Teilerfolg aufbauend ließ es sich Vollmer nicht nehmen, das Jahr 2019 zum „Jahr der Umsetzung!“<sup>27</sup> zu erklären. Im Laufe des Jahres hat der Test- und Versuchsverband ein „Battle Management System“, eine Führungssoftware für die digitalisierte Truppe, getestet, das für die VJTF 2023 angeschafft und dort erstmals im großen Maßstab angewendet werden soll. Damit ist das Heer auf dem besten Weg, die Funktionsweise des „einsatzbedingten Sofortbedarfs“ aus Afghanistan im Kontext der Landes- und Bündnisverteidigung und der regelmäßigen selbstgewählten NATO-Verpflichtungen (z.B. VJTF) zum Dauerzustand zu machen. Außerdem scheinen sich auch die Pläne für eine „Werft fürs Heer“ zu konkretisieren. In der „Roadmap Digitale Bundeswehr“ als Teil des „Ersten Berichts zur Digitalen Transformation“<sup>28</sup>



Vollmer präsentiert den Plan zur Digitalisierung der Landstreitkräfte. Quelle: obs/Bundeswehr/Mario Bähr.

des Verteidigungsministeriums aus dem Oktober 2019 wird die „Fortführung der Test- und Versuchsstrukturen, Experimentierfähigkeit und Erarbeitung der Grundlagen zum Aufbau eines bundeswehr- und streitkräftegemeinsamen ‚Systemzentrums Digitalisierung Land‘ am Standort Munster“ als eines von sechs aktuell zu erarbeitenden Projekten gelistet. Die vor zwei Jahren noch als offensive These vorgetragene Pläne scheinen also konkret zu werden. Im Zuge der Vorstellung ihrer „Initiative Einsatzbereitschaft“ im Februar 2020 hat Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer zudem klar gemacht, dass sie hinter der Idee steht, die regelmäßigen NATO-Verpflichtungen (VJTF) als Testrahmen für künftige Beschaffungsprozesse zu nutzen.<sup>29</sup> Damit ebnet sie den Weg, um das System des „einsatzbedingten Sofortbedarfs“ zum permanenten Rüstungsinstrument zu machen.

Unklar ist allerdings noch die Realisierung des „Defence Innovation Hub“. Das Cyber Innovation Hub als aktuelles Vorbild macht momentan eher durch Skandale auf sich aufmerksam<sup>30</sup> und eignet sich damit wenig als Werbung für weitere Vorstöße in diese Richtung. Momentan scheinen sich allerdings sowohl das in Planung befindliche Systemzentrum in Munster als auch Leidenbergers aktueller Arbeitgeber BWI auf den Weg zu machen, die Rolle des DIH zumindest in Teilen auszufüllen. Wofür das Cyber Innovation Hub allerdings bereits gut zu sein scheint, ist der pompöse Auftritt, mit dem die Bundeswehr an den ‚Spirit‘ der Startup-Szene anknüpfen und diese für sich gewinnen will. Ein Werbebanner des CIH nutzt das ehemalige interne Firmenmotto von Facebook und macht damit eine ‚Innovation‘ aus der zivilen Wirtschaft für das Militär nutzbar: Vor dem Bild eines schießenden Panzers prangt der Schriftzug: „Move fast and break things“ (Beweg dich schnell und zerstöre Dinge).<sup>31</sup> Mit diesem Sinnspruch, der ohne einen Funken von Zurückhaltung als Werbebotschaft genutzt wird, zeigt sich, welche gefährliche und hochgradig zerstörerische Mischung entsteht, wenn Digitalisierung, Startups und disruptive Technologie, bzw. Ideologie, auf Militär und Rüstungswirtschaft treffen, um einen militärisch-industriellen Technologiesprung herbeizusehenen.

### **Weg in die (Tech)Aufrüstungsspirale**

Auf der „Land Warfare Conference“ 2018 in London<sup>32</sup> sprach Leidenberger vor den versammelten Generälen und Militärplanern verbündeter Streitkräfte, ausgehend von den Auseinandersetzungen in der Ukraine und einem Russland zugeschriebenen, bisher nicht aufgeklärten Cyberangriff auf den Bundestag, von einem „lauwarmen Krieg“, der bereits begonnen habe. Nimmt man diese Aussage, die Vorbereitung auf

einen potenziellen Krieg gegen einen „gleichwertigen Gegner“ und die hier beschriebenen Aufrüstungspläne ernst, kann es hilfreich sein nach historischen Vorbildern dieser aktuell anlaufenden Rüstungsmaschine zu fragen.

In den Thesenpapieren wird ein Weg vorgezeichnet, das Rüstungswesen, das sich im Deutschland der Nachkriegszeit gebildet hatte, grundlegend umzustrukturieren und den Militärs darin mehr Einfluss zu verschaffen. Angestrebt ist das permanente Scannen ziviler Forschung und Entwicklung auf militärische Verwertbarkeit, der Wille zur eigenständigen Weiterentwicklung durch das Militär, in enger Kooperation mit der wehrtechnischen Industrie, sowie das Testen der in Frage kommenden (Waffen)Systeme durch Kampftruppen. Darauf folgen soll die flächendeckende Aufrüstung am Fließband, um einen Angriffsvorteil und „Wirkungsüberlegenheit“ durch Technologie zu erlangen. Diese Strukturen für das schnelle nutzbar machen neuer Technologien sind nicht neu!

Nach einem ähnlichen Muster arbeiteten bereits die Heeresversuchsanstalten der Wehrmacht. Neben der bekanntesten Einrichtung in Peenemünde zur Erforschung von Raketentechnik (V2)<sup>33</sup> wurde in Hillersleben in Sachsen-Anhalt an Artillerie und Riesenkanonen (Dora) und in Kummersdorf-Gut in Brandenburg neben Panzern und Raketen auch an Atomenergie geforscht und gemeinsam mit der Industrie entwickelt.<sup>34</sup> Ein weiterer Standort war die Heeresversuchsstelle Munster-Nord in der Lüneburger Heide. Dort, wo das „Systemzentrum Digitalisierung Land“ der Bundeswehr eingerichtet werden soll, wurde bereits ab 1935 an Gasmunition für den bevorstehenden Zweiten Weltkrieg gearbeitet.<sup>35</sup> Neben Entwicklungen, die ihren Weg in die Kampftruppe fanden, überhoben sich die Heeresversuchsanstalten in ihrem Größenwahn, losgelöst von jeglichen zivilen Rückbindungen, allerdings auch an diversen Megaprojekten.

Ein Vorbild für das bisher nur auf dem Papier erdachte Defence Innovation Hub der Bundeswehr findet sich wiederum im militärisch-industriellen Komplex der US-Armee im Kalten Krieg. Die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) wurde 1958 vom Pentagon gegründet, um den US-Streitkräften einen Technologievorsprung zu sichern. Das Beste aus Wissenschaft, Industrie und Militär sollte – und soll noch heute – hier zusammenkommen um, gefördert mit Milliardensummen, an der Zukunft des Krieges zu arbeiten. Aktuell wird dort u.a. an (teil) autonomen Kampf- und Logistikrobotern und Exoskeletten geforscht und versucht herausfinden, „wie Maschinen menschenähnliche Kommunikations- und Denkfähigkeiten“<sup>36</sup> erlangen können.

Die Bundeswehr ist, neben einer anderen politischen Ausgangslage, auch in puncto Personenstärke, Material- und Haushaltsumfang mit ihrem historischen Vorgänger, der Wehrmacht, und der US-Armee nicht zu vergleichen. Das hält sie aber nicht davon ab, immer aktiver nach (digitalen) Technologiesprüngen zu suchen, die eine „Wirkungsüberlegenheit“ im Kriegsfall ermöglichen sollen. Ein brandgefährliches Unterfangen, um in der Liga der Militärmächte mitspielen zu können. Aktuell entstehen in der Bundeswehr die Grundsteine einer (auf-)rüstungswirtschaftlichen Maschinerie, gebaut auf den Thesen des lauwarmeren Kriegers Leidenberger, die sich mit einem bitterbösen Wort zusammenfassen lassen – Vorkriegszeit.

Ein Scheitern, wie das diverser Megaprojekte, wäre auch für die Digitalisierung der Bundeswehr wünschenswert. Diese Hoffnung ersetzt allerdings nicht die Notwendigkeit eines klaren Widerspruchs aus der Gesellschaft, gegen steigende Militärausgaben, Forderungen der Loslösung des Militärs von zivilen Vorgaben und die anlaufende Aufrüstungsmaschinerie in immer engerem Verbund mit (Tech-)Industrie und Wissenschaft.

#### Anmerkungen

- 1 Dorothee Frank, Europäische Sicherheit & Technik, Deutschland und Niederlande beschließen gemeinsame Digitalisierung der Landstreitkräfte, 26. Juni 2019, esut.de
- 2 Spiegel, Bundeswehr-Modernisierung - Milliardenauftrag für Siemens und IBM, 13.12.2006, spiegel.de
- 3 BWI, Einsatznahe IT: BWI übernimmt Betreuung von HaFIS für die Bundeswehr, 31.01.2020, bwi.de
- 4 BWI, Unser Management-Team, bwi.de
- 5 Assosiation of the United States Army, Lt. Gen. Frank Leidenberger - Commander, DEU Elements Multinational Corps and Basic Military Organization - German Army, ausa.org
- 6 Tagesspiegel und Magazin FAKT(MDR) - Die Afghanistan-Connection, afghanistan-connection.de
- 7 FAZ, Bundeswehr kauft Gewehre für Millionen - weil sie gerade zu haben sind , 27.09.2015, faz.net
- 8 Spiegel, Leyen-kritischer General verlässt die Truppe, 03.08.2018, spiegel.de
- 9 Presse- und Informationszentrum des Heeres, Amtswechsel im Kommando Heer: „Mister Digitalisierung“ meldet sich ab, 03.09.2018, presseportal.de
- 10 Kommando Heer, Autorenteam, Thesenpapier I - Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?, S.5, via augengeradeaus.net
- 11 KdoH, Thesen I, S. 17ff
- 12 KdoH, Thesen I, S. 18
- 13 Kommando Heer, Autorenteam, Thesenpapier II - Digitalisierung von Landoperationen, S. 4, via augengeradeaus.net
- 14 KdoH, Thesen II, S. 6
- 15 KdoH, Thesen II, S. 8f
- 16 Thorsten Jungholt, Welt, Alarmruf aus der Kommandozentrale des Heeres, 02.04.2018, welt.de
- 17 Kommando Heer, Autorenteam, Thesenpapier I - Rüstung digitalisierter Landstreitkräfte, S. 7, via augengeradeaus.net
- 18 KdoH, Thesen III, S. 5
- 19 KdoH, Thesen III, S. 8
- 20 KdoH, Thesen III, S. 10
- 21 KdoH, Thesen III, S. 11
- 22 KdoH, Thesen III, S. 8ff
- 23 Lt Gen Frank Leidenberger - How Allies Will Manoeuvre Beyond 2025: RUSILWC18, via youtube.com
- 24 KdoH, Thesen III, S. 10
- 25 Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres, 2018 – Das Jahr der Wahrheit!, in: Infobrief Heer, Publikationsorgan des Förderkreises Deutsches Heer e.V. (FKH), Nr.1 Februar 2018, 22. Jahrgang, S. 1, fkhev.de
- 26 Kommando Heer, Daniel Rasch, Die Umsetzung des Plans Heer beginnt, 06.12.18, deutschesheer.de, als PDF via augengeradeaus.net
- 27 Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres, 2019 – Das Jahr der Umsetzung!, in: Infobrief Heer, Publikationsorgan des Förderkreises Deutsches Heer e.V. (FKH), Nr.1 Februar 2019, 23. Jahrgang, S. 1, fkhev.de
- 28 Bundesministerium der Verteidigung, Erster Bericht zur Digitalen Transformation des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung, Berlin, Oktober 2019, S. 29, bmvg.de
- 29 BMVg, Rede von Kramp-Karrenbauer: „Bundeswehr fit machen für die Zukunft“, 06.02.2020, bmvg.de
- 30 Uli Hauck, Tagesschau, Cyber-Innovationszentrum - Kritik an teurem Bundeswehr-Startup, 21.01.2020, tagesschau.de
- 31 Cyber Innovation Hub der Bundeswehr, über den offiziellen Auftritt bei flickr.com
- 32 Lt Gen Frank Leidenberger - How Allies Will Manoeuvre Beyond 2025: RUSILWC18, via youtube.com
- 33 Günther Jikeli (Hrsg.): Raketen und Zwangsarbeit in Peenemünde. Die Verantwortung der Erinnerung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Schwerin 2014, library.fes.de
- 34 Solveig Grothe, Spiegel, Schießplatz Kammersdorf - Deutschlands gefährlichstes Denkmal, spiegel.de
- 35 Michael Grube, Kampfstoff in Munster-Nord - Heeresversuchsstelle Raubkammer, geschichtsspuren.de
- 36 Oliver Bünte, Heise, US-Verteidigungsministerium will 2 Milliarden US-Dollar in KI investieren, heise.de

# Großmanöver Defender 2020

Mit Tempo in den Neuen Kalten Krieg

von Jürgen Wagner

Am 23. Januar 2020 berichtete Stars & Stripes über den Beginn des größten US-Manövers seit etwa einem Vierteljahrhundert, das bis in den Mai hinein zu allem Überfluss auch noch durch diverse NATO-Manöver ergänzt wird. Obwohl auch hierzulande erste Truppenverlegungen schon im Januar vonstatten gingen, soll „Defender 2020“ in Deutschland vor allem in den Monaten März (zuerst hieß es immer April) bis Mai schwerpunktmäßig stattfinden. Deutschland wird dabei nicht nur über die angegliederten NATO-Manöver, sondern vor allem auch bei der logistischen Unterstützung der US-Truppen eine zentrale Rolle spielen.

Inzwischen hat die Bundeswehr eine eigene Internetseite zum Manöver aufgestellt, auf der sie zur Untermauerung ihrer wichtigen Rolle unter anderem das folgende, aus friedenspolitischer Sicht doch recht düstere Bild zeichnet: „Transportkolonnen in der Nacht auf deutschen Autobahnen, lange Güterzüge, die durch deutsche Bahnhöfe gen Osten rollen, Panzer auf Binnenschiffen im Ruhrgebiet: Wenn die Amerikaner im kommenden Jahr mit Defender Europe 20 die Verfahren zur Verlegung von umfangreichen Kräften aus den USA nach Osteuropa üben, wird Deutschland aufgrund seiner geo-strategischen Lage im Herzen Europas zur logistischen Drehscheibe.“ Weil die NATO-Kriegsplanungen mit Blick auf Russland auf der Fähigkeit zur schnellen Verlegung großer Truppenkontingente Richtung Osteuropa basieren, soll Defender 2020 vor allem in diesem Bereich substantielle „Fortschritte“ bringen. Auch sonst sickern allmählich immer mehr Details zum geplanten Großmanöver durch und auch die Friedensbewegung bereitet sich auf das Ereignis vor, damit Defender 2020 nicht ungestört über die Bühne gehen wird.

## **Szenario: Russland – Russland – Russland**

Mit beängstigender Zielstrebigkeit bereiten sich die NATO, die USA und auch Deutschland auf die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ (Ursula von

der Leyen) vor, indem sie Strategie und Struktur ihrer Truppen auf einen „erfolgreichen“ Sieg über Russland (und China) ausrichten. Das trifft für Deutschland etwa mit Konzeption und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr zu, die beide die Aufstellung von Großverbänden gegen Russland als Ziel ausgeben.

Aber auch die USA haben spätestens mit ihrer Ende 2017 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie den Weg Richtung Großmacht Konkurrenz eingeschlagen: „China und Russland fordern die amerikanische Macht, ihren Einfluss und ihre Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben. [...] Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht. [...] Wir werden den Frieden durch Stärke wahren, indem wir unser Militär neu aufstellen, damit es vorherrschend bleibt, unsere Feinde abschreckt und, sofern erforderlich, in der Lage ist, zu kämpfen und zu siegen.“

Daran knüpfte dann die im Folgejahr veröffentlichte Nationale Verteidigungsstrategie an, auf die sie sich auch Defender 2020 bezieht, wenn es im zugehörigen Factsheet der US-Armee heißt: „In Zukunft muss das US-Militär in der Lage sein, gegen einen annähernd gleichstarken Gegner verlege- und kampffähig zu sein, um in einem mehrere Ebenen umfassenden hochintensiven Konflikt klar zu gewinnen. Defender Europe 20 baut auf strategischer Schnelligkeit auf und operationalisiert die Ziele der Nationalen Verteidigungsstrategie wie auch die der NATO-Abschreckung, indem die Fähigkeit des US-Militärs demonstriert wird, schnell eine große kampffähige Truppe zusammen mit Verbündeten und Partnern zu verlegen, um rasch auf eine Krise zu reagieren.“

Offiziell wird zwar halbwegs der Schein gewahrt, indem betont wird, das Manöver habe keinen speziellen Feind im Fokus. So erklärte etwa der zuständige US-General Andrew Rohling Mitte Januar 2020, die Übung richte sich „überhaupt nicht gegen eine bestimmte

Bedrohung“. Allerdings ist es natürlich völlig offensichtlich, dass dem nicht der Fall ist. Und meist wird daraus auch kaum ein Hehl gemacht, wenn es etwa in einem Tagesschau-Kommentar heißt: „Es gilt der alte Grundsatz: ‚Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.‘ [...] Das großangelegte Manöver ‚Defender 2020‘ ist richtig und notwendig. Auch, weil es das klare Signal an Russland sendet: Im Fall der Fälle wäre die NATO bereit. [...] Dem westlichen Militärbündnis NATO ist klar: Appeasement, also Beschwichtigungspolitik, bringt nichts. Sie gilt im Kreml als Zeichen der Schwäche.“

### **Kalkül: Tempo – Tempo – Tempo**

Im Jahr 2016 kam ein Planspiel der RAND Corporation zu dem Ergebnis, Russland sei in der Lage die baltischen Staaten innerhalb kurzer Zeit zu erobern. Tunlichst vermieden wurde dabei die Frage, weshalb Moskau sich hierzu hinreißen lassen sollte, dennoch dienten die RAND-Ergebnisse als Rechtfertigung für die im selben Jahr beschlossene Stationierung der „Enhanced Forward Presence“ – also von vier NATO-Bataillonen à 1.000 Soldaten in den baltischen Staaten und Polen.

In den Vorstellungen der westlichen Militärs sind diese Truppen nicht dazu gedacht, eine ernsthaft angreifende russische Armee besiegen zu können. Sie sollen sie aber im Ernstfall so lange aufhalten können, bis Verstärkung vor Ort ist – aus diesem Grund wird dem Verlegetempo entscheidende Bedeutung beigemessen. Als erste Verstärkungswelle ist die bereits 2014 beschlossene, eine 5.000 Soldaten Landkomponente umfassende Ultraschnelle NATO-Eingreiftruppe (VJTF) vorgesehen. Wie sich aus sehr konkreten Planspielen des Heereskommandos über die Beschaffenheit eines westlich-russischen Kriegs im Jahr 2026 im Papier „Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig“ ersehen lässt, soll auch die VJTF vor allem erst einmal eins bringen, Zeit: „Die NATO VJTF-Brigade wurde [...] verstärkt und verzögert gegen den Angriff überlegener mechanisierter Kräfte, um den Follow-On-Forces Zeit für die Verlegung und das Herstellen der Einsatzbereitschaft zu verschaffen.“

Als Zeithorizont für eine VJTF-Verlegung gibt die Bundeswehr an: „Die als NATO-Speerspitze bekannte Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) ist Teil der NATO Response Force. [...] Die Anforderung: innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit an jedem Ort zu sein, wo die Truppe jeweils benötigt wird.“ Ab Tag fünf soll dann mit der Verlegung der restlichen, insgesamt 40.000 Soldaten umfassenden NATO Response Force begonnen werden. Und ab Tag 30 nach Beschluss sollen dann auch die zusätzlichen Truppen der im Juli

2018 beschlossenen und seit 1. Januar 2020 aktivierten NATO-Bereitschaftsinitiative mit 30.000 weiteren Soldaten im Krisengebiet präsent sein können. Summa summarum basieren also die NATO-Planungen darauf, innerhalb von 30 Tagen ein Streitkräftedispositiv von etwa 70.000 Soldaten an die Ostgrenze verlegen zu können.

Ungeachtet der hochgradig fragwürdigen Grundannahmen dieses ganzen Szenarios bestimmt es dennoch aktuell sämtliche NATO-Planungen mit Blick auf Osteuropa. Weil aber in den letzten Jahren wiederholt erhebliche Zweifel aufkamen, dass das anvisierte Tempo auch erreicht werden kann, soll nicht zuletzt Defender 2020 hier Abhilfe schaffen.

### **Defender 2020: Kosten – Routen – Ruheplätze**

Einige Details über Defender 2020 sind bereits länger bekannt: So etwa, dass im Rahmen der Übung eine US-Division (20.000 Soldaten) von den USA bis an die Grenze Russlands verlegt werden soll. Bereits Ende Januar 2020 landeten die ersten US-Schiffe in belgischen, niederländischen, französischen und auch deutschen Häfen an.

Insgesamt wird von 37.000 beteiligten Soldaten ausgegangen, wobei vermutlich noch einmal 7.000 US-Nationalgardisten hinzuzurechnen sind, die in diesen Zahlen wohl nicht enthalten sind. In jedem Fall soll dabei mit 33.000 Stück Material im Gepäck etwa 4.000 Kilometer quer durch Europa manövriert werden. Eine Kostenschätzung der militärnahen Internetseite Breakingdefense, geht unter Berufung auf US-Offizielle von 340 Mio. Dollar aus – dies bezieht sich allerdings allein auf den US-Anteil.

Denn bei Defender 2020 handelt es sich zunächst einmal um ein reines US-Manöver, weshalb hier noch die Kosten für die angegliederten „NATO-Beimänoöver“ hinzuzurechnen wären: Astral Knight; Allied Spirit XI; Dynamic Front; Joint Warfighting Assessment; Saber Strike; Swift Response; Trojan Footprint; Combined Defender. Nachdem die US Army angibt, es wären zusätzlich auch 9.000 in Europa stationierte US-Soldaten involviert, ergibt sich daraus, dass andere Verbündete die restlichen 8.000 Militärs über diese ergänzenden Manöver beisteuern (sofern die plausible Annahme zutrifft, dass die Nationalgardisten in den Gesamtangaben tatsächlich nicht mitgerechnet werden), eine Zahl, die auch im eingangs zitierten Artikel von Stars & Stripes auftaucht. Was den deutschen Anteil anbelangt, berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland Mitte Februar 2020 über die Antwort auf eine Linken-Anfrage: „Die Kosten des größten Manövers auf deutschem Boden seit 25 Jahren werden auf 2,3 Millionen Euro taxiert.“ Die durch Deutschland



Konvoi mit polnischen und US-amerikanischen Militärfahrzeugen im Jahr 2018. Quelle: U.S. Army/Hubert D. Delany III.

führenden Routen, finden sich in einem an die Mitglieder des Verteidigungsausschusses versandten Schreiben aus dem Verteidigungsministerium (BMVg) vom 13. Januar 2020. Zu den Häfen, an denen Gerät und/oder Soldaten anlanden, zählen Bremerhaven, Bremen, Duisburg, Krefeld und Mannheim. Als Flughäfen werden sich Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt, München, Nürnberg, Ramstein und Bremen verdingen.

Von besonderem Interesse sind die geplanten Straßenrouten – als „Hauptstrecken“ nennt das BMVg-Schreiben (etwas abweichend zu vorherigen Informationen) „von Venlo und Aachen über Dortmund – Hannover – Berlin – Frankfurt/O“ sowie „Bremerhaven – Hamburg – Berlin – Stettin“. Außerdem dabei sind die Strecken „Mannheim – Hannover“ und „Mannheim – Nürnberg – Dresden – Görlitz“.

Geschlafen wird laut Schreiben in den „Rasträumen“ Rheindalen, Augustdorf, Burg Lehnin, Oberlausitz, Garlstedt, Stadtallendorf und Frankenberg (in der Rhein-Neckar-Zeitung ist zusätzlich auch die Rede von den Coleman Baracks in Mannheim), während „Convoy Support Center“ in Garlstedt, Burg und Oberlausitz sowie eine im Zuge des Manövers aufzubauende Tankanlage in Bergen Logistikunterstützung bieten sollen.

Gefahren werden soll vor allem nachts, wobei – mutmaßlich, weil auch die Bundeswehr Proteste erwartet – die Planungen unter Änderungsvorbehalt stehen: „Es kann – kurzfristig – zu Änderungen kommen“, heißt es in dem Schreiben aus dem Verteidigungsministerium.

Was die Frage möglicher Beeinträchtigungen, ins-

besondere was Lärmbelästigungen durch das Manöver anbelangt, räumte der Chef der Hessischen Staatskanzlei auf Nachfrage des Linken-Abgeordneten Jan Schalauske in der denkbar verklausuliertest möglichen Form ein, dass es sehr wahrscheinlich dazu kommen dürfte: „Bei einer effektiven Umsetzung der militärischen Mobilität im Rahmen der Übung DEF 20 kann eine Beeinträchtigung des zivilen Personen- und Güterverkehrs nicht ausgeschlossen werden.“

#### **Deutschland: Transitland – Truppensteller – Logistiker**

Im Zusammenhang mit Defender 2020 wurde schon mehrfach darauf verwiesen, dass schon in der „Konzeption der Bundeswehr“ vom Juli 2018 versucht wurde, sich als „mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung“ anzudienen. Eine wichtige Funktion soll dabei – auch insgesamt in allen NATO-Planungen zur schnellen Verlegung von Material und Truppen gen Russland – das 2018 beschlossene und in Ulm beheimatete „Gemeinsame Unterstützungs- und Befähigungskommando“ (Joint Support and Enabling Command, JSEC) einnehmen. Deshalb soll das noch im Rohstadium befindliche JSEC bei Defender 2020 nach Auskunft der Bundesregierung ebenfalls eine Rolle spielen: „Auch das sich in Ulm im Aufbau befindliche Joint Support and Enabling Command (JSEC) der NATO [wird] durch die Übung Combined Defender (CODE) eingebunden.“

Zur konkreten Rolle des JSEC als eine Art Generallogistiker bei Defender 2020 heißt es in der Januar-

Ausgabe der „Europäischen Sicherheit und Technik“: „Das JSEC ist eine Art NATO-Streitkräftebasis. Es legt die genauen Märsche durch die Nationen fest, regelt die Grenzübertritte und sorgt für eine realistische Planung. [...] Es bestimmt aufgrund der Angaben der US-Streitkräfte, wann diese wo welche Grenze überschreiten. Die nationalen Kräfte, in Deutschland die Streitkräftebasis, organisieren dann die Unterstützung im jeweiligen Land.“

Was die Gesamtzahl involvierter deutscher Soldaten anbelangt, wird in einem von der Bundeswehr geschnürten „Informationspaket“ angegeben, an den NATO-Manövern wären „bis zu 4000 Soldaten der Bundeswehr“ beteiligt. Hinzu kämen allerdings noch die Soldaten der Streitkräftebasis: in „Spitzenzeiten“ seien „bis zu 1.500 Soldatinnen und Soldaten [...] in Form von Unterstützungsleistungen“ eingebunden.

Diese Kräfte sind wie oben beschrieben vor allem für den sogenannten „Host Nation Support“ (HNS) und damit für die Unterstützung der US-Truppen innerhalb Deutschlands, also auch bei Defender 2020 zuständig. Die HNS-Kernaufgaben beschreibt die Bundeswehr wie folgt: „Host Nation Support ist die Unterstützung ausländischer Streitkräfte in Deutschland. Das geht beispielsweise von der Planung und Genehmigung von Durchfahrten über deutsche Straßen oder Gewässer bis hin zum Bereitstellen von Unterkünften oder Betankungsmöglichkeiten an unseren Standorten. Wenn Unterstützung gefragt ist, beauftragt das Bundesministerium der Verteidigung hiermit die Streitkräftebasis. Dort übernimmt das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr die Aufgabe und koordiniert mit dem Sachgebiet Host Nation Support die angefragten Leistungen über die Landeskommandos.“

Folgerichtig nennt die Bundeswehr folgende Wohltaten, die sie den US-Truppen im Rahmen ihres Manövers angedeihen lassen möchte: „Absicherung und Begleitung“, „Routenplanung“, „Betankung“, „Unterkünfte“, „Verpflegung“ und „IT-Anbindung“.

Ein wichtiger „Fortschritt“, der mit Defender 2020 erzielt werden soll, besteht in einer Art Generalzertifizierung militärischer Schwertransporte, die über das Manöver selbst hinausgehen soll. Hierfür kamen deutsche und US-amerikanische Logistiker bereits Ende November 2019 zusammen, um Nägel mit Köpfen zu machen: „Daher trafen sich kürzlich Spezialisten aus vier Logistikverbänden sowie der Logistikschule der Streitkräftebasis mit ihren US-amerikanischen Kameraden in Mannheim. In den Coleman Barracks standen verschiedene Gefechtsfahrzeuge zwecks einer Zertifizierung bereit. Denn jeder Panzertransport ist auf deutschen Straßen ein Schwerlasttransport, der jeweils ein Begleitkommando und einen Marschkredit – sozusagen die offizielle Genehmigung – bedingen. Passen

also ein M1 Abrams oder der amerikanische Schützenpanzer Bradley auf die deutschen Schwerlasttransporter Mammot und Elefant? [...] Gemeinsam packten die bi-nationalen Profis an und stellten ihre Fahrzeuge der Prüfungskommission vor. Das Ergebnis: Deutsche Logistikverbände können und dürfen ab sofort auch amerikanische Gefechtsfahrzeuge auf deutschen Straßen transportieren. Eine wichtige Erkenntnis und ein Fortschritt nicht nur für Defender 20. Denn die erstellten Zertifikate behalten über die Übung hinaus ihre Gültigkeit. Das erleichtert künftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Logistik erheblich.“

### Gefährliches Säbelrasseln

Im Jahr 2019 sprengten die NATO-Militärausgaben mit 1,04 Mrd. Dollar erstmals die „magische“ Marke von 1.000 Mio. Dollar. Für 2020 wird allein Deutschland erstmals Militärausgaben von rund 55 Mrd. Dollar (50 Mrd. Euro) bei der NATO melden – schon das ist annähernd so viel, wie die etwa 60 Mrd. Dollar, auf die das schwedische Friedensforschungsinstitut Sipri das russische Militärbudget beziffert. Allein schon aufgrund dieser Diskrepanz ist die all diesem Säbelrasseln zugrundeliegende Grundannahme, dass nämlich Russland nicht nur fähig, sondern auch willens wäre, in ein NATO-Land einzumarschieren, gelinde gesagt fragwürdig. Selbst der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, kritisierte derlei Annahmen scharf: „Völlig absurd [...] einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend. [...] Putin weiß, dass dies die völlige internationale Isolation zur Folge hätte – mit unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das Land.“

Abgesehen von dem ökonomischen und noch mehr ökologischen Irrsinn solcher Großmanöver, das, was USA und NATO hier abziehen, ist auch schlichtweg gefährlich. Dennoch soll das Manöverspektakel künftig sogar regelmäßig in dieser Größenordnung alle zwei Jahre stattfinden.

Schon allein deshalb ist es wichtig, dass es der Friedens- und Antikriegsbewegung gelingt, ein Zeichen gegen diesen martialischen Aufmarsch zu setzen!

#### Homepage der Kampagne:

[antidef20.de](http://antidef20.de)

#### Mailinglisten:

[no2nato2019-de@lists.riseup.net](mailto:no2nato2019-de@lists.riseup.net)

[defender2020@lists.riseup.net](mailto:defender2020@lists.riseup.net)

(Anmeldung: [ost@dfg-vk.de](mailto:ost@dfg-vk.de))

[gegenenneuenkaltenkrieg@lists.riseup.net](mailto:gegenenneuenkaltenkrieg@lists.riseup.net)

# Klimawandel und militärische Planungen

Ignoranz, Hilflosigkeit und fehlende Strategien zur Anpassung

von Karl-Heinz Peil

In einer kürzlich veröffentlichten Studie des Mitte 2018 gegründeten „German Institute for Defence and Strategic Studies“ (GIDS) bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg werden von den Autoren Dr. Stefan Bayer und Simon Struck die Konsequenzen des Klimawandels für militärische Planungen thematisiert. Unter dem Titel „Strategische Ausrichtung von Streitkräften im Klimawandel“<sup>1</sup> findet man darin eine bemerkenswert kritische Haltung gegenüber dem bisherigen Umgang des Verteidigungsministeriums (BMVg) und der Bundeswehr mit dem Klimawandel. Verwiesen wird richtigerweise darauf, dass andere Länder bereits seit längerem zum Klimawandel eine strategische Ausrichtung ihrer militärischen Fähigkeitsprofile und Anforderungen an das Militär haben. Dieses gilt insbesondere für das Pentagon, das trotz des erklärten Klimaleugners Donald Trump unbeirrt strategische Planungen zu dem als nicht mehr vermeidbar angesehenen Klimawandel vornimmt. Damit ist natürlich noch keine Aussage über die – aus friedenspolitischer Sicht vielfach problematischen – Schlussfolgerungen getroffen, sondern lediglich, ob das Thema an sich eine relevante Rolle in den Überlegungen der Streitkräfte spielt.

Bereits 2007 hatte der Zukunftsforscher Harald Welzer mit seinem Bestseller „Klimakriege – Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“ auf die sozialen und kulturellen Folgen des Klimawandels hingewiesen, die zwangsläufig kriegerische Gewalt zur Folge haben: Konflikte um Ressourcen, Kriege gegen eigene Bevölkerungen, Wellen von Klimaflüchtlingen und Terrorismus. Die Sicherung der Außengrenzen Europas und der USA wurden bereits damals von ihm als neue Frage zu Sicherheit, Verantwortung und Gerechtigkeit aufgeworfen, auch weil dieses als Vorschub für private Söldnerarmeen und eine Privatisierung von Gewalt zu Lasten des staatlichen Gewaltmonopols anzusehen sei.<sup>2</sup>

In vorliegender Analyse soll ein kurzer Überblick gegeben werden, welche für Militärs relevanten Konsequenzen sich aus dem Klimawandel ergeben. Der

US-Wissenschaftler und Publizist Michael Klare hat dieses mit seinem jüngsten Buch „All Hell Breaking Loose – The Pentagon’s Perspective on Climate Change“<sup>3</sup> umfassend dargestellt. Er beschreibt, dass das Pentagon trotz zahlreicher strategischer Planungen angesichts der Fülle von Einzelproblemen strategisch eher hilflos verbleibt. Der von ihm gewählte Buchtitel „All Hell Breaking Loose“ bezieht sich darauf, dass der Klimawandel zu Katastrophenfällen führt, bei denen für das US-Militär multiple Einsatzorte und -szenarien auftreten, d.h. dass „plötzlich die Hölle losbricht“ mit Situationen, die logistisch und ressourcenmäßig schnell außer Kontrolle geraten.

Gegenstand dieser Analyse ist hier weniger die Bewertung militärischer „Lösungen“ zum Klimawandel, sondern inwieweit diese überhaupt eine Rolle spielen. Und hier lässt sich feststellen, dass man den Umgang von Bundesregierung und BMVg mit dem Klimawandel im direkten Vergleich zu den USA nur als ignorant bezeichnen kann.

## Klimawandel als strategisches Sicherheitsproblem

Michael Klare bringt eine einfache und schlüssige Erklärung dafür, warum sich gerade das Pentagon über den Klimawandel bereits seit langen Jahren Gedanken macht. Wer in den Dienst des US-Militärs eintritt, wird ideologisch darauf eingestimmt, dass sein Heimatland gegen Bedrohungen jeglicher Art zu verteidigen ist. Und der Klimawandel ist keineswegs ein Zukunftsszenario, sondern durch zunehmende tropische Wirbelstürme an der Ostküste der USA bereits eine Realität.

Nach dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident wurde von ihm verordnet, dass der Klimawandel als Debattenthema zu streichen ist. Daran haben sich in Washington auch alle Ministerien und Regierungsinstitutionen gehalten, mit Ausnahme des Pentagons. Offiziell spielt der Klimawandel auch dort keine Rolle, wenn man die Anfang 2018 von US-Prä-

sident Trump vorgelegte Nationale Verteidigungsstrategie zugrunde legt. Dort werden vielmehr Russland und China als die größten potenziellen Bedrohungen der US-amerikanischen Sicherheit der nächsten Jahre dargestellt. Dennoch kann Michael Klare auf eine Vielzahl von Dokumenten aus den letzten zehn Jahren sowie auf einige persönliche Gespräche mit Pentagon-Mitarbeitern verweisen, aus denen sich ein umfassendes Bild der innerhalb dieser Institution betriebenen strategischen Planungen ergibt, die derzeit aber nach außen hin unauffällig betrieben werden. Michael Klare kommt sogar zu der Einschätzung, dass durch die institutionelle Größe und bisherigen Aktivitäten des Pentagons ausgerechnet hier das Potenzial für wesentliche Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel vorhanden wären, natürlich nur einsetzbar mit einem anderen US-Präsidenten als Donald Trump.

### **Bedrohung der militärischen Infrastruktur und Logistik**

Die imperiale Politik der USA ist nur möglich durch die weltweite Präsenz mit ca. 800 Militärbasen außerhalb ihres eigenen Territoriums. Diese sind ebenso wie die Militärbasen in den USA selbst überproportional in Küstennähe angeordnet. Steigende Meeresspiegel, tropische Wirbelstürme und Fluten bedrohen deshalb vor allem die Militärbasen von US Navy und Air Force. Dieses gilt übrigens auch für zivile Flughäfen. So wird in einer kürzlich veröffentlichten Studie des McKinsey Global Institutes aufgeführt, dass ein Viertel der Top-100-Flughäfen weltweit weniger als zehn Meter über dem Meeresspiegel liegen und damit „ernsthaften Gefahren“ ausgesetzt seien.<sup>4</sup>

Bedroht sind für das US-Militär auch diejenigen Militärbasen, die sich weitab von Meeresküsten befinden. Im Mittleren Osten und Nordafrika werden extreme sommerliche Temperaturen und Sandstürme immer mehr zum Hauptproblem. Das betrifft nicht nur den eigentlichen Aufenthalt von Kampftruppen im Inland, sondern auch den dadurch bedingten zusätzlichen Aufwand für deren Versorgung mit Treibstoffen und Lebensmitteln. Waffen, Fahrzeuge und Versorgungssysteme müssen immer mehr an extreme Temperaturen und die Infiltration von Sand angepasst werden. Uniformen und am Körper angebrachte Bewaffnung müssen leichtgewichtiger werden. Die Trinkwasserversorgung kann immer weniger aus lokalen Quellen erfolgen, sondern muss gleichfalls zum Bestandteil der Logistikkette werden. Bei Kriegseinsätzen muss zudem eine Kraftstoffversorgung über Tankfahrzeuge erfolgen, die auf ihren Transportrouten feindlichen Angriffen ausgesetzt sein können.<sup>5</sup>

### **Wirbelstürme als multiples Katastrophenszenario**

Wirbelstürme sind auch ein Albtraum für das US-Militär, das für Auslandseinsätze und weniger für den Einsatz innerhalb der USA selbst bzw. an dessen Grenzen ausgerichtet ist. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Stationierung, Ausbildung und Ausrüstung von Armee, Marine und Air Force auf weltweiten Militärbasen maßgebend. Diese globale Einsatzfähigkeit wird jedoch gefährdet, wenn nicht nur einzelne, sondern zugleich mehrere Hurrikans gleichzeitig die US-Ostküste bedrohen, wie es im Spätsommer 2017 bereits der Fall war, als dicht gefolgt die Wirbelstürme Harvey, Irma und Maria in Texas, Florida und Puerto Rico wüteten. Noch misslicher ist es natürlich für das US-Militär, wenn mehrere Wirbelstürme in unterschiedlichen Weltregionen mit US-Militärpräsenz gleichzeitig auftreten, verbunden mit Folgewirkungen auf die Verfügbarkeit von lokaler Infrastruktur und staatlichen Institutionen.

Bereits im Oktober 2012 zeigte der Wirbelsturm Sandy die Verwundbarkeit der US-Infrastruktur. Sandy führte im Großraum New York zu überfluteten U-Bahn-Stationen und großflächigen Stromausfällen. Ohne Stromnetz konnte deshalb auch von Tankstellen kein Treibstoff mehr abgegeben werden. Sandy löste eine zivil-militärische Zusammenarbeit aus, bei der gemäß einem späteren Bericht an den US-Kongress 14.000 zivile und militärische Pentagon-Mitarbeiter im direkten Einsatz waren sowie 10.000 weitere für die unmittelbar darauf folgende Schadensbeseitigung. Das kann aus Sicht von US-Militärs dazu führen, dass künftig Konflikte zwischen gleichzeitigen Kriegseinsätzen im Ausland und Katastropheneinsätzen entstehen.<sup>6</sup>

### **Krisen als globale Schockwellen**

Die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Konflikte sind sehr vielfältig. So führte ein ungewöhnlich trockener Sommer im Jahr 2010 in vielen Ländern zu drastischen Steigerungen bei Lebensmittelpreisen, was sich als Zündfunke für den arabischen Frühling des Jahres 2011 mit Revolten in mehreren Ländern der MENA-Zone erwies. Der Klimawandel spielt auch eine zunehmende Rolle bei der Massenmigration aus dem globalen Süden und der mit militärischen Mitteln erfolgenden menschenverachtenden „Flüchtlingsabwehr“, sowohl durch die USA wie auch die EU.

Am Beispiel Mali lässt sich die Rolle des Klimawandels besonders gut fixieren. Kein Analyst würde behaupten, dass der dortige Konflikt durch den Klimawandel ausgelöst worden ist. Allerdings hat der Klimawandel bereits vorhandene soziale, politische und wirtschaftliche Probleme verstärkt, die dort zur



Rauchwolken steigen nach US-amerikanischen Luftangriffen gegen den Irak auf. Quelle: [unsplash.com/Daniel Klein](https://unsplash.com/Daniel Klein).

Revolte der in der Sahel-Zone lebenden Tuareg geführt haben. Dazu kommen extreme Armut, Korruption und behördliche Inkompetenz. Viele Parallelen zum Konflikt in Darfur sind dabei augenfällig: Ressourcenkonflikte werden ethno-politisch instrumentalisiert und so zur Rechtfertigung von Militäreinsätzen herangezogen.

Die globale Erwärmung erhöht auch drastisch das Risiko von Pandemien. Bisher als Tropenkrankheiten deklarierte Krankheitserreger wie Malaria, Zika- oder Dengue-Virus breiten sich zunehmend in weiteren Regionen aus. Sofern diese Krankheiten in unterentwickelten Ländern ausbrechen, führen diese schnell zum Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitswesens. Beispielhaft dafür, was an künftigen Herausforderungen zu stemmen ist, steht die Ebola-Epidemie 2014 bis 2016 in Westafrika. In diesem Fall wurde das Pentagon von Präsident Obama aufgefordert, über das AFRICOM ein militärisches Kommandozentrum in Liberia einzurichten. Dieser ungewöhnliche Schritt erfolgte in Ermangelung anderer US-Institutionen, denen Obama eine solche Herkulesaufgabe zugetraut hätte. Mit letztlich ca. 3.000 Militärkräften wurde die logistische Unterstützung für die zivile medizinische Unterstützung sichergestellt.<sup>7</sup> Im Übrigen sind zivile Katastrophenschutzbehörden auch in den USA völlig unzureichend ausgestattet, was sich bereits 2005 bei dem Hurrikan Katrina gezeigt hat, der zur weitgehenden Zerstörung von New Orleans führte.

„Globale Energiesicherheit“ wird in der Regel assoziiert mit dem militärischen Schutz von fossilen Rohstoffquellen und Transportwegen, wie Pipelines und

Seewegen wie die Straße von Hormus im Persischen Golf. Wenig beachtet wird aber, dass auch die Wasserversorgung eine wichtige Rolle bei der Energieversorgung spielt. Weltweit existieren tausende Staudämme, die zur Stromerzeugung genutzt werden – soweit der Wasserpegel dieses zulässt. Aber auch als Kühlwasser von Kohle- und Atomkraftwerken entlang von Flüssen hat dieses eine wichtige Funktion – soweit die Wassertemperaturen in einem heißen Sommer nicht zu hoch sind.

### **Geopolitische Konflikte durch abschmelzendes Eis**

Michael Klare beschreibt auch die geopolitischen Konsequenzen, die sich aus abschmelzendem Eis durch die globale Erwärmung ergeben. Mit dem Schmelzen des arktischen Eises könnte das Nordpolarmeer die erste Region weltweit werden, in der durch den Klimawandel eine direkte Konfrontation von USA, Kanada, Island und Dänemark (als militärisch verantwortlich für Grönland) mit Russland ausgelöst werden könnte. Alle diese Länder haben bereits ihr Interesse an einer Ausbeutung von künftig zugänglichen fossilen Brennstoffen bekundet, was bereits zu Planungen für entsprechende militärische Fähigkeiten geführt hat. Hinzu kommt noch China, das zwar kein arktischer Anliegerstaat ist, aber z.B. mit dem Bau von Eisbrechern bereits sein Interesse an einer Rohstoffausbeutung bekundet hat. In diesem globalen Kontext müssen auch die seit längerem in der Nordsee an der norwegischen Küste erfolgenden NATO-Manöver wie „Cold Response“

gesehen werden. Obwohl sich die NATO – wie auch bei anderen Großmanövern – zu den Übungsszenarien sehr bedeckt hält, ist die provokative Stoßrichtung gegen Russland klar erkennbar.

Geht es bei der Arktis im Wesentlichen um eine künftige Rohstoffausbeutung, so gibt es in anderen Regionen eine weit weniger beachtete, aber viel explosivere ökologische Zeitbombe. Insbesondere in Zentralasien sind es die Gebirgsgletscher des Himalaya, die für die Bevölkerung Zentralasiens durch die natürliche Speicherung von Wasser und dessen kontinuierlichem Abfluss existenziell sind. Bereits vor zehn Jahren wurde dazu in einem Report des US National Intelligence Council auf die Verwundbarkeit von Indien durch den Klimawandel und bereits vorhandene Wasserknappheit hingewiesen. In naher Zukunft droht durch das weitere Abschmelzen der Himalaya-Gletscher ein ökologischer Kipppunkt, der beidseitig des Himalayas zumindest für hunderte Millionen Menschen gravierende Folgen haben wird. Dieses muss vor dem Hintergrund der ohnehin bereits seit langem bestehenden Spannungen zwischen Pakistan, Indien und China gesehen werden. Zusammen mit der ohnehin bereits extrem angespannten Trinkwasserversorgung, vor allem in Pakistan und Indien, kann der Klimawandel hier eine nicht kalkulierbare Beschleunigung von innen- und zwischenstaatlichen Konflikten herbeiführen.<sup>8</sup>

### **Keine Option: „Grüne“ Technologien**

„Grüne“ Technologien, wie z.B. „Bio-“Diesel werden immer wieder thematisiert als Option gegen den Klimawandel, auch für das Militär. Entsprechendes findet sich z.B. in Nachhaltigkeitsstrategien, die von den Verteidigungsministerien in Kanada, Großbritannien und Dänemark bereits vor einigen Jahren erstellt wurden und auch Grundlage für regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte sind.<sup>9</sup> Auch in den USA gibt es hierfür erste Ansätze bei der Navy mit einer „Great Green Fleet“, die 2016 in Betrieb genommen wurde und diesen Namen aufgrund von Treibstoff-Beimischungen mit „Bio-“Diesel erhielt.<sup>10</sup> Der Einsatz von „Bio-“Kraftstoffen in größerem Maße ist aber sowohl rein zivil wie auch militärisch völlig utopisch. Der Effekt besteht deshalb nur darin, propagandistisch auf eine punktuell verbesserte CO<sub>2</sub>-Bilanz verweisen zu können. Ansonsten sind nur bei der nicht-militärischen Fahrzeugflotte und dem stationären Betrieb von Gebäuden (Heizung und Stromverbrauch) relevante Einsparungen und damit Beiträge zum Klimaschutz machbar. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im weltweiten Einsatz kann aber durch das Militär kaum reduziert werden. Praktische Bedeutung erlangen erneuerbare Energien bei militärischen Einsätzen lediglich an vorgeschobenen Einsatzorten, wo durch mobile Photovoltaik-Anlagen die Abhängigkeit von Dieselgeneratoren zur Stromerzeugung reduziert werden kann. Zu bedenken ist dabei aber, dass bei hohen Außentemperaturen von 40 bis 50°C (im nicht vorhandenen Schatten) auch ein immenser Strombedarf für Klimaanlage besteht.

benen Einsatzorten, wo durch mobile Photovoltaik-Anlagen die Abhängigkeit von Dieselgeneratoren zur Stromerzeugung reduziert werden kann. Zu bedenken ist dabei aber, dass bei hohen Außentemperaturen von 40 bis 50°C (im nicht vorhandenen Schatten) auch ein immenser Strombedarf für Klimaanlage besteht.

### **Deutsche Diskurse und Defizite**

Die von Michael Klare beschriebenen strategischen Überlegungen des Pentagon finden sich zumindest ansatzweise auch in anderen Ländern. Darauf wird in der eingangs genannten GIDS-Studie hingewiesen, die letztlich entsprechende Defizite in der deutschen Politik markiert. Bemerkenswert daran ist, dass die Bundesregierung selbst bereits frühzeitig wissenschaftliche Expertise zu dieser Thematik angefordert hat. 2007 formulierte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) in dem umfassenden Hauptgutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ folgendes zur notwendigen internationalen Kooperation gegen den Klimawandel:<sup>11</sup>

„Im Umgang mit den USA muss darauf Rücksicht genommen werden, dass Supermächte generell Schwierigkeiten haben, die Notwendigkeit zu erkennen, von einer Strategie ‚globaler Dominanz‘ auf eine Strategie ‚geteilter globaler Führerschaft‘ umzusteuern.[...] Gerade die Klima- und Energiepolitik bietet ein ideales Betätigungsfeld für eine europäische Vorreiterrolle.“

Im Fazit des WBGU-Gutachtens wird argumentiert, dass der Klimawandel auch militärische Zwangsmaßnahmen zur Folge haben kann. Dabei wird auf das Konzept von „humanitären Interventionen“ bzw. „Responsibility to Protect“ Bezug genommen, das sich zwischenzeitlich als trojanisches Pferd für militärische Aggressionen bei angeblichen Menschenrechtszielen erwiesen hat, wie in Libyen 2011. In dem WBGU-Gutachten wird allerdings die Frage aufgeworfen, ob man dieses Prinzip auch für „klimainduzierte“ Militäreinsätze mit Mandat der UNO einsetzen könne. Das umfangreiche Gutachten ist auch heute noch interessant als Beleg dafür, wie seinerzeit Prognosen für eine „Plausible Entwicklung bis etwa 2020“ erstellt wurden und dass diese sich als weitestgehend zutreffend erwiesen haben. Ein Auszug daraus:

„Die bereits spürbaren Auswirkungen des globalen Klimawandels (Hitze, Verringerung der Niederschläge) verschärfen die Ressourcenprobleme weiter. Desertifikation und Wassermangel nehmen in Nordafrika und in allen Sahelstaaten zu. [...] In der Sahelzone gehen bis zum Jahr 2025 in erheblichem Ausmaß landwirtschaftlich nutzbare Böden verloren. In den ländlichen Regionen des Sahel, aber auch in den nordafrikanischen Mittelmeeranrainern schwindet der traditionelle



Publikationen zur Sicht des Pentagons und des WBGU auf das Sicherheitsrisiko Klimawandel.

Lebensraum als Folge der Desertifikation rapide. Der großen Masse der Landbevölkerung gelingt es nicht, die negativen Folgen des Klimawandels durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen.<sup>12</sup>

Im weiteren Text heißt es unter der Überschrift: „Fiktives Konfrontationsszenario: Destabilisierung Nordafrikas wirkt bis Europa“: „Der Mangel an Zukunftsperspektiven in allen Ländern der Region führt dazu, dass vor allem junge Menschen ihre einzige Chance in der Migration nach Europa sehen. Für Migranten aus der Sahelzone bilden dabei die Maghrebstaaten meist die erste Zwischenstation, um über das Mittelmeer nach Südeuropa zu gelangen. Die Migration vor allem junger Männer aus den Sahelstaaten in Richtung Norden nimmt gegen Mitte des 21. Jahrhunderts Ausmaße an, die einer Völkerwanderung gleichkommen. Jährlich gelangen Hunderttausende von Menschen aus dem Sahel und dem tropischen West- und Zentralafrika in die nordafrikanischen Küstenregionen. [...] Ab dem Jahr 2020 setzt in allen betroffenen Ländern eine soziale und politische Destabilisierung ein.“

Im wissenschaftlichen Umfeld der Bundeswehr hat man sich bis vor kurzem aber nur wenig mit den 2007 dargestellten Zukunftsszenarien befasst. 2012 erschien durch das Planungsamt der Bundeswehr die Studie: „Klimafolgen im Kontext – Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika“.<sup>13</sup> Diese Studie ist zwar in vielen Punkten recht detailliert, aber auch mit einer sehr selektiven Sicht auf die MENA-Region und seinerzeit vor allem durch die Wirkung des Arabischen Frühlings 2011 geprägt. Für den heutigen Diskurs um einen erweiterten Bundeswehreinsatz in Westafrika und der Sahel-Zone – der mit der WBGU-Studie 2007 bereits indirekt als mögliches Szenario vorweggenommen wurde – hat diese Studie keinerlei Bedeutung.

Stattdessen gab es eine konträre politische Entwicklung, die vor allem durch das im September 2013 veröffentlichte Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von regierungsnahen Think-Tanks angestoßen wurde (SWP und German Marshall Fund). Die dort beschworene neue globale Verantwortung im militärischen Sinne wurde bereits bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 von dem damaligen Bundespräsidenten Gauck zur offiziellen Politik erklärt.<sup>14</sup> Dieses hat auch Eingang gefunden in das Weißbuch 2016 der Bundeswehr und zuletzt in die „Grundsatzrede“ von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im November 2019, in denen es von Passagen nur so wimmelt, in denen diese „neue Verantwortung“ beschworen wird.

In der GIDS-Studie heißt es: „Wir wollen vorweg jedoch auch auf die Gefahr einer ‚Versicherheitlichung‘ (Securitization) der Debattenlage hinweisen, die nicht beabsichtigt wird: Der Klimawandel könnte bewusst als existenzielle Bedrohung der humanitären Sicherheit konstruiert werden, um Streitkräften strategisch ein höheres politisches Gewicht einzuräumen.“

Ob dieses als Kritik an der offiziellen Politik und laufenden Diskursen über mehr weltweite Bundeswehreinsätze zu sehen ist, sei dahingestellt.<sup>15</sup> Im Kontext der GIDS-Studie kann dieser Passus auch einfach nur als notwendige Eingrenzung des Inhaltes gesehen werden, der thematisieren soll, „wie sich Streitkräfte und Sicherheitsinstitutionen auf den Klimawandel vorbereiten bzw. bereits vorbereitet haben.“

Das Fazit der 34-Seiten-Studie beginnt mit dem viel-sagenden Satz: „Der Leser fragt sich an dieser Stelle zurecht, warum in dieser Arbeit bisher kaum Bezug auf die Bundeswehr genommen wurde.“

Es wird dann auf die Leerstellen des BMVg verwiesen, wo der Klimawandel platziert sein müsste. Auch wird in diesem Fazit auf die mehr als dürtigen Nachhaltigkeitsberichte der Bundeswehr verwiesen, in denen das „Kerngeschäft“ der Bundeswehr völlig ausgeblendet wird und der Klimawandel keinerlei Erwähnung findet. Damit werden in zurückhaltender Form auch die Kritikpunkte bestätigt, die in der kürzlich erschienenen IMI-Studie zu den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg aufgeführt wurden.<sup>16</sup>

## Fazit

Der politische Diskurs zur sicherheitspolitischen Relevanz des Klimawandels über die letzten 15 Jahre in Deutschland gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass dieser auf absehbare Zeit zu den notwendigen Konsequenzen führen wird. Dieses lässt sich auf zwei Ebenen festmachen. Erstens: Der politischen Klasse in Deutschland muss immer noch eine erschreckende

Ignoranz gegenüber dem Klimawandel, dessen absehbaren Folgen und dem daraus resultierenden Handlungsbedarf bescheinigt werden, was sich zuletzt bei dem Ende 2019 im Bundestag beschlossenen „Klimapaket“ gezeigt hat.

Zweitens: Bei dem aktuellen Fähigkeitsprofil für die Bundeswehr gemäß dem Weißbuch 2016 und der darauf aufbauenden „Konzeption der Bundeswehr“ (2018) bleibt der Klimawandel außen vor.

Damit vergrößert sich auch der Abstand zur politischen Wahrnehmung und vorhandenen Strategien in anderen Ländern, wo die Folgen des Klimawandels für das Militär bereits eingehend untersucht worden sind. Spitzenreiter ist hier ausgerechnet das US-Militär trotz der offiziellen Blockade durch die Trump-Administration. Selbstredend geschieht das nicht aus Engagement für den Umweltschutz, sondern aufgrund umfangreicher Erfahrungen mit der Realität des Klimawandels, der sich auch negativ auf die Einsatzfähigkeit auswirkt, während gleichzeitig ein erhöhter Bedarf nach „militärischem Krisenmanagement“ diagnostiziert wird.

Der Kontrast zu Deutschland ist augenfällig: Hierzulande scheinen selbst die spezifischen Auswirkungen des Klimawandels für das Militär kaum Beachtung zu finden. Hemmschuh für einen notwendigen generellen politischen Kurswechsel in Deutschland sind dabei die Großmachtambitionen mit verstärkten Forderungen nach mehr Bundeswehreinsetzungen weltweit, um damit deutsche Wirtschaftsinteressen abzusichern, mit denen vor allem Unterbrechungen von Lieferketten verhindert werden sollen. Zugrunde liegende Konfliktsache ist aber in zunehmenden Maße der Klimawandel, wie derzeit in der Sahel-Zone Westafrikas. Damit hat die verstärkte Aufrüstung Deutschlands eine fatale Wirkung: Der Rüstungshaushalt entzieht notwendige Ressourcen für den Kampf gegen den Klimawandel und geht einher mit ideologisch bedingter Ignoranz gegenüber dem Klimawandel als dem – zusammen mit der Atomkriegsgefahr – aktuell dringendsten Sicherheitsproblem. Um gegen den Klimawandel anzugehen, bedarf es internationaler Kooperation, wie bereits 2007 vom WBGU angemahnt wurde. Schon damals wurden – auch wenn militärische „Lösungen“ nicht kategorisch ausgeschlossen wurden – Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Armutsbekämpfung als zentrale Strategien zur Bekämpfung der sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels propagiert: „Unstrittig ist ferner ein allgemeiner Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staats und seiner Konflikanfälligkeit. [...] Verstärkte Bemühungen um eine entschlossene, faire und zielgerichtete internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz und Armutsbekämpfung würden zudem eine Festigung multilateraler Institutionen insgesamt fördern und

somit auch einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der Welt leisten.“<sup>17</sup>

Stattdessen wird aber mit steigenden Rüstungsausgaben und entsprechendem propagandistischem Begleitfeuer global eine wirtschaftliche, politische und militärische Konfrontation vorangetrieben. Es bedarf deshalb erhöhter Anstrengungen, um mit der Darstellung dieses Zusammenhangs den politischen Widerstand zu verbreitern.

### Anmerkungen

- 1 Stefan Bayer und Simon Struck: Strategische Ausrichtung von Streitkräften im Klimawandel, #GIDSresearch 1/2019.
- 2 Harald Welzer: Klimakriege, Fischer Taschenbuch, 5. Auflage 2018.
- 3 Michael T. Klare: All Hell Breaking Loose, Metropolitan Books, Nov. 2019.
- 4 McKinsey Global Institute: Klimawandel: Ohne Gegensteuern leben 2030 rund 250 Millionen Menschen in Risikoregionen, Pressemitteilung, 16.01.2020.
- 5 M. Klare: Abschnitte „Overseas Bases under Threat“ und „Struggle to Adapt“.
- 6 M. Klare: Kapitel „The Homeland at Risk“.
- 7 M. Klare: Abschnitt „Global Pandemics“. Nur am Rande sei hier erwähnt, dass der eigentliche medizinische Notfall-einsatz durch 150 kubanische Fachärzte erfolgte, die mit Spezialisierung auf Katastrophenschutz und Epidemiologie dort ein halbes Jahr lang im Einsatz waren. Siehe dazu z.B. Julia Zieger: Kubanische Ärzte kehren aus Westafrika zurück, amerika21.de, 25.03.2015.
- 8 M. Klare: Kapitel „Great-Power Clashes“.
- 9 Siehe dazu entsprechende Ausführungen bei Karl-Heinz Peil: Nachhaltige Bundeswehr? Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels, IMI-Studie Nr. 8/2019.
- 10 Klare: Kapitel „Going Green“.
- 11 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (WBGU): Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008.
- 12 WBGU S. 133 ff.
- 13 Klimafolgen im Kontext. Implikationen von Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Afrika, Planungsamt der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse, Oktober 2012.
- 14 Siehe dazu z.B. Jürgen Wagner: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen, IMI-Studie 2015/02.
- 15 Siehe dazu: Tagung des BMVg: der Klimawandel: Herausforderungen für die Bundeswehr, bmvg.de, 17.06.2019.
- 16 Karl-Heinz Peil, IMI-Studie 2019/8, Nachhaltige Bundeswehr?
- 17 WBGU, Seite 8.

# Nationaleuropäisches Rüstungsspagat

Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

von Jürgen Wagner

Bei der Vergabe großer Rüstungsaufträge steckt die Bundesregierung zwischen Baum und Borke: Einerseits ist es das erklärte Ziel über europaweite Ausschreibungen zu einer „Konsolidierung“ („Bündelung“) des EU-Rüstungssektors beizutragen. Hierüber sollen größere Auftragsmargen und damit deutlich geringere Stückpreise erzielt und so eine größere militärische Schlagkraft pro investiertem Euro generiert werden. Auf der anderen Seite wird ein solches Verfahren selbstredend überall dort für besonders problematisch empfunden, wo deutsche Unternehmen keine marktbeherrschende Stellung innehaben und dementsprechend leer ausgehen könnten – dahinter stehen allerdings nicht allein industriepolitische Erwägungen, sondern nicht zuletzt auch das machtpolitische Interesse am Erhalt einer starken nationalen Rüstungsindustrie.

Die diesbezügliche Debatte nahm besonders im Vorfeld der Vergabe eines milliarden schweren Auftrags zum Bau von vier Mehrzweckkampfschiffen (MKS) 180 an Schärfe zu. Obwohl teils recht deutlich vor einem „Ausverkauf der deutschen Marine-Schiffbaukompetenz“ gewarnt wurde, wurde der Auftrag europaweit ausgeschrieben und ging dann Mitte Januar 2020 an das niederländisch geführte Konsortium „Damen Shipyards Group“. Dementsprechend hitzig fielen die Reaktionen der Industrie wie auch von Teilen der Gewerkschaften und der Politik aus. Diesen Spagat zwischen nationalen und europäischen „Sachzwängen“ adressiert nun das am 12. Februar 2020 als Gemeinschaftsproduktion von BMWI, BMVg, BMI, AA und BMBF veröffentlichte „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“.

Das Dokument ist gleich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Zunächst einmal betont es zwar den Bedarf europaweiter Ausschreibungen, erweitert aber im gleichen Atemzug die bereits im Vorgänger eingeführten „Schlüsseltechnologien“ unter anderem um den „Überwasserschiffbau“. Die entscheidende Neuerung

dabei ist, dass dieser Schritt mit einer Gesetzesänderung flankiert wird, die am 14. Februar 2020 abschließend den Bundesrat passierte und die es ermöglichen soll, besagte Schlüsseltechnologien künftig vom europäischen Ausschreibungsverfahren auszuklammern. Außerdem fasst das „Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“, wie der Name schon andeutet, die zuvor getrennt behandelten Bereiche der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie unter besonderer Berücksichtigung neuer Technologien und deren „Wert“ für künftige Militärprojekte zusammen. Und schließlich geht es dem Papier darum, die „Rahmenbedingungen für Unternehmen dieser Industrie zu verbessern.“ Ganz vorne auf dem dazu präsentierten Maßnahmenkatalog heißt es unter anderem, man wolle, „Exporte politisch flankieren.“

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich dabei allerdings, dass es der Bundesregierung nicht gelingen dürfte, die nationale und die europäische Ebene auszu-tarieren. In dem Maße, wie sie sich der einen zuneigt, verprellt sie die andere.

## Protektionistischer Gegenwind

Beim MKS 180 handelt es sich um eines der wirklich großen künftigen Rüstungsvorhaben: Als Auftragsvolumen sind inzwischen im Bundeshaushalt 5,27 Mrd. Euro vorgesehen, weshalb es nicht verwunderlich war, dass es aus den Reihen der Politik eine Reihe von Fürsprechern gab, den Auftrag an ein deutsches Konsortium zu vergeben. So meldete sich Anfang 2020 etwa der FDP-Politiker Hagen Reinhold erbost zu Wort, nachdem im Jahr zuvor ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) und Lürssen aus dem Bieterverfahren geworfen worden waren: „Mir ist schleierhaft, wie man das Konsortium TKMS/Lürssen, einen rein deutschen Bieter, vor Jahresfrist von der Vergabe ausschließen konnte.“ Nachdem dann im Februar 2020 auch noch „German Naval Yards Kiel“ leer ausging, schal-

teten sich umgehend diverse Ministerpräsidenten in die Debatte ein, wie der militärnahe Blog Augengeradeaus berichtete: „Mehrere Bundesländer, in denen Schiffe und Zulieferteile für die Deutsche Marine gebaut werden, haben Bundeskanzlerin Angela Merkel dringend zu einem politischen Umsteuern aufgefordert: Wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, müsse der Marine Überwasserschiffbau nunmehr umgehend als Schlüsseltechnologie definiert werden, schrieb Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther auch im Namen von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern an die Kanzlerin.“

Auch die IG Metall Küste machte aus ihrem Unmut über die Entscheidung (einmal mehr) keinen Hehl. Sie veröffentlichte umgehend nach der Auftragsvergabe ein „Gemeinsames Positionspapier von IG Metall Küste und Betriebsräten von Werften und Zulieferern“, das sich mit der „Zukunft für den Marineschiffbau in Deutschland“ beschäftigte und das auch „Forderungen an Bundesregierung und Unternehmen“ enthielt. Die MKS-Vergabeentscheidung wird darin als „Fehlentscheidung“ geißelt: „Keine andere Nation würde bei einem Beschaffungsprojekt solcher Dimension und Bedeutung so vorgehen und damit Arbeitsplätze und Standorte sowie die technische Zukunftsfähigkeit der Branche im eigenen Land in Gefahr bringen. [...] Der Auftrag MKS 180 ist entscheidend für die Sicherung der Grundausrüstung der Werften und den Erhalt einer leistungsfähigen wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland.“

Und auch die Industrie wollte die Entscheidung buchstäblich nicht klaglos hinnehmen, wie u.a. das Handelsblatt berichtete: „Die Bundesregierung hat sich



Panzerproduktion in einem Rüstungswerk im Jahr 1940.  
Quelle: Bundesarchiv/Bild 183-L04352.

mit der Vergabe des Auftrags für den Bau neuer Fregatten an die niederländische Werftengruppe Damen juristischen Ärger eingehandelt. Der im Bieterverfahren unterlegene Schiffbauer German Naval Yards (GNY) will den Deal über Gerichte stoppen lassen, wie das Handelsblatt aus informierten Kreisen erfahren hat.“

Offensichtlich wird die Bundesregierung in dieser Angelegenheit von diversen einflussreichen nationalen Interessensgruppen erheblich unter Druck gesetzt – und das „Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ist dazu gedacht, dieses Problem zu lösen.

### Militärisch-industrielles Spagat

Die 2020er Version des „Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ist nicht die erste ihrer Art – für die Rüstungsindustrie wurde bereits 2015 ein entsprechendes Papier veröffentlicht, dem im Jahr darauf ein weiteres folgte, diesmal mit Fokus auf die „zivile“ Sicherheitsindustrie.

Auch in der aktuellen Variante wird an der „strategischen Bedeutung“ der heimischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie keine Zweifel gelassen: „Industrielle Kernfähigkeiten und strategisch relevante Entwicklungskapazitäten sind am Standort Deutschland und EU zu erhalten und zu fördern.“ Auf der anderen Seite wird allerdings auch klar bedauert: „Nicht zuletzt durch die unterschiedlichen nationalen Anforderungen ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der EU nach wie vor national ausgerichtet und stark fragmentiert. Insbesondere ein Verteidigungsbinnenmarkt ist faktisch noch nicht realisiert.“ Dies sei ein Problem, denn ein fehlender Rüstungsbinnenmarkt führe zu „erheblichen Nachteilen in Bezug auf Kosten, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenarbeit.“

Europaweite Ausschreibungen hätten zur Folge, dass sich – wie in anderen Sektoren bereits vorexerziert – wenige Großunternehmen herausbilden und die Unternehmen in den kleinen und mittleren Staaten schlucken würden. Obwohl vieles dafür spricht, dass derlei Annahmen reichlich optimistisch sind, versprechen sich EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten von einem Rüstungsbinnenmarkt mit seinen höheren Auftragsmargen jährliche Einsparungen von 25 Mrd. bis hin zu 100 Mrd. Euro – die dann in zusätzliches militärisches Gerät gesteckt werden könnten.

Aus diesem Grund ist auch der Bundesregierung sehr an einem Rüstungsbinnenmarkt und der damit einhergehenden „Konsolidierung“ des Sektors gelegen. Im „Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ heißt es dazu: „Die Bundesregierung wird daher durch verschiedene Maßnahmen

auf eine verstärkte industrielle Konsolidierung innerhalb Europas hinwirken und erforderliche Prozesse im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, um so ökonomische Synergien zu fördern und Kohärenz zu stärken.“

Bislang ist es möglich, die – an sich obligatorische – Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen im Militärbereich über einen Verweis auf Artikel 346 des „Vertrags über die Arbeitsweise der EU“ (AEUV) zu umgehen. Er erlaubt es Aufträge unter Berufung auf zentrale sicherheitspolitische Bedenken rein national zu vergeben, eine Möglichkeit, von der die Mitgliedsstaaten rege Gebrauch machen, sodass bis heute 80 Prozent der europäischen Rüstungsaufträge national bedient werden.

Die Kommission drängt deshalb auf eine sparsame Anwendung von Artikel 346 AEUV und auch die meisten deutschen Unternehmen sind durchaus darauf erpicht, dass in Zukunft europaweit ausgeschrieben wird. Sie schätzen ihre Marktstellung – wohl zu Recht – so ein, dass sie zu den Profiteuren der hierdurch ausgelösten Fusions- und Übernahmewelle zählen dürfen. Misslich wird das Ganze aber in den Sektoren, in denen die deutschen Unternehmen nicht oder nur bedingt konkurrenzfähig sind, die aber aus macht- wie auch industriepolitischen Gründen am Leben gehalten werden sollen.

Das Strategiepapier versucht dieses Problem nun mit dem Ansatz zu lösen, das Ziel sei die „Europäisierung von Rüstungsvorhaben unter Wahrung nationaler Schlüsseltechnologien.“

### Protegierte Schlüsseltechnologien

Der wichtigste Part des Strategiepapiers betrifft den Bereich der Schlüsseltechnologien, die es zu „schützen“ gelte: „Die Verfügbarkeit der identifizierten sicherheits- und verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien ist aus wesentlichem nationalen Sicherheitsinteresse zu gewährleisten, abhängig von der Einordnung der Technologie gegebenenfalls auch im Rahmen von europäischen/transatlantischen Kooperationen und diesbezüglichen bi- und multilateralen Vereinbarungen.“

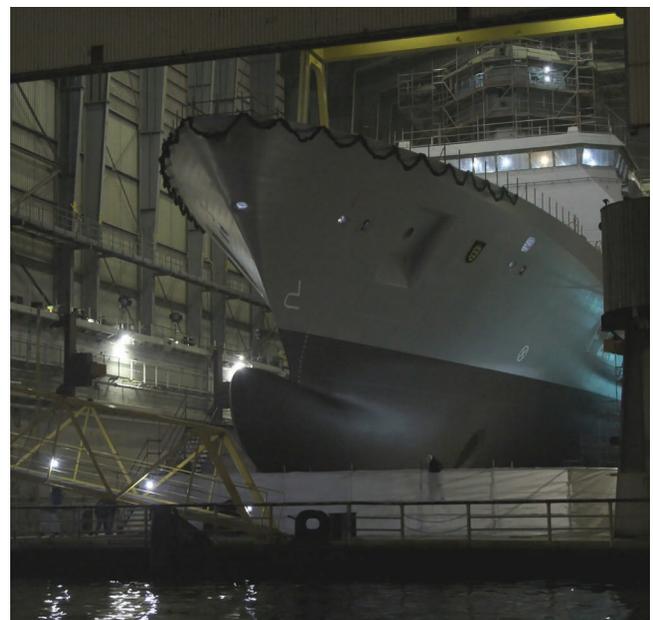
Das Papier führt drei Kategorien ein: Als „Global“ werden Technologien eingestuft, die keinerlei Beschränkungen unterliegen und problemlos im Ausland beschafft werden können. „Europäisch“ beinhaltet die „Sicherung der Technologie in Kooperation mit europäischen Partnern“, schließt also faktisch selbst manche NATO-Verbündete, insbesondere die USA aus. Sechs Bereiche fallen hierunter, wobei jeder über Segmente verfügt, die global und solche die europäisch zugeordnet werden. Genannt werden hier Hand-

feuerwaffen, Dreh- und Starrflügler (v.a. Drohnen und Kampfflugzeuge), ungeschützte Fahrzeuge, ABC-Abwehr, Flugkörper/Lenkverteidigung sowie IT-/Kommunikationssoftware (siehe Grafik).

Was „Nationale Schlüsseltechnologien“ anbelangt, wurde bereits 2015 eine erste Liste erstellt, die nun erweitert und mit der „zivilen“ Sicherheitsindustrie vermischt wurde – neu hinzugekommen sind die Elektronische Kampfführung (EloKa), der Überwasserschiffbau, die Künstliche Intelligenz sowie IT- und Kommunikationstechnologie, die sich zu folgenden Bereichen gesellen: Geschützte/Gepanzerte Fahrzeuge, Unterwasserplattformen, Schutz, Sensorik, Vernetzte Operationsführung/Krypto.

Im Papier unterbleibt eine genauere Definition dieser teils doch recht vagen Kategorien, bei der rüstungsnahen „Europäischen Sicherheit und Technik“ (ESUT) werden aber einige Projekte genannt, die sich hier einordnen: „Ein neues Mehrzweckkampfschiff würde also nicht mehr zwingend europäisch ausgeschrieben werden, da der Marineschiffbau eine nationale Schlüsseltechnologie darstellt. Dasselbe gilt für ein neues Battle Management System (Vernetzte Operationsführung), Kampfpanzer (Gepanzerte Fahrzeuge) oder das mittlere geschützte Sanitätsfahrzeug (Geschützte Fahrzeuge), die alle rein national zu vergeben wären. Zumindes, wenn die Aussagen des Strategiepapiers belastbar sein sollen.“

Für die rüstungsnahen ESUT ist hier der entscheidende „Lichtblick“, dass der bisherige Papiertiger Schlüsseltechnologien Zähne in Form einer Gesetzesänderung erhalten soll.



Fregatte F125 Baden-Württemberg im Dock von Blohm&Voss. Quelle: Dirtsc /Wikipedia.

## Gesetzlicher Rüstungsprotektionismus

Bereits im Oktober 2019 verabschiedete das Kabinett Änderungen zum „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (GWB) und zur „Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit“ (VSVgV). Die Änderungen passierten am 30. Januar den Bundestag und am 14. Februar 2020 den Bundesrat und ermöglichen es nun, rüstungsindustrielle Kernbereiche von der Pflicht einer europaweiten Ausschreibung nach Artikel 346 AEUV auszuklammern. Konkret heißt es im „Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit und zur Optimierung der Vergabestatistik“: „Dem § 107 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt: ‚Wesentliche Sicherheitsinteressen im Sinne des Artikels 346 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union können insbesondere berührt sein, ‚wenn der öffentliche Auftrag oder die Konzession verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologien betrifft.‘“

Im „Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ wird auch deutlich, dass über das Gesetz weitgehende Ausnahmeregelungen von den Verpflichtungen aus Artikel 346 AEUV eingeführt werden sollen: „Die vom europäischen und nationalen Gesetzgeber eingeräumten Spielräume in der Anwendung der Ausnahmenvorschrift des Artikels 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sollen genutzt werden, um die wesentlichen nationalen Sicherheitsinteressen, insbesondere den Erhalt nationaler Souveränität, zu wahren. Um dies im deutschen Vergaberecht zu konkretisieren, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der ‚sicherheits- und verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologien‘ als möglichen Fall der Betroffenheit wesentlicher Sicherheitsinteressen nach Artikel 346 AEUV im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausdrücklich benennt.“ Mit anderen Worten: Der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt soll überall dort über das Vehikel der Schlüsseltechnologien ausgesetzt werden, wo die Bundesregierung Sorge hat, dass deutsche Unternehmen ins Hintertreffen geraten könnten.

## Exportförderung und weitere Unterstützungsmassnahmen

Ein weiteres „Highlight“ des Strategiepapiers ist die systematische Vermischung von „zivilen Sicherheitstechnologien“ und „militärischen Verteidigungstechnologien“. Wie bereits erwähnt, schlägt sich dies allein schon darin nieder, dass die 2015 und 2016 jeweils getrennt veröffentlichten Strategiepapiere nun in einem Dokument zusammengefasst wurden.

Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Rüstungs-

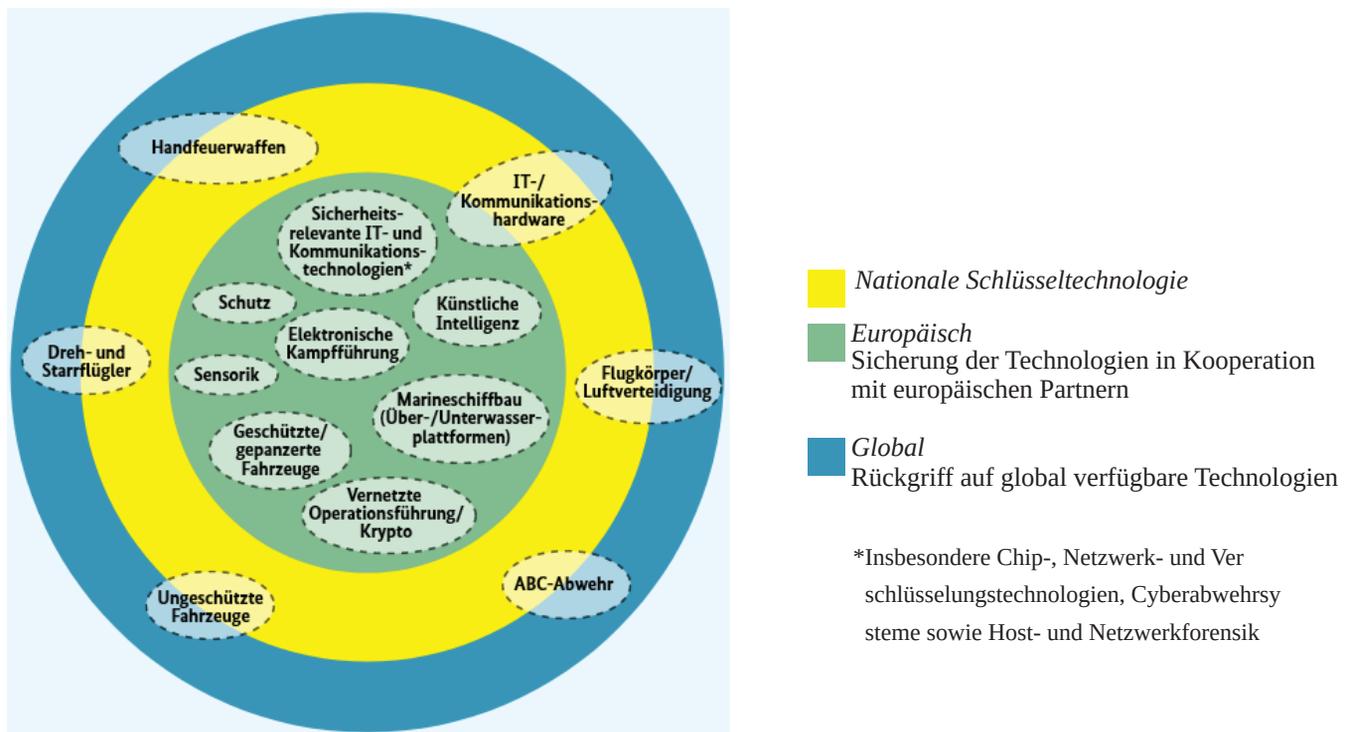
novationen durch die fortschreitende Digitalisierung in immer stärkerem Maße aus der zivilen (Sicherheits-) Industrie kommen und nutzbar gemacht werden sollen. Im Strategiepapier heißt es dazu: „Eine immer größere Bedeutung nimmt dabei im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung die Informationstechnologie ein, durch die zunehmend neue zivile Technologien im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zur Anwendung kommen. [...] Fortschritte in der Forschung und der Entwicklung neuer Technologien, wie z. B. in der Digitalisierung, im Bereich der Künstlichen Intelligenz, unbemannter Systeme, der Hyperschalltechnik, der Biotechnologien und der Cyberinstrumente, werden grundlegende Auswirkungen auf die sicherheits- und verteidigungsrelevanten Systeme der Zukunft haben.“

Aufgrund der Bedeutung des Sektors wird hier eine Art Topf zum „Schutz“ der „digitalen Souveränität“ aufgelegt: „Zur Erlangung einer digitalen Souveränität und Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen soll die Abhängigkeit von ausländischen Informationstechnologien reduziert werden. Soweit die Souveränität bei heute bereits identifizierbaren, aber erst zukünftig in der Masse relevanten und produktiv eingesetzten Technologien gesichert werden muss, muss es möglich sein, einem Ausverkauf bereits in frühen Stadien entgegenzuwirken. [...] Die Bundesregierung arbeitet an entsprechenden Ansätzen, dieses Ziel zu erreichen. Dazu soll insbesondere die Einrichtung eines IT-Sicherheitsfonds vorangetrieben werden, um aktiv unerwünschten Übernahmen begegnen zu können.“

Überhaupt kündigt das Strategiepapier allerhand Maßnahmen an, um die scheinbar darbenende Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und ihre Schlüsselindustrien zu fördern: „Zum Erhalt bzw. zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien wird die Bundesregierung diese vor allem bei den unten genannten Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation (V.1.), Produktion (V.2.), Beschaffung (V.3.), Exportunterstützung und -kontrolle (V.4.) sowie Investitionskontrolle (V.5.) besonders fördern und schützen.“

Besonders die Passagen zur Exportförderung lassen wenig an Klarheit vermissen. So werde auf EU-Ebene eine „Harmonisierung der exportkontrollpolitischen Entscheidungen im Bereich der Rüstungs- wie der Dual-Use-Güter innerhalb der EU angestrebt.“ Dabei lehnen die bisherigen Erfahrungen, dass hier mit „Harmonisierung“ stets die Angleichung der europaweiten Exportvorschriften auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gemeint ist. So soll es möglich sein, die – zumindest im Verhältnis – relativ strengen deutschen Vorschriften über den EU-Umweg zu schleifen.

In der Tat steht die Exportförderung ganz oben auf der Prioritätenliste – das Strategiepapier benennt das



Schlüsseltechnologien. Quelle: Grafik aus dem Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

dahinterstehende Kalkül in selten gelesener Deutlichkeit: „Exporte, insbesondere in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder, liegen im sicherheits- und verteidigungspolitischen Interesse Deutschlands. Sie tragen bei zu höheren Stückzahlen und damit ggf. geringeren Beschaffungs- und Nutzungskosten der zivilen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und der Bundeswehr. Zudem unterstützen sie das Ziel einer höheren Interoperabilität mit verbündeten Streitkräften und fördern Beschäftigung und Technologieentwicklung in Deutschland. Die Bundesregierung wird daher Exportaktivitäten in Deutschland ansässiger Unternehmen, insbesondere in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder, nach sorgfältiger Einzelfallprüfung über außenwirtschaftliche und sonstige Instrumente unterstützen.“

### Nationale Rechnung ohne den europäischen Wirt?

Rüstungsnaher Akteure sehen insbesondere in der Möglichkeit, europaweite Ausschreibungen vermeiden zu können, einen großen Fortschritt für die hiesige Industrie. Für interessierte Kreise scheint die Angelegenheit klar zu sein – es wird einfach überhaupt nicht mehr europaweit ausgeschrieben. So interpretiert beispielsweise der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, das Ganze: „Wenn das definiert wird [die Schlüsseltechnologien], heißt das auch automatisch, dass auf Ausschreibungen im großen Stil verzichtet werden kann“.

Allerdings hat die Kommission in den letzten Jahren mehr als deutlich gemacht, dass eine Umgehung von

Artikel 346 AEUV nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen darf. Sie hat sogar eine Reihe von Mahnungen an Mitgliedsstaaten verschickt, die ihrer Auffassung allzu schnell dabei waren, sich auf nationale Sicherheitsinteressen zu berufen, um die einheimische Industrie zu schützen. So könnte es sein, dass auch bei den Schlüsseltechnologien nur mit Einzelfallprüfungen und dabei auch relativ sparsam hantiert werden könnte, was wiederum auf Kritik bei Industrie und Gewerkschaften stoßen dürfte. Sollte sich die Bundesregierung aber dazu entscheiden, den Großteil ihrer Aufträge tatsächlich vom europäischen Rüstungsbinnenmarkt auszuschließen, dürfte die Frage spannend werden, wie sie denn ihre „Verbündeten“ in der EU davon überzeugen will, es ihr nicht gleich zu tun. Da der Schaffung eines EU-Rüstungsmarktes aber mindestens ebenso große Bedeutung wie dem Erhalt der Schlüsselindustrien zugemessen wird, steht die Bundesregierung vor einem Dilemma, das sie auch mit dem Strategiepapier nicht aufgelöst bekommt.

# Bundeswehr-Einsätze

## Eine (miserable) kursorische Bilanz

von Jens Wittneben

Die Bundesministerin für Verteidigung fordert ein stärkeres militärisches Engagement der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen.<sup>1</sup> Das ist vermutlich der eigentliche Grund für ihren unkoordinierten Vorschlag einer Schutzzone in Nord-Syrien, mit dem sie wahrscheinlich das Thema „mehr deutsche Auslandseinsätze“ auf die politische Agenda setzen wollte – als Kollateralschaden aber bei vielen internationalen Partnern der Bundesregierung Kopfschütteln ausgelöst hat. Den Kopf schütteln sollten alle Bundesbürger\*innen, wenn sie die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr Revue passieren lassen und dabei die darauf folgenden Entwicklungen in den Ländern dieser Auslandseinsätze bilanzieren.

### Prolog – etwas Persönliches vorab

Dieser Bilanz möchte ich den persönlichen Eindruck voranstellen, den ich aus Gesprächen mit zwei Kollegen in zivilen Unternehmen gewann, die zuvor in Afghanistan im Einsatz waren. Keiner von ihnen hat irgendwelche Erfolge geschildert oder die Wichtigkeit oder den Sinn des Einsatzes in Afghanistan betont.

Einer war Sanitäter und hat berichtet, als Teil einer Patrouille trotz Rot-Kreuz-Emblem unter Beschuss gekommen zu sein. Das hatte er sich offenbar vorher nicht vorstellen können und ist wohl auch der Grund, warum er nicht mehr bei der Bundeswehr ist. Der zweite Kollege war Hauptmann und erklärte, dass ihm sein wichtigstes Anliegen war, die ihm untergebenen Soldaten wohlbehalten durch den Einsatz zu bringen. Ob ihm das gelungen ist, ließ er offen.

Beiden Kollegen schien es angenehmer zu sein, über aktuelle Aufgaben in unseren Firmen zu sprechen. Sie sind jetzt in zivilen Unternehmen tätig und ich hoffe, dass sie dort Zufriedenheit finden und keine psychischen Schäden aus ihren Einsätzen zurückbleiben. Manche ihrer Kameraden sind vielleicht verletzt oder getötet worden, über solche Erlebnisse haben sie nicht

gesprochen und ich habe auch nicht danach gefragt, als Kollege im offiziellen beruflichen Umfeld.

Es tut mir leid um die Menschen, die bei der Bundeswehr oder anderen Truppen verletzt oder getötet wurden. Ich glaube, dass meine Kollegen und ehemaligen Bundeswehr-Soldaten sich aus gut gemeinten Gründen in den Militärdienst begeben und persönlich ihr Bestes gegeben haben. So habe ich sie als Kollegen und Menschen kennengelernt.

### Afghanistan

Nun zu meiner politischen Bilanz: Seit 2001 sind Truppen der NATO in Afghanistan im Einsatz gegen Taliban, den Islamischen Staat und Al-Kaida. Auch die Bundeswehr beteiligt sich seit 2002 an diesem Einsatz. Deutschland war 2013 mit 5.000 Soldat\*innen die drittgrößte Militärmacht in Afghanistan.<sup>2</sup> In der Folge gab es in Afghanistan eine schreckliche Entwicklung, die größte Zweifel am Sinn des Bundeswehr-Einsatzes dort auslösen muss: „Im Krieg gegen die islamistischen Taliban und die Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘ (IS) sind [2017] in Afghanistan das vierte Jahr in Folge mehr als 10.000 Zivilisten getötet oder verletzt worden. [...], wie aus einem [...] Jahresbericht der Vereinten Nationen hervorgeht. [...] Es] machten Frauen und Kinder 42 Prozent aller zivilen Opfer aus. [...]“<sup>3</sup>

Was würde die Verteidigungsministerin unternehmen, wenn in einem EU-Land jährlich hunderte Zivilisten zu Opfern von Terroristen und Paramilitärs würden? Ein solches Szenario gab es vor Jahrzehnten in Nordirland. Dieser Konflikt ist vor allem mit zivilen Mitteln eingedämmt worden – nicht mit einer Militärintervention der Bundeswehr oder einer anderen ausländischen Militärmacht.<sup>4</sup> Und das ist gut so – vor allem aber sollte man aus solchen gelungenen Friedensprozessen lernen und ihre zivilen Instrumente weiterentwickeln statt tumb mehr Soldaten in Kampfeinsätzen im Ausland zu fordern.

Um auf Afghanistan zurückzukommen: Natürlich sollte zu einer Bilanz eines Kriegseinsatzes auch gehören, die Zusammenarbeit mit Verbündeten zu überprüfen – vor allem die mit den USA, deren Logistik das Rückgrat für die Intervention im weit entfernten Afghanistan ist. Die freie US-amerikanische Presse hat jüngst den Zugang zu regierungsinternen Berichten erstritten und aus den sogenannten „Pentagon Papers“ höchst Kritisches berichtet: „Sie machten rosige Versprechungen, von denen sie wussten, dass sie nicht wahr sind“, fasst die ‚Washington Post‘ die Desinformation durch hohe Vertreter des Militärs und der Regierungen von George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump zusammen.“<sup>5</sup> Will die Bundesregierung ernsthaft mit einem Verbündeten weiter zusammenarbeiten, der die eigene Wähler\*innenschaft systematisch hinters Licht führt?!

Dass die Bundesregierung und die US-Administration viele Jahre lang zehntausende getötete afghanische Zivilisten in Kauf genommen haben, gibt Anlass zu der Frage, wozu die NATO-Soldaten auch nach dem Ende der internationalen Mission ISAF in Afghanistan geblieben sind. 2013 plante die NATO für den Auslandseinsatz ab 2014 8.000 bis 12.000 Soldaten ein.<sup>6</sup>

Ein Blick in den Weltatlas legt nahe, dass es nicht darum ging, die Freiheit der Bundesrepublik am Hindukusch zu verteidigen, wie ein früherer bundesrepublikanischer Verteidigungsminister fabulierte. Denn Afghanistan grenzt an Iran, an ehemalige sowjetrussische Republiken sowie Pakistan und vor allem China mit seinen tibetischen und uigurischen Landesteilen, in denen Menschen der Zentralregierung in Peking kritisch gegenüberstehen. Außerdem ist Afghanistan nach geostrategischen Maßstäben nicht weit entfernt von Indien. Deshalb liegt die Frage auf der Hand, ob die US-Regierung die NATO-Truppen in Afghanistan belassen will, um in einem weiteren Land dauerhaft geostrategische Militärstützpunkte einzurichten, so wie die US-Militärbasen in Südkorea, Irak, Deutschland u.a.m. Die deutschen Bürger\*innen müssen sich also fragen, ob Bundeswehr-Soldat\*innen in Afghanistan schlicht als Landsknechte für geostrategische Operationen des Pentagon in Washington D.C. gestorben sind und wenn ja, ob es akzeptabel ist, dass die Bundesregierung und der Bundestag dazu Beihilfe geleistet haben – unter Inkaufnahme von hunderttausenden Toten in Afghanistan seit 2001. Es ist folgerichtig, wenn für Bundesbürger\*innen die Bilanz des Auslandseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan negativ ausfällt.

In Berlin stößt man stattdessen rationale und kritische Wähler\*innen vor den Kopf: „Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dafür ausgesprochen, das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr erneut zu verlängern.“ Sie spricht dabei von Fort-

schritten - nennt aber keine konkreten Erfolge! Die Frankfurter Rundschau schreibt aus diesem Anlass zur Situation in Afghanistan: „Zur Unsicherheit des Landes tragen [...] die Terrorgruppen Al-Kaida und Islamischer Staat, Korruption, Armut und eine hohe Arbeitslosenrate bei. Zudem ist das Land weiter ein großer Drogenproduzent. Die Zahl der zivilen Terroropfer ist nach wie vor sehr hoch: Im vergangenen Jahr [gemeint ist 2018] starben 7379 Menschen durch Terrorismus, knapp 60 Prozent mehr als 2017.“<sup>7</sup>

## Syrien

Auch die Bilanz der deutschen Intervention in Syrien fällt negativ aus. Nach 2011 brach in Syrien ein Bürgerkrieg aus, den der salafistische Islamische Staat (IS) nutzte, um Teile des Landes unter seine Kontrolle zu bringen. Die USA, Deutschland und andere „westliche“ Staaten entsandten Truppen in die Region oder führten Angriffe von See oder aus der Luft aus. Die Bundesregierung unterstützt seit Januar 2016 verbündete Regierungen bei dieser Militärintervention in Syrien mit Aufklärungsdaten von Tornado-Jets der Bundeswehr (so wie schon beim völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien). Wiederum leidet die Zivilbevölkerung des betroffenen Landes: „Bei Angriffen der von den USA angeführten Koalition gegen die frühere Hauptstadt des IS in Syrien sind nach Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen [2019] rund 1600 Zivilisten getötet worden. [...] Zusammen mit der Londoner NGO Airwars untersuchte [amnesty international] AI die zivilen Opfer bei der Offensive auf die syrische Stadt Al-Rakka.“<sup>8</sup> Möglicherweise haben die Tornado-Jets der Bundesregierung bei den Angriffen auf Rakka durch ihre Aufklärungs-Daten Schützenhilfe geleistet und die Bundesregierung wäre damit mitverantwortlich für die getöteten Zivilist\*innen.

Russland entsandte sein Militär zur Unterstützung der syrischen Regierung. Außer Russland mischten sich auch Iran und die Türkei in den syrischen Bürgerkrieg ein – mit gegensätzlichen Interessen. Aus friedenspolitischer Sicht konnte aus den multiplen nationalen Interventionen aus gegensätzlichen Interessen natürlich keine nachhaltige Deeskalation folgen: Trotz der international kontrollierten Vernichtung syrischer Chemiewaffen kam es danach zu Angriffen mit chemischen Waffen in Syrien, unter anderem 2018. Die Bundesregierung unterstützte die Türkei wegen eines angeblich möglichen Angriffs aus Syrien mit Luftabwehrraketen der Bundeswehr und lieferte wie schon lange Jahre zuvor Waffen in die Türkei. In der Folge kam es statt zu einer friedlichen Entwicklung 2018 zum Angriff der Türkei auf Syrien.<sup>9</sup> Dieser Angriffskrieg der von der Bundesregierung unterstütz-

ten Regierung Erdogan bevorteilte schon 2018 radikale Militante in Syrien: „Die Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘ (IS) kann sich in Syrien erholen, weil sie indirekt türkische Hilfe bekommt. Die US-Regierung hat [...] offiziell eingeräumt, dass der Feldzug der Türkei gegen die nordsyrische Kurdenenklave Afrin die von Washington geführte Anti-IS-Koalition in Syrien zu einer ‚operativen Pause‘ im Kampf gegen die Dschihadisten zwingt.“<sup>10</sup>

Durch den syrischen Bürgerkrieg, der nun schon länger andauert als der Zweite Weltkrieg, sind zehntausende Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht. Offenbar stranden sie an den geschlossenen Grenzen der Türkei und Israels.<sup>11 12</sup> „Der Bürgerkrieg in Syrien, [...] hat ] (Stand 3/2017) nach Schätzung der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mehr als 465.000 Todesopfer gefordert [...]“. <sup>13</sup> Die Kämpfer des Islamischen Staats auf syrischem Territorium sind auch heute noch eine Gefahr: „2007 war auch die Vorgängerorganisation des IS voreilig für besiegt erklärt worden. Damals gingen einige hundert Dschihadisten in den Untergrund, wenig später brachten sie den IS hervor. Gegenwärtig sollen im Untergrund mehr als 20.000 IS-Kämpfer auf eine Gelegenheit zur Rückkehr warten.“<sup>14</sup>

Warum die Bundesregierung nach dieser negativen Bilanz jahrelanger Kampfeinsätze ausländischer Mächte – auch unter Beteiligung von Bundeswehr-Jets - in Syrien nun noch mehr robuste Auslandseinsätze der Bundeswehr ansteuert, sollte die Friedensbewegung kommentieren. Hier sei schon einmal kritisch angemerkt, dass die Verteidigungsministerin bei ihrem Vorschlag einer militärisch gestützten Schutzzone nicht erklärt hat, wie sie den (siehe oben) menschenverach-



„Hoffnungsmauer“ im kongolesischen Beni, Nord-Kivu, im Jahr 2014. Quelle: MONUSCO/Abel Kavanagh

tenden militärischen Auslandseinsätzen von Russland, der Türkei und der USA in Syrien etwas Friedensstiftendes entgegensetzen will. Deeskalationszonen hatten schon Russland, Iran und die Türkei vereinbart - mit den oben geschilderten (Misser-)Folgen.<sup>15</sup>

## Kongo

Selbst militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, die ‚nur‘ dem Schutz von Wahlen dienen, haben langfristig höchst zweifelhafte Folgen, so wie im Kongo. „Am 30. Juli 2006 fanden die Wahlen für das Präsidentenamt und das Parlament statt. Es war die erste freie Wahl im [jahrelang kriegsgeschüttelten] Kongo seit 1965. [...] Der Wahlkampf war von Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Hetzkampagnen der Presse überschattet. [...] Zur Absicherung der Wahl entsandte die EU zusätzlich zur UN-Mission MONUC eine eigene Militärmission, die EUFOR RD Congo.“<sup>16</sup>

„Die Wahl wurde von 17.600 UNO-Soldaten der MONUC-Mission, 2.000 Soldaten der EUFOR RD Congo, darunter auch 780 deutsche Bundeswehr-Soldat\*innen und drei österreichische Offiziere, sowie 80.000 kongolesischen Sicherheitstruppen überwacht. In den Wochen vor der Wahl war es wiederholt zu Ausschreitungen gekommen.“<sup>17</sup>

Nachhaltige Deeskalation – geschweige denn Friedensprozesse – haben diese Militäreinsätze nicht erreicht: Zwischen August 2007 und Januar 2009 eskalierte der Konflikt: „Im dritten Kongokrieg kämpften in Nordkivu die kongolesischen Streitkräfte, UN-Truppen der MONUC und Mai-Mai-Milizen gegen die Rebellen des Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes (CNDP) [...]“. <sup>17</sup> „Vergewaltigung war und ist in der Demokratischen Republik Kongo eine Kriegswaffe. In den Jahren 2006 bis 2009 wurden allein von dem Hilfswerk ‚Heal Africa‘ 12.000 vergewaltigte Frauen betreut. Die Organisation geht von der zehnfachen Zahl an Vergewaltigungen aus. [...] Sicherheitskräfte der Regierung und bewaffnete Gruppen überfielen und entführten [2008] Menschenrechtsverteidiger, schüchterten sie ein und bedrohten sie mit Mord. In Nord-Kivu mussten viele, die sich für die Menschenrechte einsetzten, untertauchen oder fliehen.“<sup>16</sup>

## Ausblick – Afrika

Die Bundesregierung strebt ab 2020 Kampfeinsätze der Bundeswehr in Afrika an, vermutlich in Kooperation mit französischen Kämpfern. (Sogar der Wehrbeauftragte des Bundestages assistiert der Bundesregierung, obwohl er zuerst für das Wohl der Soldat\*innen zuständig ist und nicht für die Direktion der Außenpolitik.)<sup>18</sup> Wie Berlin erneute Opfer

und undemokratische Entwicklungen dabei vermeiden will, bleibt offen. Aus friedenspolitischer Sicht ist allerdings klar, dass die Regierung ihren Bürger\*innen höchstwahrscheinlich aufbürdet, für die internationale „Verantwortung“ Deutschlands und deren Opfer Steuern zu zahlen, Bürger\*innen als Soldaten einzusetzen und zu beerdigen und die inhumanen und undemokratischen Folgen in den Einsatzgebieten zu akzeptieren oder zu verdrängen. Manche bundesrepublikanische Politiker\*innen reden jetzt auch offener von „Interessen“ Deutschlands. Mit Ekkehart Krippendorff kann man vermuten, dass das Kabinett vor allem sein eigenes Interesse verfolgt, wie etwa das, bei Treffen von UN und EU oder der G8 und G20 als mächtige, militärisch potente Repräsentant\*innen der Regierung in Berlin aufzutreten. (Vgl. 19) Die Friedensbewegung hat die Aufgabe, weiter gegen diese unvernünftige und von Misserfolgen gekennzeichnete militaristische Entwicklung zu arbeiten und weitaus mehr Erfolg versprechende zivile Konfliktbearbeitung zu initiieren.

#### Anmerkungen

- 1 Ministerin will mehr Bundeswehreinsätze. Kramp-Karrenbauer: Deutschland sollte mit EU-Partnern mehr Verantwortung zeigen. Frankfurter Rundschau 08.11.2019.
- 2 Hunderte Bundeswehr-Soldaten sollen in Afghanistan bleiben, Süddeutsche Zeitung, 18.04.2013.
- 3 UN zählen 2017 mehr als 10 000 zivile Opfer in Afghanistan, Frankfurter Rundschau, 16.02.2018.
- 4 Angela Mickley und Frieder Schöbel (2016) „Die Beendigung des Bürgerkriegs in Nord-Irland“ <http://www.crisis-prevention.info/die-beendigung-des-buergerkriegs-in-nord-irland/>.

- 5 Das Lügenmärchen vom Hindukusch, Frankfurter Rundschau 10.12.2019.
- 6 Hunderte Bundeswehr-Soldaten sollen in Afghanistan bleiben, Süddeutsche Zeitung, 18.03.2013.
- 7 Kramp-Karrenbauer wirbt für Einsatz am Kundus, Frankfurter Rundschau 03.12.2019.
- 8 AI: US-geführte Angriffe in Rakka töteten 1600 Zivilisten, Frankfurter Rundschau 26.04.2019.
- 9 Türkei beschießt syrische Truppen, Frankfurter Rundschau 21.02.2018.
- 10 IS-Miliz profitiert vom türkischen Angriff auf Afrin, Frankfurter Rundschau 08.03.2018.
- 11 Die nächste syrische Katastrophe, Frankfurter Rundschau 30.06.2018.
- 12 Moskau verliert Geduld mit Ankara, Frankfurter Rundschau 24.08.2019.
- 13 <https://de.wikipedia.org/wiki/Syrien>.
- 14 Sieg über Terrormiliz : Warum der IS weiter gefährlich bleibt, Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.03.2019.
- 15 Vom Krieg gebeuteltes Land: Putin, Erdogan und Rohani schmieden Syrien-Allianz, Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.11.2017.
- 16 [https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratische\\_Republik\\_Kongo#Kongokriege](https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratische_Republik_Kongo#Kongokriege).
- 17 [https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlen\\_in\\_der\\_Demokratischen\\_Republik\\_Kongo\\_2006](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlen_in_der_Demokratischen_Republik_Kongo_2006)
- 18 Wehrbeauftragter: Kein „Weiter so“ in der Sahelzone, Frankfurter Rundschau 31.12.2019
- 19 Vgl. Krippendorff, Ekkehart (1985) Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt / Main: Suhrkamp

Bei ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz lieferte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einmal mehr Anschauungsmaterial für die Scheinheiligkeit des von ihr vielbeschworenen „Westens“, den es gegen allerlei Bedrohungen militärisch zu verteidigen gelte: „Die Gegner der Idee des Westens schaffen neue Verhältnisse, brutal und rücksichtslos.“ Einen Abriss, was diesen Westen ihrer Auffassung nach auszeichne, blieb die Verteidigungsministerin ebenfalls nicht schuldig: „Die Idee der freiheitlichen Gesellschaft, der Menschenrechte, des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung. Die Idee einer partnerschaftlichen internationalen Ordnung, die der Freiheit zugetan ist – auf dem Boden des Völkerrechts.“

Danach benannte sie eine Reihe von Bereichen und Regionen, wo der Westen zur „Verteidigung“ dieser „Ideen“ aktiver werden müsse und die auch in dieser Ausdruck-Ausgabe eine Rolle spielen. Als „Schlüsselregionen“ nannte sie die „Sahelzone“ sowie die „Straße von Hormuz“ (siehe die Beiträge von Chri-

stopf Marischka und Jürgen Wagner). Als Paradebeispiele für die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit nannte sie außerdem ausgerechnet die geplanten gemeinsamen Rüstungsprojekte Kampfflugzeug („Future Combat Air System“) und Kampfpanzer („Main Ground Combat System“), die prädestiniert seien, um „Europas Handlungsfähigkeit und Tatkraft zu steigern“ (siehe den Beitrag von Tobias Pflüger).

Und schließlich müsse der Westen „weit über das Militärische hinausgehen“, nämlich in Richtung von „Feldern der Künstlichen Intelligenz und des Quantencomputing“. Auch hier sind wir uns zwar mit der Ansicht der Verteidigungsministerin einig, dass es sich dabei um Bereiche handelt, die dringend der Aufmerksamkeit bedürfen, wie der Schwerpunkt dieser Ausgabe zeigt. Gänzlich unterschiedlich fällt selbstredend die Bewertung des scheinbar selbstlosen Westens aus, wie sämtliche Beiträge dieser Ausgabe zeigen.

# Mali

## Für einen Ausstieg aus dem Terror der Aufrüstung

von Christoph Marischka

Frankreich und seine Verbündeten geraten in Mali immer mehr in die Defensive – sowohl militärisch, als auch was ihre Wahrnehmung in der Zivilbevölkerung angeht. Nachdem es im Januar 2020 auch aus der säkularen, frankophonen Bevölkerung im Süden heraus Massenproteste gegen die internationale Militärpräsenz und die gestiegene Unsicherheit gab, lud der französische Präsident Macron die Regierungschefs der Region nach Frankreich ein und forderte ein Bekenntnis zur französischen Intervention. Derweil findet in Deutschland eine seltsam janusköpfige Debatte statt. Während einerseits die katastrophale Bilanz des bisherigen „Engagements“ in Mali zunehmend thematisiert werden, diskutiert man zugleich über eine verstärkte „Lastenteilung“, also ein (noch) umfangreicheres und robusteres Mandat der Bundeswehr in Mali. Die Bundesregierung erwägt offenbar, insbesondere den Einsatz von Spezialkräften auszuweiten und dabei noch enger mit Frankreich zusammenzuarbeiten.

### Die Bundeswehr in Mali

Seit 2013 ist die Bundeswehr offiziell in Mali im Einsatz. Bereits Jahre zuvor war sie mit Beratergruppen vor Ort und nahm dort gelegentlich an US-geführten Manövern teil, welche die Bekämpfung des Terrorismus zum Gegenstand hatten – obwohl dieser zumindest bis 2012 in der Region keine nennenswerte Rolle gespielt hatte.<sup>1</sup> Katalysator für die umfangreichere Stationierung deutscher Truppen in Westafrika war dann der Vormarsch secessionistischer Gruppen im Norden Malis infolge des Libyenkrieges sowie ein darauf folgender Putsch in der Hauptstadt, woraufhin der Norden seine Unabhängigkeit ausrief und sich dort islamistische Kräfte breit machten. Ein angeblicher Vorstoß dieser Kräfte Richtung Süden bot dann den Anlass für eine (offenbar gut vorbereitete) massive französische Intervention im Januar 2013. Deutschland unterstützte die Intervention u.a. von Senegal aus mit

der Luftwaffe und brachte große Mengen an Soldaten aus anderen afrikanischen Staaten in die Region, die einerseits an der Seite Frankreichs den „Terror“ bekämpfen sollten und andererseits eine Peacekeeping-Mission der Afrikanischen Union (AFISMA) bildeten, die Mitte 2013 in die UN-Mission MINUSMA überführt wurde. Außerdem beteiligte sich die Bundeswehr von Anfang an an der bereits Ende 2012 beschlossenen Ausbildungsmission der EU (EUTM Mali), mit der die malische Armee auf die Rückeroberung bzw. „Stabilisierung“ des Nordens vorbereitet werden sollte. Bereits seit Mitte 2013 ist die Bundeswehr auch an der MINUSMA beteiligt, zunächst v.a. in den Stäben und bei der Logistik. Im Januar 2016 jedoch erweiterte sich dieser Einsatz erheblich. Das Kontingent wurde auf 650 Kräfte erhöht, von denen die meisten in einem ab jetzt von Deutschland geführten Feldlager (Camp Castor) bei Gao im Norden des Landes stationiert wurden. Damit kam von deutscher Seite auch zunehmend schweres Kriegsgerät zum Einsatz: gepanzerte Fahrzeuge und Schützenpanzer, Drohnen vom Typ Luna und seit 2017 auch Drohnen vom Typ Heron I, welche die Bundeswehr zuvor nur in Afghanistan genutzt hatte.<sup>2</sup> Im Rahmen des MINUSMA-Mandates hat die Bundeswehr zudem einen Luftwaffenstützpunkt im benachbarten Niger eingerichtet, offenbar sind deutsche Spezialkräfte bereits seit Jahren von Mali aus auch in den Nachbarstaaten aktiv.

Auch ansonsten stand der Mali-Einsatz von Anfang an unter dem Zeichen beständiger Ausdehnung. Die EU ergänzte ihre militärische Ausbildungsmission EUTM durch „zivile“ Ausbildungsmissionen in Mali und Niger – in deren Rahmen Polizei-, Gendarmerie- und Grenzschutz-Einheiten aufgebaut werden. Frankreich dehnte seine angeblich spontane Militärintervention mit dem Ziel der Bekämpfung des Terrorismus von Mali auf Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad aus. Diese fortan als G5-Sahel zusammengefassten Staaten wurden daraufhin v.a. von

Deutschland, Frankreich und der EU „ermuntert“, eine eigene gemeinsame Interventionstruppe, die „Force Conjointe du G5 Sahel“ aufzustellen, zu deren Ausbildung und Unterstützung wiederum die Mandate der EUTM und der MINUSMA räumlich wie inhaltlich erweitert wurden. Welche Ordnung aber innerhalb Malis und zwischen den Ländern der Region etabliert werden soll, wie die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen, zwischen Zentren und Peripherie gelöst werden sollten, darüber existieren unter den intervenierenden Staaten nur sehr vage und offenbar auch widersprüchliche Vorstellungen – jenseits der Migrationsbekämpfung, der grenzüberschreitenden Militarisierung und der „Bekämpfung des Terrorismus“. Diese jedoch prägt mittlerweile in erschreckender Klarheit die Situation in der Region.

### **Eskalation mit Ansage**

Institutionen wie die International Crisis Group<sup>3</sup> und die Oxford Research Group<sup>4</sup> hatten die negativen Folgen einer weiteren Militarisierung der Region früh antizipiert. Sie verwiesen etwa darauf, dass die intervenierenden Staaten vor Ort auf die Zusammenarbeit mit wenig demokratischen Regimen und Streitkräften angewiesen wären, die eigene Interessen verfolgen. Da sie fortan als Partner der intervenierenden Staaten ihre Legitimation primär auf deren Anerkennung stützen könnten, wären sie noch weniger darauf angewiesen, innerhalb der Bevölkerung und über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg Zustimmung zu generieren und Lösungen für die existierenden Probleme anzubieten. Im Gegenteil ermögliche ihnen die Chiffre der Bekämpfung des Terrorismus, noch repressiver gegen die Opposition vorzugehen und legitime politische Forderungen zugunsten der weiteren, international forcierten Aufrüstung hinten anzustellen. Dies könne zu einer weiteren Entfremdung der jeweiligen Bevölkerung und einzelner Bevölkerungsgruppen führen und damit Zulauf für radikale, terroristische und islamistische Gruppen generieren.

Es gab auch bereits früh Anzeichen, dass die internationale Truppenpräsenz einerseits und die in sie gesetzten Erwartungen andererseits ethnische Spannungen hervorrufen und eskalieren könnten. 2012, also noch vor dem französischen Eingreifen, hatte die International Crisis Group (ICG) unter dem Titel „eine Eskalation vermeiden“ davor gewarnt, das „große Risiko zu unterschätzen, dass eine externe militärische Intervention dazu führt, dass die Stämme offene Rechnungen begleichen“ (the high risk of intertribal settling of scores that would result from external military intervention). „Eine solche Intervention“ würde Mali „in eine neue Front im ‚Krieg gegen den

Terror‘ verwandeln“, die lange gehegten politischen Forderungen aus dem Norden untergraben und „jede Chance auf eine friedliche Koexistenz zwischen den Gemeinschaften ausschließen“. Bereits in den ersten Tagen der französischen Intervention machten zumindest Gerüchte die Runde, dass die malische Armee im Zuge des französischen Vormarsches regelrechte Massaker an Bevölkerungsgruppen verübt hätte, die pauschal der Sympathie für die Islamisten verdächtigt wurden. In mehreren Berichten dokumentierte Human Rights Watch in den Jahren 2016 und 2017, wie einerseits islamistische Gruppen gezielt ethnisch definierte Minderheiten angriffen, andererseits aber auch die malischen Sicherheitskräfte und ihre Verbündeten bei der „Bekämpfung des Terrorismus“ willkürlich Angehörige von Minderheiten festnahmen, folterten und exekutierten.<sup>5</sup> Anstatt wie von vielen Menschen insbesondere im Süden erhofft, schnell und endgültig Ruhe in die Provinzen zu bringen, machte sich im Zuge der Intervention dort immer mehr Unsicherheit breit. Die allgemeine Militarisierung und die rapide zunehmende Unsicherheit führten dazu, dass sich Bevölkerungsgruppen auch im kleineren Maßstab bewaffneten, um sich zu verteidigen – oder Vergeltung üben zu können. In einem größeren Maßstab bildeten sich ethnisch definierte bewaffnete Organisationen, um ihre Interessen bei der nun offenbar militärisch ausgehandelten neuen staatlichen Ordnung durchsetzen zu können. Das im Zuge der Intervention eilig ausgehandelte „Friedensabkommen“, das seither als wesentliche Legitimationsgrundlage der internationalen Truppenpräsenz dient, beschleunigte diesen Prozess, wie Charlotte Wiedemann in den Blättern für deutsche und internationale Politik anschaulich beschreibt: „[Es] lohnt sich seither, bewaffnet zu sein. Denn nur Bewaffneten steht in Aussicht, nach einem Entwaffnungsprozess einen Job bei den Sicherheitskräften zu bekommen. Zivilisten, allen voran Frauen, haben hingegen nichts einzufordern. Auch die Zahl der Milizen vergrößert sich seither ständig. Um vom Friedensprozess profitieren zu können, müssen sie sich einer der beiden im Vertrag fixierten Koalitionen anschließen ... Ihr Status verschafft den [am Vertrag beteiligten] Gruppen ... obendrein quasi Straflosigkeit für gewöhnliche Vergehen ... Weil die Mechanismen des Friedensprozesses den bewaffneten Gruppen Vorteile bringen, haben sie ein Interesse daran, ihn aufrecht zu erhalten – nicht aber daran, ihn zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen“.<sup>6</sup> Eine Anfang 2018 von der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte Studie fasste die Situation in Mali bereits im Titel bündig zusammen: „Viel Militär, weniger Sicherheit“.<sup>7</sup>

Die Lage hat sich im Zuge der Intervention v.a. im Zentrum Malis und dort v.a. in den Grenzgebieten zu Niger und Burkina Faso deutlich verschlechtert (was

auch der Grund ist, weshalb die Bundeswehr ihren Nachschub nun nicht mehr primär aus Bamako, sondern aus Niamey im benachbarten Niger bezieht). Gerade in den Grenzgebieten häuften sich bald Übergriffe durch bewaffnete Gruppen auf Siedlungen, bei denen Männer summarisch hingerichtet, Frauen entführt und vergewaltigt und tw. in großem Maßstab Vieh gestohlen wurde. Oft gab es daraufhin Vergeltungsangriffe, was die Konflikte weiter anheizte und eskalierte. 2018 seien bei etwa 100 solchen Vorfällen in Mali mindestens 300 Menschen getötet worden, so Human Rights Watch in seinem World Report 2019.<sup>8</sup> Im darauf folgenden Jahr stieg deren Zahl nochmal massiv an: Allein am 23. März 2019 wurden mindestens 157 Angehörige der Peul bei Angriffen durch Angehörige der Dogon mit Macheten und Schusswaffen getötet, ganze Siedlungen wurden niedergebrannt. Die Angreifer bezeichneten dies angeblich als Vergeltung für einen vorangegangenen Angriff auf die malische Armee; eine djihadistische Gruppe griff mit Bezug auf das Massaker wiederum die malische Armee an und tötete dabei nach offiziellen Angaben elf, nach eigenen Angaben 16 Soldaten. Es gibt also eine offensichtliche Strategie, Hass zu schüren und Ethnizität politisch aufzuladen. Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschrieb dies gegenüber dem Deutschlandfunk etwa folgendermaßen: „In Reaktion auf dschihadistische Gruppen, die anfangs sehr klein waren, haben Politiker und Geschäftsleute Milizen mobilisiert. Der Staat, der überfordert ist, billigt die Mobilisierung dieser Milizen oder unterstützt sie sogar, und nach und nach setzen diese Milizen dann die Jihadisten mit bestimmten ethnischen Gruppen gleich, insbesondere mit den Peul, nicht zuletzt, um sich so das Land und die Ressourcen der Gemeinschaften anzueignen, die dieser ethnischen Gruppe angehören. Und im Gegenzug schließen sich dann Angehörige dieser Gruppe den Jihadisten an, um sich zu schützen und an Waffen zu kommen und greifen Gemeinschaften der ethnischen Gruppen an, aus denen sich die Milizen rekrutieren“.<sup>9</sup> Dies sei „die Eigendynamik der Gewalt“, wobei nicht vergessen werden sollte, wer diese Eigendynamik trotz Warnungen im Vorfeld in Gang gesetzt hat.

### Krieg in Mali

Während die Hauptlast des Konfliktes natürlich die Zivilbevölkerung trägt, werden auch die Angehörigen v.a. der beteiligten afrikanischen Streitkräfte in großer Zahl getötet und verletzt. Der Blutzoll der malischen Armee ist nicht seriös erfasst, liegt aber sicherlich im vierstelligen Bereich. Die UN gibt die Zahl der gefallenen MINUSMA-Angehörigen bis Ende 2019 mit 206 an, davon sollen alleine 64 aus dem Tschad stammen,

je 22 aus Burkina Faso und Guinea und je 17 aus dem Niger und Togo. Auch die europäischen Streitkräfte innerhalb der MINUSMA haben demnach schon nennenswerte Verluste erfahren, darunter fünf Angehörige der niederländischen und je zwei der deutschen und französischen Streitkräfte. Diese Zahlen bilden jedoch die Realität in Mali kaum ab. Nicht enthalten sind einerseits die knapp 100 Kräfte afrikanischer Länder, die im Rahmen der AFISMA gefallen sind, sog. „Contractors“ (private Dienstleister der MINUSMA), die Angehörigen verdeckt operierender westlicher Spezialeinheiten oder etwa der französischen Armee, die unter nationalem Mandat im Einsatz sind bzw. waren. Ein klareres Bild, was die Sicherheitslage der malischen und internationalen Truppen angeht, bieten hingegen die vierteljährlichen Berichte des UN-Generalsekretärs zur Lage in Mali. So heißt es beispielsweise im Bericht vom Juni 2017: „Gewalttätige Extremisten und terroristische Elemente haben seit Juni 2016 105 Angriffe gegen die malischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte, 76 gegen die MINUSMA und 20 gegen die französischen Streitkräfte durchgeführt... Insgesamt wurden bei Angriffen 131 Angehörige der malischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte getötet und 176 verletzt... Acht Peacekeeper wurden getötet und 64 verletzt, im vorangegangenen Mandatszeitraum wurden 28 getötet und 89 verletzt. Zwei französische Soldaten wurden getötet und elf verletzt, während im vorangegangenen Zeitraum drei französische Soldaten getötet und 16 verletzt wurden“.<sup>10</sup> Der Bericht des UN-Generalsekretärs vom 31. Mai 2019 zählt allein für die drei vorangegangenen Monate 35 Angriffe auf malische Kräfte, bei denen 51 von ihnen verletzt und 67 getötet wurden – 26 von ihnen bei einem Vorfall am 17. März, elf weitere am 21. April in jener Region, die einst als weitgehend sicher galt und wo deshalb das Hauptquartier der EU-Trainingsmission stationiert ist. Im selben Zeitraum wurden bei elf Angriffen vier Peacekeeper getötet und zwölf verletzt, in den drei vorangegangenen Monaten waren 17 von ihnen umgekommen und 40 verletzt worden. Die bewaffneten Gruppen, die sich dem Friedensabkommen angeschlossen haben, hatten zwischen März und Mai 2019 43 Opfer und 17 Verletzte zu beklagen.<sup>11</sup> Im letzten Quartal 2019 starben 193 Angehörige der malischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte und 126 wurden verletzt. Bei 68 Angriffen gegen die MINUSMA fielen im gleichen Zeitraum acht Peacekeeper und acht private Dienstleister\*innen der UN-Mission. Am 2. November starb ein französischer Soldat durch eine Sprengfalle und am 13. November 13 weitere beim Zusammenstoß zweier Hubschrauber am Rande eines Gefechts. Für diese drei Monate nennt der Bericht des UN-Generalsekretärs 269 Vorfälle, bei denen 200 Zivilist\*innen getötet, 96 verletzt und 90 verschleppt wurden.<sup>12</sup>



European Training Mission Mali-Einsatz. Quelle: Bundeswehr/Andrea Bienert.

Im Deutschlandfunk begründet der Sprecher der französischen Militärmission die wachsende Zahl der Angriffe auf die malischen und die internationalen Truppen so: „Wir Militärs stellen fest, dass die Anschläge zunehmen, je präsenter wir sind. Die Operation Serval hatte die Situation 2012 zwar ohne Zweifel stabilisiert, aber seitdem haben sich die bewaffneten Terrorgruppen neu organisiert. Sie operieren jetzt ganz anders als früher. Sie wissen genau wie wir kämpfen, kennen unsere militärische Stärke. Deshalb greifen sie uns jetzt nicht mehr frontal an“.<sup>13</sup> Tatsächlich sind mittlerweile Sprengfallen, wie sie v.a. aus Afghanistan und aus anderen sog. asymmetrischen Konflikten bekannt sind, ein wachsendes Problem – auch im Zentrum und Süden des Landes. Zwischen März und Mai 2019 etwa wurden 49 entsprechende Vorfälle registriert. Am 1. Januar 2019 fuhr ein belgischer Schützenpanzer vom Typ Dingo (Hersteller: Krauss-Maffei Wegmann) auf eine Sprengfalle und wurde dabei vollständig zerstört. Aufgrund der Panzerung wurden nur zwei der Insassen verletzt. Bei den leichter gepanzerten Fahrzeugen der verbündeten afrikanischen Streitkräfte – die nun nachgerüstet werden sollen – gehen solche Vorfälle öfter tödlich aus.

Dennoch trägt der Eindruck, dass die Gegner Frankreichs und der MINUSMA aus der Defensive heraus agieren würden. Sehr oft finden Angriffe auf die Feldlager der malischen Streitkräfte, der MINUSMA, seltener, aber zunehmend, auch auf Stellungen der „Force Conjointe“, der französischen Armee und auch der EU-Trainingsmission statt, die entsprechend immer weiter

ausgebaut und gesichert werden. Wie viele Angreifer hierbei ums Leben kommen, wird selten gemeldet. Gerade aus Angriffen auf Konvois außerhalb der Feldlager entwickeln sich jedoch auch oft stundenlange Gefechte, in die Kampfhubschrauber der MINUSMA und Frankreichs, Drohnen und Kampfflugzeuge der USA und Frankreichs eingreifen. Nach Angaben des französischen Außenministeriums habe Frankreich am 21. Dezember 2019 in der Region Mopti (Zentral-Mali) erstmals auch eine bewaffnete Drohne eingesetzt und damit „sieben Terroristen außer Gefecht gesetzt“.<sup>14</sup>

Eines der am besten dokumentierten Gefechte im Zuge des Krieges in und um Mali ereignete sich am 4. Oktober 2017 im benachbarten Burkina Faso. Dabei geriet ein elfköpfiges US-Team (darunter acht US-Spezialkräfte und mindestens ein privater Dienstleister) in Begleitung von 35 nigrischen Spezialkräften nahe der Grenze zu Mali um 11:40 Uhr in einen Hinterhalt. Offiziell war das US-Team zur Ausbildung der nigrischen Soldaten vor Ort, Ziel des Einsatzes war es jedoch, einen hochrangigen „Terrorführer“ festzunehmen oder zu töten. Da der Einsatz als Aufklärungsmission im Zuge eines Trainingsmandats getarnt war, war das Team nur leicht bewaffnet und in SUVs unterwegs. Als es 53 Minuten nach dem Beginn des Gefechts erstmals Verstärkung anforderte, waren bereits mindestens drei US-Soldaten und ein nigrischer Soldat tot.<sup>15</sup> 47 Minuten später traf ein erstes französisches Kampfflugzeug Mirage (Hersteller: Dassault Aviation) ein, später weitere. Aufgrund der unübersichtlichen Lage und der Wetterbedingungen konnten sie keine Waffen einsetzen,

hätten aber durch niedrige Überflüge (Show of Force) zur Einschüchterung und zum partiellen Rückzug der Angreifer beigetragen. Knapp viereinhalb Stunden nach der Bitte um Verstärkung trafen nigrische Bodentruppen und um ca. 17:15, fast fünf Stunden nach dem Beginn der Auseinandersetzung, französische Spezialkräfte verstärkt durch Kampfhubschrauber ein. Zudem waren offenbar auch zwei US-Aufklärungsdrohnen vor Ort. Die ersten drei Leichen von US-Soldaten konnten gegen 19:00 Uhr Abends geborgen werden, die vierte Leiche wurde erst am übernächsten Tag in einiger Entfernung aufgefunden. Der Vorfall löste in den USA eine intensive Debatte über die als Ausbildungshilfe getarnte militärische Präsenz der USA in der Region aus, über die die Öffentlichkeit und auch der US-Kongress kaum informiert waren. Vieles spricht außerdem dafür, dass die zuletzt gefundene Leiche (womöglich vor ihrem Tode) misshandelt worden war, was die Regierung jedoch vehement abstreitet.

Während der Tod von vier US-Soldaten weltweit Schlagzeilen machte, wird ansonsten kaum Notiz davon genommen, wie sehr sich der Konflikt in Mali mittlerweile auf die Nachbarstaaten ausweitet. Gerade in Burkina Faso häufen sich Anschläge, die mit der internationalen Truppenpräsenz in Zusammenhang stehen dürften. Im August wurden nahe der Grenze zu Mali 24 Soldaten bei einem Angriff getötet, am 8. September 2019 starben 29 Menschen bei zwei Anschlägen im Norden Burkina Fasos. Am 6. November 2019 griffen Aufständische einen militärisch geschützten Konvoi an, der Arbeiter\*innen und Nachschub in eine kanadische Goldmine – ein ökonomisches Rückgrat des Landes – transportierte, mindestens 37 Menschen wurden getötet. Am 21. November 2019 wurde erneut ein Posten der Armee im Norden des Landes angegriffen. Laut Deutschlandfunk hat sich „die Zahl der Anschläge in Burkina Faso, Mali und Niger seit 2016 verfünffacht“, mit mehr als 4.000 Opfern allein 2019.<sup>16</sup>

### **Desinteresse und Desinformation**

Wie gesagt: Die Eskalation im Zuge der Militarisierung der Sahel-Region war durchaus absehbar und wurde auch von den westlichen Regierungen teilweise nahestehenden Expert\*innen genau in dieser Form prognostiziert. Aktuell häufen sich auch einer breiteren Öffentlichkeit zugängliche Berichte, welche das bisherige Vorgehen kritisch beleuchten. Der hier schon häufiger zitierte Bericht des Deutschlandfunks von Bettina Rühl – die Militäreinsätze in Afrika keineswegs grundsätzlich ablehnt – ist nur ein Beispiel von vielen. Er beginnt mit einer Szene bei einer Demonstration gegen die französische (und internationale) Truppenpräsenz in Bamako. Einer der Organisatoren wird zitiert: „Die

Sicherheitslage wird immer schlechter, Tag für Tag sterben Malier.“ „Trotz der hohen Kosten“ sei „der Erfolg des [französischen] Einsatzes fraglich“, heißt es später. Zitiert wird auch Ibrahim Maiga, „Forscher beim Institut für Sicherheitsstudien in Bamako“, der feststellt, „dass [die Sicherheitslage] sich trotz dieses erheblichen militärischen Engagements weiter verschlechtert“. „Wenn es aber tatsächlich um Stabilisierung im Sahel gehen soll“, wird Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik wiedergegeben, „dann müsste man sich auch in Berlin eigene Gedanken um die Strategie machen, und dann dürfte man sich nicht darauf verlassen, dass die Franzosen schon wissen was sie tun; das ist nämlich nicht immer der Fall“. Der Beitrag endet mit einem weiteren Zitat von Lacher – ebenfalls kein Kritiker einer stärkeren militärischen Rolle Deutschlands: „Wir haben es im Sahel mit Staatskrisen zu tun, die letztlich nur von innen heraus bewältigt werden können“.<sup>17</sup>

Die Kritik kommt hier aus derselben Ecke, die bislang jede Ankündigung deutscher Außen- oder Verteidigungsminister\*innen, mehr militärisches „Engagement“ in Afrika zeigen zu wollen, mit wohlwollendem Applaus versehen hat. Auch die aktuelle Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat nach einem Fehlstart in Sachen „Schutzzone“ im Norden Syriens mit der Ankündigung einer möglichen Ausweitung des Bundeswehr-Mandates in Mali (zunächst anlässlich eines Besuchs der deutschen Spezialkräfte im Niger, anschließend bei einem Truppenbesuch vor der Luftlandebrigade 1 in Saarlouis)<sup>18</sup> die Herzen der sicherheitspolitischen Community wieder für sich gewonnen. Es ist absurd – und zugleich geschichtsvergessen – aber wer in Deutschland mehr Militär für Afrika fordert, gilt als seriös in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Doch das ist nur ein Teil des Problems. Der andere Teil des Problems ist ein Bundestag, der in völliger Ignoranz der Lage vor Ort Jahr für Jahr mit großer Mehrheit einer Verlängerung und häufig auch Ausweitung der Mandate in Umfang oder Reichweite zugestimmt hat – und dies auch in Zukunft absehbar wieder tun wird. Unter anderem aufgrund des Vorfalls im Niger mit vier getöteten US-Soldaten und der dadurch ausgebrochenen Debatte in den USA erwägen diese, ihre Präsenz in der Sahel-Region zu reduzieren. Gleichzeitig wird der Widerstand vor Ort gegen die französischen Truppen auch im bürgerlichen, frankophonen Milieu immer stärker und sichtbarer. Frankreich steht also unter großem Druck einer verstärkten „Lastenteilung“, also Verbündete zu gewinnen und verstärkt zu mobilisieren. Zwar zeigt sich die Bundesregierung bisher gegenüber Anfragen aus Paris, eine gemeinsame Spezialeinheit zur Ausbildung, Beratung und Beglei-

tung lokaler Spezialkräfte zu bilden, zurückhaltend. Es ist dennoch durchaus zu erwarten, dass im Mai 2020 eine Ausweitung des Bundeswehrmandates bevorsteht. Denn im Hintergrund werden entsprechende Operationspläne bereits ausgearbeitet und diskutiert – und der Ausbau der deutschen Truppenpräsenz „unterhalb der [mandatspflichtigen] Einsatzschwelle“ bereits vollzogen: u.a. in Tunesien, Mali und Niger sind deutsche Spezialkräfte des KSK und der Kampfschwimmer präsent,<sup>19</sup> offiziell – wie auch die US-Kräfte in Niger – zur Ausbildung lokaler Partner.

Der Bundestag wird auch deshalb wieder zustimmen, weil die Öffentlichkeit in Deutschland den Gegenstand und Verlauf der konkreten Einsätze der Bundeswehr – ganz besonders aber jener in der Sahel-Region – mit weniger als nur freundlichem Desinteresse begleitet. Das ist natürlich auch der Natur jener Einsätze geschuldet: Opfer sind in erster Linie Zivilist\*innen und Aufständische, die in den hiesigen Medien bestenfalls sporadisch als Zahlen auftauchen und mit denen keinerlei Verbundenheit oder Empathie zu bestehen scheint. Vonseiten der Verbündeten bestehen die Einsätze zu einem wachsenden Anteil aus verdeckten Operationen und werden von Spezialkräften getragen, während sich die dokumentierten Opfer auf viele Staaten und damit Öffentlichkeiten verteilen und dabei v.a. die afrikanischen Länder die Hauptlast tragen. Es fällt dadurch sehr leicht, nicht anzuerkennen, dass in Mali ein Krieg herrscht und dass die Bundeswehr daran beteiligt ist.

Beispielhaft war diesbezüglich die Debatte um die Youtube-Serie „Mali“ des Verteidigungsministeriums, die weitaus intensiver geführt wurde als zu irgendeinem Zeitpunkt die Frage einer deutschen Beteiligung am Krieg in Mali oder die tatsächliche Situation vor Ort. Die Serie lief im letzten Quartal 2017, es ging um das Wetter, die Reptilien und Insekten, die Langeweile und wie sich die Soldat\*innen die Zeit vertreiben. Der Bericht des UN-Generalsekretärs für diesen Zeitraum fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Im Berichtszeitraum hat sich die Sicherheitslage verschlechtert und die Angriffe gegen die MINUSMA und die malischen Sicherheitskräfte haben zugenommen und sich intensiviert“.<sup>20</sup> Gedreht wurde die Serie natürlich zuvor über einen Zeitraum von acht Monaten. Der Bericht des UN-Generalsekretärs vom 28. September 2017 – also zwischen der Drehzeit und der Ausstrahlung – fasste die Entwicklung in diesem Zeitraum eindeutig zusammen: „Die politische Lage und die Sicherheitslage hat sich signifikant verschlechtert“.<sup>21</sup> Das freilich wurde in der Youtube-Serie und der sie begleitenden Medienkampagne – Kosten zusammen 11 Mio. Euro – nicht thematisiert. Man wollte „den Einsatz zeigen, wie er ist, also auch die Routine und den Alltag im Camp“, zitierte die Süddeutsche Zeitung damals den

Verantwortlichen für die Arbeitgeberkommunikation und Personalwerbung der Bundeswehr: „Schließlich kämen die Einsätze medial sonst nur dann vor, ‚wenn etwas passiert oder etwas nicht funktioniert‘“.<sup>22</sup> Tatsächlich fiel in den Zeitraum der Dreharbeiten auch der Tod zweier deutscher Soldaten bei einem Hubschrauberabsturz, der unter dem Titel „Das größte Opfer“ in Folge 25 professionell abgehandelt wurde. Der einzige Kontext, der hierbei zum konkreten Hubschrauber-Einsatz und zum Bundeswehreininsatz insgesamt genannt wurde, besteht in einem Zitat aus den Tagesthemen: „Sie waren in Mali im Rahmen einer UN-Friedensmission im Einsatz“.<sup>23</sup> Dass der Kampfhubschrauber vom Typ Tiger (Hersteller: Airbus) unterwegs war, um ein Gefecht zwischen verschiedenen Gruppen des Friedensabkommens und damit technisch gesehen „Verbündeten“ der Bundeswehr zu beobachten, drang auch darüber hinaus kaum an die Öffentlichkeit. Die Diskussion fokussierte sich entsprechend schnell auf die technischen Ursachen des Absturzes und ließ die Frage nach Sinn und Unsinn des Einsatzes völlig unberührt.<sup>24</sup>

### **Fehlende Öffentlichkeit bedeutet Eskalation**

Diese Diskussion muss nun, da eine weitere Ausweitung des Mandats droht, mit Nachdruck eingefordert werden. Denn die Misere in der Sahel-Region – Terrorismus und eskalierende Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Vertreibung, Hunger und die Stabilisierung autoritärer Regime – sind auch Folgen des Desinteresses und der Desinformation der europäischen Öffentlichkeiten. Sie ermöglichen es kleinen Gruppen mit Partikularinteressen – von religiösen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten im Sahel bis zu ihren Pendanten in Europa (den USA und den Golfstaaten) – die Lage weiter zu eskalieren. Hilfreich zur Hand geht ihnen dabei ein Diskurs, der es z.B. für Bundestagsabgeordnete tatsächlich einfacher macht, „Verantwortung“ zu übernehmen, indem die Mandate immer wieder erneuert und tendenziell ausgeweitet werden – was die Verantwortung wiederum an die Bundeswehr und ihre dubiosen Verbündeten überträgt.

Die Vermessenheit der Idee, dass tausend oder auch dreitausend deutsche Soldat\*innen als logistische Basis einiger Dutzend Spezialkräfte im Verbund mit viertausend französischen und US-amerikanischen Soldat\*innen und zehntausend Soldat\*innen aus afrikanischen Staaten ein Gebiet von der Größe Westeuropas kontrollieren und stabilisieren, ist eigentlich offensichtlich. Es muss auch kein Ausdruck postkolonialer Attitüde sein, auf die komplexe Geschichte und die Diversität der Bevölkerungsgruppen und Lebensstile in dieser Region hinzuweisen – schließlich existieren auch in Europa von Katalonien über Nordirland



Adbusting gegen die Bundeswehr-Youtube-Serie „Mali“. Quelle: indymedia.

bis in die Ukraine zahlreiche ungelöste Konflikte, die im Falle einer von Dritten durchgesetzten Militarisierung durchaus eskalieren könnten. Dass die Vorstellungen der hiermit durchgesetzten Ordnung und die damit verbundenen Interessen von keiner Partei offen kommuniziert werden, macht die Situation keineswegs einfacher. Es ist auch kein Ausdruck postkolonialer Attitüde, darauf hinzuweisen, dass die verbündeten Milizen und Streitkräfte aus der Region sich einer tatsächlichen politischen Kontrolle weitgehend entziehen – denn entsprechende Tendenzen sind gerade in der Sahel-Region durchaus auch unter den westlichen Spezialkräften erkennbar. All dies spielt aber im hiesigen Diskurs um den Mali-Einsatz keine Rolle: Verantwortung übernimmt, wer (mehr) Truppen entsendet.

Das Gegenteil ist wahr: Wer Verantwortung übernehmen will, muss die Militarisierung der Region stoppen. Das setzt voraus, dass wir unsere Verantwortung anerkennen. Denn so sehr man Wolfram Lacher zustimmen möchte, wenn er sagt, man habe „es im Sahel mit Staatskrisen zu tun, die letztlich nur von innen heraus bewältigt werden können“, so leicht vergisst man dabei, wer diese Krisen eskaliert hat. Wer von Deutschland aus Verantwortung übernehmen will, muss einen Abzug der deutschen Truppen, einen Stopp der Rüstungsexporte, der sog. „Ertüchtigung“ und die Auflösung der Spezialkräfte einfordern und für eine radikale Demokratisierung und Dekolonialisierung der Außenpolitik streiten. Sonst verwüstet der „Verantwortungsdiskurs“ im Verbund mit Partikularinteressen immer weitere Regionen dieser Erde.

## Anmerkungen

- 1 Christoph Marischka: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, Telepolis vom 1.7.2013.
- 2 Christoph Marischka: Eintausend deutsche Soldaten in Mali, IMI-Analyse 2016/14 - in: AUSDRUCK, Juni 2016.
- 3 International Crisis Group (ICG): Mali - Avoiding Escalation, Africa Report N°189 vom 18.Juli 2012 sowie: ICG: The Central Sahel - A Perfect Sandstorm, Africa Report N°227 vom 25. Juni 2015.
- 4 Richard Reeve, Zoë Pelter: From New Frontier to New Normal - Counter-terrorism operations in the Sahel-Sahara, Oxford Research Group, August 2014.
- 5 S. u. a.: Human Rights Watch: Mali - Abuses Spread South vom 19.2.2016 und Human Rights Watch: Mali - Unchecked Abuses in Military Operations vom 8.9.2017.
- 6 Charlotte Wiedemann: Mali am Abgrund - Fünf Jahre Militärintervention, Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2018.
- 7 Charlotte Wiedemann: Viel Militär, weniger Sicherheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Januar 2018.
- 8 Human Rights Watch: World Report 2019 – Mali.
- 9 Bettina Rühl: Eskalierende Gewalt im Sahel, Deutschlandfunk „Hintergrund“ vom 10.1.2020.
- 10 Report of the Secretary-General on the situation in Mali, 6. Juni 2017.
- 11 Report of the Secretary-General on the situation in Mali, 31. Mai 2019.
- 12 Report of the Secretary-General on the situation in Mali, 30. Dezember 2019.
- 13 Bettina Rühl, a.a.O.
- 14 „Frankreich setzt erstmals bewaffnete Drohne in Mali ein“, derstandard.at vom 23. Dezember 2019.
- 15 US Department of Defense: Summary of Investigation - Oct 2017 Niger Ambush.
- 16 Bettina Rühl, a.a.O.
- 17 Bettina Rühl, a.a.O.
- 18 Thomas Wiegold: Bundeswehr im Sahel - Wahrscheinlich länger, vielleicht auch anders?, augengeradeaus.net Eintrag vom 6.11.2019 sowie: Thomas Wiegold: Debatte über mehr Bundeswehr-Engagement in Mali nicht vor Frühjahr 2020, augengeradeaus.net Eintrag vom 25.11.2019.
- 19 Thomas Wiegold: Bundeswehr im Sahel - Wahrscheinlich länger, vielleicht auch anders?, augengeradeaus.net Eintrag vom 6.11.2019.
- 20 Report of the Secretary-General on the situation in Mali, 26. Dezember 2017.
- 21 Report of the Secretary-General on the situation in Mali, 28. September 2017.
- 22 „Was Hauptfeldwebel Peter und seine Kameraden in Mali erleben“, sueddeutsche.de vom 14. Oktober 2017.
- 23 BMVg: „Mali“ - Folge 25.
- 24 Christoph Marischka: Mali - Wie bei einem „Routineeinsatz“ Soldaten „verunglücken“, Telepolis vom 28. Juli 2017.

# Per EU-Umweg zur Atommacht?

Deutschland und die „Europäisierung“ der Force de Frappe

von Jürgen Wagner

Am 7. Februar 2020 hielt der französische Präsident Emmanuel Macron eine mit Spannung erwartete Grundsatzrede, in der er mit Ankündigung die bereits seit einiger Zeit durch die Gegend geisternde Frage einer möglichen „Europäisierung“ des französischen Atomwaffenarsenals („Force de Frappe“) adressieren wollte. Ihre Bedeutung erhielt die Rede, die an sich wenig Neues enthielt, nicht zuletzt deswegen, weil im Vorfeld vor allem in Deutschland immer mehr Stimmen laut wurden, die von Frankreich mehr oder minder offen forderten, seine Nuklearwaffen auf diesem Weg gefälligst faktisch mit Deutschland zu teilen.

Das Thema wurde dann auch bei Macrons Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz am 15. Februar 2020 aufgegriffen, wo noch einmal deutlich wurde, dass er damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen möchte: Er will hierüber eine schrittweise Abkopplung von den USA befördern und gleichzeitig den französischen Einfluss innerhalb der Europäischen Union auf Kosten Deutschlands zurückdrängen.

Das eigene Atomwaffenarsenal sieht Macron hierfür als das probate Mittel an, weshalb er überhaupt nicht daran denkt, substanzielle Entscheidungsbefugnisse teilweise in andere – und schon gar nicht in deutsche – Hände zu legen. Weil Macron dies in seiner Rede wie auch bei der Sicherheitskonferenz mehr als deutlich gemacht hat, enthielten Teile der Reaktionen eine Mischung aus Enttäuschung, Ärger und manchmal sogar wenig versteckten Drohungen, dann müsse Deutschland eben über eigene Atomwaffen nachdenken.

## Deutschland: Atomare Avancen

Nicht erst seit Macrons Grundsatzrede ist eine mögliche „Europäisierung“ des französischen Atomwaffenarsenals innerhalb der deutschen Strategischen Gemeinschaft Gegenstand der Debatten. Ein solcher Schritt würde eine machtpolitische Emanzipation

von den USA ermöglichen und gleichzeitig auch per Umweg endlich einen direkteren Zugriff auf die Bombe ermöglichen, den Hardliner schon seit etlichen Jahrzehnten anstreben.

Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, äußerte seine diesbezüglichen Vorstellungen bereits vor ziemlich genau einem Jahr: „Die atomaren Einsatz-Optionen Frankreichs sollten nicht nur das eigene Territorium, sondern auch das Territorium der EU-Partner mit abdecken.“

Zuletzt war es der CDU-Verteidigungspolitiker Johann Wadepuhl, der sich Anfang Februar im unmittelbaren Vorfeld von Macrons Grundsatzrede in die Debatte einschaltete: „Wir müssen eine Zusammenarbeit mit Frankreich bei den Nuklearwaffen ins Auge fassen [...] . Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Frankreich sie unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen.“

Seine nukleare Autonomie lässt sich Frankreich einiges kosten: „Jedes Jahr gibt Frankreich 4,5 Milliarden Euro für die nukleare Abschreckung aus, 20 Prozent seines Militärbudgets, hochgerechnet 20 Centimes pro Tag und Bürger. Die nötige Modernisierung des weniger als 300 Köpfe zählenden Atomwaffenarsenals wird in den nächsten fünf Jahren allein 37 Milliarden Euro kosten und auf insgesamt 50 Milliarden beziffert.“

Vor diesem Hintergrund machte sich der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter bereits vor einiger Zeit darüber Gedanken, wie – bzw. ob – denn Frankreich für die Abgabe diesbezüglicher Entscheidungs- und damit vor allem Machtkompetenzen finanziell kompensiert werden könnte. Er beauftragte damit den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, der auch gleich noch klären sollte, ob ein „europäischer“ Atomwaffenzugriff Deutschlands im Einklang mit dem „Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag“ (NVV) stehen würde. Daraufhin erklärte der Wissenschaftliche Dienst

am 23. Mai 2017 pflichtschuldig mit seinem Sachstand „Deutsche und europäische Ko-Finanzierung ausländischer Nuklearwaffenpotentiale“ alle rechtlichen Bedenken für irrelevant. „Die derzeitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands aus dem NVV und dem ‚Zwei-Plus-Vier-Vertrag‘ beschränken sich auf das Verbot eines Erwerbs von eigenen Atomwaffen (‚deutsche Bombe‘). Die ‚nukleare Teilhabe‘, wie sie bereits im Hinblick auf die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen praktiziert wird, verstößt ebenso wenig gegen den NVV wie die Ko-Finanzierung eines ausländischen (z.B. französischen oder britischen) Nuklearwaffenpotentials.“

Im Hintergrund von derlei Überlegungen steht eine grundsätzliche – und deutlich zunehmende – Skepsis gegenüber den USA, die augenscheinlich das Bedürfnis nach „nuklearen Alternativen“ mit befeuert. Für einen EU-Umweg zur Atombombe sprach sich laut FAZ in einer Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung auch eine Mehrheit der Bevölkerung aus – dass die aber nur ganz knapp über den 31 Prozent liegt, die Atomwaffen ganz weg haben will, vergisst das Blatt geflissentlich zu erwähnen: „Die klassische und nach wie vor tragende Variante – der amerikanische Nuklearschirm – ist nur noch für 22 Prozent der Befragten wünschenswert. Favorisiert wird stattdessen eine europäische Variante, mit Frankreich und Großbritannien als Garanten. 40 Prozent wünschen sich, dass Berlin sich in erster Linie um den nuklearen Schutz durch diese beiden Staaten bemüht, die zwar über Atomwaffen verfügen, allerdings deutlich weniger als die Vereinigten Staaten. Für die Idee, dass Deutschland sich selbst schützt und eigene Nuklearwaffen entwickelt, spricht sich nur eine kleine Minderheit aus. Sieben Prozent würden einen solchen Schritt begrüßen.“

Vor diesem Hintergrund wurde teils ein großer Wurf von Macron erwartet, wenn etwa die FAZ am Tag vor seiner Grundsatzrede eine Atommacht Europa herbeivisionierte: „Könnten französische Nuklearwaffen bald auch Deutschland schützen? Nach eigenem Bekunden will Macron den gaullistischen Unabhängigkeitsgedanken hinter der Atomstreitmacht weiterentwickeln – im europäischen Sinne. [...] Sollte am Ende des Ausbaus der europäischen Verteidigungskapazitäten auch ein europäischer Nuklearschirm stehen?“

### **Frankreich: Non, mais...**

Wie zu erwarten war, erteilte Macron allen Vorstellungen, sein Land werde substanzielle Entscheidungsbefugnisse in Atomwaffenfragen abgeben, eine mehr als deutliche Absage. Schon als Ischinger im Februar 2019 seine nukleare Charmeoffensive Richtung Paris richtete, wurde dies abschlägig beschieden. In der FAZ

hieß es damals: „Frankreich ist nach dem Brexit die einzige Nuklearmacht in der EU. Doch es sieht nicht so aus, als wolle sich das Land schützend vor die Staatengemeinschaft stellen: Dass Macron nicht zur Sicherheitskonferenz nach München kommt, ist dafür nur ein Indiz.“

Für seine jetzige Grundsatzrede wählte der französische Präsident mit der „Ecole de Guerre“ einen symbolträchtigen Ort, nämlich den, wo Charles de Gaulle am 3. November 1959 den Aufbau der „Force de Frappe“ angekündigt hatte. Der Blog Augengeradeaus fasste die zwei Kernbotschaften – Absage und Angebot – der Macron-Rede folgendermaßen zusammen: „Zur Force de Frappe, der französischen Atomstreitmacht, sagte Macron im Wesentlichen nichts Neues: die Entscheidung über den Einsatz behalte sich Frankreich selbst vor; eine Einbindung in die Nukleare Planungsgruppe der NATO ist nicht geplant. Frankreich werde aber gerne mit seinen Partnern in einen strategischen Dialog über diese Waffen eintreten.“

So klar Macron etwaigen Vorstellungen einer Europäisierung der „Force de Frappe“ eine Absage erteilte, so deutlich bot er aber eben auch an, das Atomwaffenarsenal – unter französischer Hoheit – in den europäischen Dienst zu stellen: „Um es deutlich zu sagen: Die vitalen Interessen Frankreichs haben fortan eine europäische Dimension“. Er brachte dabei die Option für einen „strategischen Dialog“ über die „Rolle der nuklearen Abschreckung Frankreichs“ ins Spiel. Das kann aus seiner Sicht bis hin zur Einbindung in konkrete Manöver gehen: „Die europäischen Partner, die sich in dieser Richtung engagieren wollen, könnten eingebunden werden in die Übungen der französischen Abschreckungskräfte.“

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz erneuerte Macron dieses Angebot: „Ich biete jetzt einen strategischen Dialog mit allen Partnern, die das wünschen, auch im atomaren Bereich.“

Wie bereits eingangs angesprochen, dürfte Macron mit seinem Vorstoß zweierlei Dinge im Blick haben: Einmal gilt es unter EU-Strategen als zwingend erforderlich, mit Deutschland eine Übereinkunft in Sachen Atomwaffen zu finden, ohne die eine Abkoppelung oder gar Gegenmachtbildung zu den USA, mit der Paris ja permanent liebäugelt, unmöglich wäre. Nicht von ungefähr gab Macron auf der Münchner Sicherheitskonferenz mehr oder weniger deutlich dieses Ziel aus und forderte Deutschland auch gleich noch auf, hier nicht mehr weiter zu zaudern, wie die FAZ berichtete: „Frankreichs Präsident will Europa in zehn Jahren sicherheitspolitisch auf eigene Beine stellen. [...] Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat Deutschland auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu einer schnelleren Antwort auf seine europäischen Initiativen

aufgerufen. Er sei zwar nicht ‚frustriert‘, aber ‚ungeduldig‘, sagte Macron am [15. Februar 2020]. Er forderte ‚klare Antworten‘ Deutschlands und Frankreichs auf die derzeitigen Probleme in Europa.“

Auf der anderen Seite würde eine stärkere Rolle der französischen Atomwaffen in der europäischen Strategieplanung, wie ebenfalls bereits angedeutet, den Einfluss des Landes gegenüber Deutschland solange stärken, wie es die volle Kontrolle über alle relevanten Entscheidungen behält. Und nachdem genau dies die Absicht Macrons ist, wurde in Deutschland teils recht verschnupft auf seine Initiative reagiert.

### **Kaum verhohlene Drohungen**

Die Reaktionen auf Macrons-Rede schwankten in Deutschland vor allem zwischen zwei Polen. Da wären einmal diejenigen, die alle Überlegungen in Richtung einer stärkeren Europäisierung der Atomwaffenfrage – nicht zu Unrecht – ohnehin als eine mögliche Abtake- lung der Nuklearen Teilhabe der NATO und damit eine Axt an einem engen Bündnis mit den USA betrachten. Das bereits vorausseilend kurz vor Macron veröffentlichte Bekenntnis von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dürfte zum Beispiel in diesem Zusammenhang zu sehen sein: „Wir stehen unter dem Nuklearschirm der Nato.“

Eine Mittelposition nimmt hier Wolfgang Ischinger ein, der dafür plädierte, die Vorschläge von Macron aufzunehmen: „Sollten wir dieses Angebot annehmen? Dringlich ja! Weil wir nicht darauf vertrauen können, dass wir auf ewig unter der wunderbaren amerikanischen Käseglocke uns nur mit uns selber beschäftigen können, das ist aus meiner Sicht Traumtänzeri.“

Weil Macron hier aber keine „Atommacht Europa“ mit weitreichenden deutschen Mitspracherechten anbot, tummeln sich am Ende des Spektrums diejenigen „Strategen“, die extrem verärgert über die französische Weigerung sind, die mit vielen Milliarden aufgebaute „Force de Frappe“ einem deutschen Teilzugriff zu überantworten. Sie plädieren mal mehr, mal weniger offen deshalb für eine deutsche Atombewaffnung.

Politische Hochkaräter haben sich diesbezüglich – wohl hauptsächlich aus PR-Gründen – bislang zurückgehalten, derzeit noch sind es eher Personen aus der zweiten oder dritten Reihe, die sich in dieser extremen Richtung äußern. In der jüngeren Debatte war es nicht zuletzt der emeritierte Politikprofessor Christian Hacke, der sich lautstark einmischte: „Russland ist zu kalkulieren, nämlich als revisionistische Macht. Und Putin ist ein erstklassiger Machiavellist, der genau weiß, wie er die russische Stärke wieder aufbaut. [...] Das ist alles brandgefährlich. Und dann sind wir in einer Situation, brutal ausgedrückt, realistisch, sind



Macron spricht bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2020. Quelle: MSC/Kuhlmann.

wir Hammer oder sind wir Amboss? Und wir sind als Nicht-Nuklearmacht einfach Amboss. Und wir sind von anderen abhängig und wenn man drüber diskutiert, dann geht es vor allem um unsere eigene, um unsere nationale Sicherheit.“

Teile des Establishments nehmen nun aber Macrons – aus machtpolitischer Sicht nachvollziehbare – Absage an eine weitreichende Teilung atomarer Entscheidungsprozesse zum Anlass, die Frage nach einer deutschen Atombewaffnung mal weniger, mal mehr verklausuliert, erneut aufzurufen. So polterte beispielsweise Jacques Schuster, Chefkomentator der Welt, kurz nach Macrons Rede: „Präsident Emmanuel Macron hat den europäischen Partnern einen ‚strategischen Dialog‘ angeboten – und macht zugleich klar, dass er die Kontrolle über die französischen Atomwaffen behalten will. Das kann Deutschland nicht hinnehmen. [...] ‚Die größte Eselei der deutschen Nachkriegsgeschichte war die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag‘, schrieb Johannes Gross vor Jahrzehnten. [...] Sollten die Amerikaner unter Donald Trump oder einem seiner Nachfolger auf die Idee kommen, die Europäer ihrem Schicksal zu überlassen und die Nato für überflüssig zu erklären, muss eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft in letzter Konsequenz gemeinsam über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden. Verweigert sich Frankreich, die letzte Atommacht der EU, dieser Einsicht, wird es nicht mehr nur ein einzelner Publizist sein, der die deutsche Unterschrift unter den Atomsperrvertrag für eine Eselei hält.“

# Neue Ufer

## Europäische Marinemission am Persischen Golf beschlossen

von Jürgen Wagner

Im Windschatten der Libyen-Konferenz und der Debatte um einen möglichen dortigen Militäreinsatz ging die am 20. Januar beschlossene und seit 30. Januar 2020 operierende Marinemission diverser europäischer Staaten am Persischen Golf ein wenig unter. Nach monatelangen Zuspitzungen gipfelten die westlichen Konflikte mit dem Iran im Sommer 2019 vorläufig mit der unter reichlich zweifelhaften Umständen erfolgten Festsetzung des iranischen Tankers „Grace 1“ durch Gibraltar (im britischen, also de facto im US-amerikanischen Auftrag). Nachdem Teheran daraufhin das unter britischer Flagge fahrende Schiff „Stena Impero“ beschlagnahmte, setzten umgehend die Rufe nach der Entsendung von Kriegsschiffen an den Persischen Golf ein, um die „Freiheit der Schifffahrt“ zu gewährleisten – sprich: die wichtigen Tankerrouten zu kontrollieren. Ursprünglich war ein gemeinsamer Einsatz ins Auge gefasst worden, aber viele EU-Verbündete zögerten aufgrund der allzu waghalsigen US-Iran-Politik dann doch mit ins US-Boot zu springen. Deshalb verkündete US-Verteidigungsminister Mark Esper Ende August 2019, man habe mit dem US-geführten Einsatz „Operation Sentinel“ unter Beteiligung von Kriegsschiffen aus Großbritannien, Australien und Bahrain begonnen.

Derweil wurde in Europa weiter eine Debatte über Sinn oder Unsinn einer Entsendung von Kriegsschiffen geführt, die mit der Ankündigung einer „Europäischen Marine-Überwachungsmission in der Meerenge von Hormus“ („European Maritime Awareness in the Strait of Hormuz“, EMASOH) augenscheinlich ein vorläufiges Ende gefunden hat. Angesichts der Zuspitzung der Lage sei dies erforderlich geworden, so die Erklärung acht europäischer Staaten. Im Fall Deutschlands und dreier weiterer Staaten bleibt es – vorerst zumindest – bei einer rein verbalen Unterstützung. Doch angesichts der Tatsache, dass von interessierten Kreisen seit Monaten Druck auf eine deutsche Marinepräsenz in der Region ausgeübt wird, besteht die Gefahr, dass das nicht so bleiben könnte. Denn auch wenn die euro-

päischen Staaten erklären, mit dieser Präsenz „deeskalierend“ wirken zu wollen, liegt die Vermutung doch weitaus näher, dass das eigentliche Interesse primär darin besteht, in der geostrategisch bedeutsamen Region machtpolitisch-militärisch Flagge zu zeigen.

### **Marineinsatz: Politische und operative Unterstützung**

Nachdem die USA und der Iran in den letzten Wochen kurz vor einem Krieg standen und die diesbezügliche Gefahr keineswegs gebannt ist, sehen eine Reihe europäischer Staaten Handlungsbedarf. In der am Montag auf der Seite des französischen Außenministeriums veröffentlichten Erklärung der acht europäischen Befürworter eines Marineeinsatzes am Persischen Golf heißt es: „Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten geben Anlass zu großer Besorgnis, da sie die Spannungen und das Risiko eines möglichen groß angelegten Konflikts mit Folgen für die gesamte Region erhöhen.“ (alle Übersetzungen mit [www.DeepL.com](http://www.DeepL.com))

Wenig Mühe gibt sich die Erklärung dabei, die interessenpolitischen Hintergründe der Mission zu verschleiern: „Im Jahr 2019 wurden im Golf und in der Straße von Hormus infolge der verschärften regionalen Spannungen eine zunehmende Unsicherheit und Instabilität beobachtet, die zu zahlreichen Zwischenfällen auf See und auf anderen Verkehrswegen führte. Diese Situation beeinträchtigt seit Monaten die Freiheit der Schifffahrt und die Sicherheit der europäischen und ausländischen Schiffe und Besatzungen. Sie gefährdet auch den Handel und die Energieversorgung, was wahrscheinlich wirtschaftliche Folgen in der ganzen Welt haben wird.“

Bei der EMASOH-Mission handelt es sich um keinen offiziellen Einsatz der Europäischen Union, sondern um eine Koalition der Willigen, die allerdings vom EU-Außenbeauftragten Joseph Borell umgehend mit warmen Worten begrüßt wurde. Das Hauptquartier

soll in den Vereinigten Arabischen Emiraten liegen, die sich hierfür laut der EMASOH-Ankündigung bereits angeboten haben sollen. Veröffentlicht wurde die Ankündigung im Namen folgender Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande und Portugal. Ziel des Einsatzes sei es, ein „sicheres Umfeld für den Seeverkehr zu gewährleisten und die derzeitigen regionalen Spannungen abzubauen.“

Wie bereits angedeutet, beschränkt sich die Unterstützung von vier der acht Staaten zunächst einmal auf die Unterzeichnung der besagten Erklärung. Neben Deutschland sind das Belgien, Italien und Portugal. Auf dem gewöhnlich gut informierten Internetportal Buxelles2 finden sich eine Reihe darüber hinausreichender Informationen, insbesondere zum konkreten Beitrag der anderen Staaten: „Die Mission hat kein Exekutivmandat (ein Truppenmandat der Vereinten Nationen), daher der bevorzugte Begriff ‚Mission‘ statt ‚Operation‘. Sie könnte nach unseren Informationen bis Mitte Februar beginnen. [...] Konkret werden neben Frankreich drei Länder (Dänemark, die Niederlande und Griechenland) einen Beitrag leisten: zwei Fregatten werden zur Verfügung stehen, Französisch und Niederländisch in der ersten Rotation, Französisch und Dänisch in der zweiten Rotation (nach unseren Informationen).“

Zu den weiteren Planungen schreibt die „Europäische Sicherheit und Technik“: „Grundlage für die zügige Umsetzung ist die Präsenz der französischen Fregatte ‚Courbet‘. Sie verließ ihren Heimathafen Toulon bereits zum Jahreswechsel und löste die Fregatte ‚Jean Bart‘ bei der routinemäßigen Patrouille im Seegebiet Persischer Golf – Indischer Ozean ab. Auch leistet sie einen französischen Beitrag innerhalb der TF 150. Die holländische Fregatte HNLMS ‚De Ruyter‘ verließ am 28. Januar Den Helder, um sich (voraussichtlich ab Mitte Februar) der ‚Courbet‘ anzuschließen. Es ist vorgesehen, dass ‚De Ruyter‘ im September 2020 von einer dänischen Fregatte abgelöst wird.“

### Militärischer Fuß in der Tür

Angesichts der fragwürdigen „deeskalierenden“ Wirkung einer europäischen Militärpräsenz dürfte es plausibler sein, dass es darum geht, hier einen militärischen Fuß in die Tür zu bekommen, um die Geschehnisse ein wenig mehr im eigenen Sinne beeinflussen zu können. So tat der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian per Twitter seine Zufriedenheit ob des jüngsten EMASOH-Beschlusses kund: „Europa hat wieder die Oberhand gewonnen. [...] Europa ist in gewisser Weise und in den verschiedenen Krisen in der Welt zurück [...], Europa weiß jetzt, wie es seiner Stimme Gehör

verschaffen und zeigen kann, dass es die Mittel zum Handeln hat.“

Die „Europäische Sicherheit und Technik“ sieht vor allem zwei Motive hinter der schnellen Anbahnung des Einsatzes: „Die schnelle Bekanntgabe der Einsatzbereitschaft von EMASOH ist sehr politisch. Einerseits möchte die französische Regierung demonstrieren, wie wichtig ihr jetzt eine Rolle in der europäischen Verteidigung ist. Insofern sieht man die Operation als Zeichen für die neuen Aufgaben, die der EU dadurch erwachsen, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr uneingeschränkt und überall für die Sicherheit der europäischen Partner eintreten wollen sowie Zweifel für die Aufrechterhaltung einer freien Handelsordnung aufkommen lassen. Andererseits erfolgte das Datum der Bekanntgabe, am Vortag des Brexit-Termins, wohl nicht von ungefähr. Signalisiert man doch, dass die Europäer in gewisser Weise auf die Briten verzichten <wollen oder können>.“

Schon jetzt scheinen jedenfalls auch einige weitere europäische Länder darüber nachzudenken, sich ebenfalls mit „handfesten“ Mitteln einzubringen. Bei Buxelles2 heißt es dazu: „Andere Länder könnten sich der Operation anschließen, sowohl auf operativer als auch auf politischer Ebene. ‚Neue Verpflichtungen [werden] in den kommenden Tagen erwartet‘, hieß es in der Erklärung. Der Prozess reift nach Angaben von Diplomaten in mehreren Ländern, die nicht namentlich genannt werden können. Es gibt Prozesse der parlamentarischen Konsultation oder Koalitionsvereinbarung, die gelöst werden müssen. [...] Nach unseren Informationen könnte Italien [...] einen operativen Beitrag leisten. Dasselbe gilt für Belgien.“



Ein US-amerikanischer Flugzeugträger durchquert die Straße von Hormus. Quelle: flickr/US Navy.

## Deutschland: Doch dabei?

Deutschland wurde hier zwar erst einmal nicht genannt - nachdem es allerdings bereits im Sommer 2019 eine intensive Debatte über den Sinn bzw. Unsinn einer Entsendung der Bundesmarine an den Persischen Golf gab, war relativ klar, dass das nicht unbedingt von Dauer sein musste (siehe Ausdruck Nr.98/2019).

Nachdem Deutschland zwar die EMASOH-Erklärung unterzeichnet, aber keine Kriegsschiffe zugesagt hatte, wurde die Debatte bei der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 erneut hochgezogen. Den Auftakt machte kurz vor Konferenzbeginn BDI-Chef Dieter Kempf, wozu es im Handelsblatt hieß: „Die Industrie will sich stärker in verteidigungspolitische Debatten einmischen. ‚Ohne Sicherheit gibt es keine florierende deutsche Wirtschaft‘, sagt Dieter Kempf, Präsident des Industrieverbands BDI. [...] Gerade eine auch militärische Absicherung von Handelswegen ist aus Industriesicht unabdingbar. Denn hierzulande hängen laut Statistischem Bundesamt 11,4 Millionen Arbeitsplätze – und damit ein Viertel der Beschäftigung – vom Export ab. In der Industrie sind sogar 61 Prozent, also zwei von drei Arbeitsplätzen, vom Außenhandel abhängig. Gleichzeitig haben deutsche Firmen 1,2 Billionen Euro im Ausland investiert. [...] Konkret kritisiert BDI-Präsident Kempf dabei, dass Deutschland Ende vergangenen Jahres auf der Bremse stand, als es darum ging, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich die Durchfahrt

für Handelsschiffe in der Straße von Hormus gegen iranische Angriffe zu sichern. Auch der Bitte Frankreichs um ein stärkeres militärisches Engagement in Mali kam Deutschland bisher nicht nach.“

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz selbst brachte dann auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Rede mit Blick auf die EMASOH sowohl eine Europäisierung als auch eine deutsche Beteiligung ins Spiel: „Gemeinsames Handeln wünsche ich mir auch mit Blick auf die Straße von Hormuz. [...] Ich bin deshalb dafür, erstmals die Mittel des EU-Vertrages wirklich auszuschöpfen und auf einem EU-Gipfel einzelne Mitgliedstaaten zu beauftragen, eine gemeinsame Mission durchzuführen.“

Die Steilvorlage wurde dann vom EU-Außenbeauftragten Joseph Borell anschließend ebenfalls bei der Sicherheitskonferenz bereitwillig aufgenommen, wobei die FAZ auch genauer beschrieb, wie dies konkret vonstatten gehen könnte: „Laut Artikel 44 des EU-Vertrags ‚kann der Rat die Durchführung einer Mission einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen, die dies wünschen und über die für eine derartige Mission erforderlichen Fähigkeiten verfügen‘. Angewendet wurde die Regelung noch nie. Das soll sich ändern: Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kündigte [...] an, einen entsprechenden Antrag zu stellen; bisher sei eine EU-Mission an mangelnder Einstimmigkeit gescheitert. Er wolle nun aber sehen, welche Mitgliedstaaten sich sperren.“

Schon als die Debatte um die Entsendung europäische Kriegsschiffe letzten Sommer Fahrt aufnahm, wurde versucht, einen solchen Schritt als „deeskalierende Maßnahme“ zu verkaufen (siehe dazu auch die Ausdruck-Ausgabe vom Oktober 2019). Typisch war etwa Grünen-Chef Robert Habeck, der in einem Interview erklärte, man wolle „in keinem Fall unter amerikanischer Führung“ agieren. Deutschland müsse „in Verantwortung gehen“, was auch beinhaltet, als „deeskalierende Maßnahme“, Kriegsschiffe zu entsenden: „Sind aber alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen, wenn das hilft zu deeskalieren und es eine klare Rechtsgrundlage gibt.“

Der nun beschlossene Einsatz soll zwar nicht-exekutiver Natur sein, also zur Mandatsdurchsetzung nicht auf Gewalt zurückgreifen dürfen. Dass dies allerdings so bleibt, sollte es zu einer weiteren Eskalation kommen, darf getrost bezweifelt werden. Ob mit oder ohne exekutives Mandat, die deutschen Reeder hatten jedenfalls bereits letzten Sommer unmissverständlich unterstrichen, dass sie die Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe keineswegs als einen Beitrag zur

Deeskalation einstufen. So sprach sich Ralf Nagel, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder, mit der folgenden Begründung gegen einen europäischen Marineeinsatz aus: „Wir haben kein Interesse an einer Eskalation am Persischen Golf. Die Straße von Hormus ist ein Flaschenhals. Der Manövrierraum für Handels- und Kriegsschiffe in internationalen Gewässern ist äußerst begrenzt. Der Raum ist derart eng, dass er kaum Platz für Kriegsschiffe bietet. Man gerät da sehr schnell in die Hoheitsgewässer der Anrainerstaaten. Je mehr Kriegsschiffe im Persischen Golf unterwegs sind, desto stärker steigt die Gefahr einer Eskalation. Die Straße von Hormus ist eine überfüllte Meeresautobahn. Unserer Meinung nach müssen alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wir brauchen eine Deeskalation – gerade im Interesse der Schifffahrt und unserer Seeleute. Unserer Ansicht nach gilt der Primat der Diplomatie – vor allen Überlegungen über mögliche Marine-Missionen. Am Ende müssen die Staaten am Persischen Golf selber ein Sicherheits-Management organisieren, die eine gemeinsame Absicherung der freien Passage ermöglicht.“

# Politik der Hinrichtung

Die USA per Völkerrechtsbruch in die Eskalation mit dem Iran?

von Marius Pletsch

Das Jahr 2020 fing gerade erst an, da drohten die Spannungen zwischen den USA und Iran völlig zu eskalieren. Am 3. Januar trendete beim Kurznachrichtendienst Twitter der Hashtag #WorldWarIII. Grund für die Sorge vor einem großen direkten Konflikt zwischen den beiden Staaten und den sich möglicherweise daraus ergebenden Konsequenzen war die Ermordung von Quassem Soleimani, iranischer General der Al-Quds Brigade, einem Teil der Revolutionsgarden (Islamic Revolutionary Guard Corps, kurz IRGC) und von Jamal Jaafar al-Ibrahimi, bekannter unter dem Namen Abu Mahdi al-Muhandis, Chef der Kata'ib Hezbollah – offiziell ein Teil der irakischen Streitkräfte – sowie Vizechef der al-Haschd asch-Scha'bi (Popular Mobilization Forces, kurz PMF). Weiter sollen laut Angaben der IRGC vier ihrer Mitglieder und vier irakische Mitglieder der PMF bei dem Drohnenangriff nahe des Flughafens der irakischen Hauptstadt Bagdad am 3. Januar 2020 ums Leben gekommen sein. Am gleichen Abend gab es einen weiteren Angriff im Jemen auf einen weiteren Kommandeur der Al-Quds Brigade, Abdul Reza Shahlai. Dieser schlug aber fehl und soll hier nicht behandelt werden.<sup>1</sup>

Im Folgenden Beitrag sollen vor allem einige rechtliche Fragen dieses Drohnenangriffes näher betrachtet werden, der natürlich auch Auswirkungen auf eine ganze Reihe weiterer Aspekte hat, von denen einige am Ende wenigstens kurz angerissen werden sollen.

## Der Vorlauf

Trotz weiterhin großen Problemen und Konfliktfelder (ballistische Raketen, Irans Auftreten in der Region, Beziehung zu terroristisch agierenden Gruppierungen, US-Säbelrasseln und Auftreten in der Region, etc.) war die Situation zwischen den USA und Iran nicht mehr unter den Top-Themen, die einen mit Besorgnis erfüllten. Das galt zumindest für die kurze Zeitspanne, in der die USA in dem Atomabkommen (JCPOA)

verblieben. Präsident Donald Trump kündigte am 13. Oktober 2017 an, Irans Einhaltung des JCPOA nicht länger zu bestätigen, dies war nach nationaler Gesetzgebung alle 90 Tage nötig. Doch dieser Schritt leitete den Rückzug von dem Atomabkommen ein, der dann am 8. Mai 2018 vollzogen wurde. Gleichzeitig wurde eine Kampagne des maximalen Drucks begonnen, die Iran die durch das Abkommen zugesagten wirtschaftlichen Vorteile verwehren sollte. Und durch sogenannte Sekundärsanktionen (secondary sanctions), die 2018 implementiert wurden, zogen sich nicht nur amerikanische, sondern auch europäische Unternehmen und Banken aus dem Iran-Geschäft zurück.

Auch häuften sich seitdem wieder gewaltsame Zwischenfälle (in der Zeit nach dem Atomabkommen waren die Anschläge von Gruppen, die dem Iran nahe stehen, laut der Terrorismus Database auf einem Tiefpunkt, erst 2018 stiegen die Zahlen wieder an). Einige Ereignisse sollen erwähnt werden: Am 20. Juni 2019 erfolgte der Abschuss einer amerikanischen Spionagedrohne über der Straße von Hormus. Ein iranischer Öltanker wurde von der britischen Marine aufgebracht und vor Gibraltar sechs Wochen festgehalten. Darauf brachte Iran einen Tanker unter britischer Flagge auf. Am 14. September 2019 gab es Angriffe auf die saudiarabische Ölverarbeitungsanlage Abqaiq und Khurais vom Staatskonzern Aramco mit Drohnen und Marschflugkörpern, die dem Iran zugeschrieben werden.

Doch die Temperatur stieg: Am 27. Dezember 2019 wurde die irakische K1 Basis – auf der auch US Personal stationiert ist – nahe Kirkuk mit Raketen angegriffen, ein amerikanischer ziviler Dienstleister wurde dabei getötet und mehrere US-Soldat\*Innen wurden verletzt – auch wenn das Kalkül laut der New York Times wohl nicht war, bei dem Angriff Personen zu töten. Zwei Tage später wurde in Syrien und Irak ein „Vergeltungsschlag“ durchgeführt, bei dem mindestens 25 Mitglieder von Kataib Hezbollah – der Gruppe, der man den Raketenangriff zugeschrieben hatte – getötet

und über 50 weitere verletzt wurden. Zwei Tage später, am 31. Dezember brachen Mitglieder von schiitischen Milizen auf das Botschaftsgelände der USA in Bagdad ein und legten Feuer. Das Personal wurde um 100 Marines verstärkt, die aus Kuwait gesandt wurden, und nach zwei Tagen war die Belagerung beendet.

### **Die Ermordung des Generals:**

#### **Wie und warum kam es zum Feuerbefehl?**

Quassem Soleimani reiste in der Nacht vom zweiten auf den dritten Januar 2020 von Damaskus nach Bagdad. Er wurde von al-Muhandis in Empfang genommen und während zwei Fahrzeuge mit ihnen und Begleitung den Flughafen verließen, wurden von zwei Drohnen des Typs MQ-9 Reaper je zwei Hellfire-Raketen auf die beiden Autos abgeschossen. Verantwortlich für den Einsatz zeichnete sich das Joint Special Operations Command, kurz JSOC. Es handelte auf direkten Befehl des Präsidenten Donald Trump.

Die Möglichkeit Soleimani zu töten hatte nicht nur Trump. Auch den Präsidenten George W. Bush (2001-2009) und Barack Obama (2009-2017) wurde die Option präsentiert. Der US-General Stanley McChrystal, 2007 Chef des JSOC, hatte einen Konvoi im Visier, in dem sich auch Soleimani befand. Er schrieb in einem Artikel bei Foreign Policy: „Aber um ein Feuergefecht und den anschließenden politischen Streit zu vermeiden, beschloss ich, dass wir die Karawane überwachen und nicht sofort zuschlagen sollten“. <sup>2</sup> Im Beitrag selbst scheint er mit der Entscheidung aber zu hadern.

Trump wurde z.B. vom republikanischen Senator Lindsay Graham aus South Carolina im September 2019 für seinen Abbruch einer Militäraktion nach dem Abschuss der Spionagedrohne kritisiert und als schwach dargestellt. <sup>3</sup> Dies setzte ihm wohl so zu, dass er ein Zeichen der vermeintlichen Stärke setzen wollte. Interessanterweise war Senator Graham über die Aktion vorab informiert, nicht aber alle aus der sogenannten „Gang of eight“ des Kongresses – diese Gruppe setzt sich aus den Mehr- und Minderheitsführenden aus Repräsentantenhaus und Senat sowie Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden aus den Geheimdienstausschüssen der beiden Kammern zusammen. Die geradezu toxische Parteipolitik in den USA wird auch dadurch deutlich, dass man wohl demokratische Politiker\*innen deshalb nicht informierte, da man befürchtete, sie würden die Informationen weitergeben. Kritiker\*innen wurden als unpatriotisch oder verräterisch dargestellt. <sup>4</sup> Doch nicht nur Graham drängte Trump zu einem härteren Auftreten, auch die Berater\*innen des Präsidenten schlugen vor, dass man Iran „abschrecken“ sollte, da der zurückhaltende Kurs von Trump nicht funktioniert hätte. Der Angriff auf Soleimani war schon 18 Monate intern dis-

kutiert und weiter vorbereitet worden. <sup>5</sup> Die Idee Soleimani zu töten war also per se kein Schnellschuss.

Auch nach dem Angriff auf Soleimani wollte Trump sich als starker Präsident in Szene setzen und drohte via Twitter mal wieder mit Völkerrechtsverbrechen. Dieses Mal seien bereits 52 Ziele (so viele amerikanische Geiseln wurden während der iranischen Revolution in der Botschaft in Teheran festgehalten), darunter auch kulturelle Stätten, im Iran ausgemacht, die im Falle eines iranischen Gegenschlags attackiert würden. <sup>6</sup>

Eine andere Erklärung für den Zeitpunkt des Angriffs auf Soleimani fand Joseph W. Sullivan: Dadurch, dass die USA nun Netto-Exporteur von Öl ist und sich Iran – auch wegen der Strategie des maximalen Drucks – in einer wirtschaftlichen Krise, inklusive enormer Inflation befindet, waren die befürchteten Konsequenzen für die USA und für den Weltmarkt weniger hinderlich als noch zu Zeiten von Bush und Obama. <sup>7</sup>

Eine weitere Erklärung wurde in dem Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump gesucht. Das Wall Street Journal berichtete, Trump hätte sich für diese Extremoption entschieden, um sich mit den Iran-Falken im Senat gut zu stellen. <sup>8</sup>

### **Rechtliche „Grundlagen“**

In der amerikanischen Debatte spielten völkerrechtliche Erwägungen nur eine eingeschränkte Rolle (zu den Aspekten im nächsten Abschnitt mehr). Vielmehr ging es darum, ob der Angriff nach US-Recht als legal anzusehen war. Es wurden vier mögliche rechtliche Begründungen durch die US-Administration angeführt: Erstens 10 U.S. Code § 127e. Jedoch erlaubt dieser Paragraf nicht den Einsatz von militärischen Mitteln, sondern lediglich die Finanzierung für die Unterstützung von „Anti-Terror-Einsätzen“. Bleiben drei weitere: Die Autorisierung des Gebrauchs militärischer Mittel aus dem Jahr 2001 (2001 AUMF), welche als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 erlassen wurde. Eine weitere Autorisierung des Gebrauchs militärischer Mittel wurde im Jahr 2002 durch den Kongress gewährt, um den Angriff auf das Regime von Saddam Hussein vorzubereiten. Beide AUMFs sind kaum tauglich, um als Rechtsgrundlage herangezogen zu werden. <sup>9</sup> Die letzte Möglichkeit ist der zweite Artikel der Verfassung, wonach der US-Präsident über weitreichende Möglichkeiten verfügt, wenn es um die Verteidigung von US-Interessen geht. Dieses Argument ist dasjenige, mit dem das Weiße Haus gewinnen könnte, da es den Kongress in militärischen Fragen herausgehalten hat. Eigentlich ist es das Recht des Kongresses Krieg zu erklären, nur hat er dies seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr getan. Stattdessen hat er Autorisierungen für den Gebrauch militärischer

Mittel erteilt und die Kontrollfunktionen über die Ausübung der Funktion des Präsidenten als Commander in Chief schleifen lassen, um es vorsichtig auszudrücken.

In einer veröffentlichten Benachrichtigung an den Ausschuss für äußere Angelegenheiten des Repräsentantenhauses scheint sich das Weiße Haus auf zwei dieser vier Möglichkeiten zu konzentrieren: Die 2002 AUMF und den zweiten Artikel der US-Verfassung.<sup>10</sup> Ein Versuch, um die sehr ausgeweiteten Rechte des Präsidenten wieder einzuhegen, ist ein Entwurf einer War Powers Resolution des Senats, der verlangen würde, dass sich der Präsident vor weiteren militärischen Aktionen gegen den Iran die Genehmigung des Kongresses einholen muss. Im Senat hat dieser Entwurf 55 Stimmen bekommen, also haben auch acht Republikaner\*innen mitgestimmt. Um ein erwartetes Veto des Präsidenten zu überstimmen, genügt dies aber nicht. Von daher wird die Resolution wohl nie in Kraft treten.

### Und das Völkerrecht?

Dass die USA mutmaßliche Terrorist\*innen mit Drohnen tötet, ist nicht neu. Dies ist traurige Praxis und wird seit 2001 von republikanischen wie demokratischen Präsidenten so durchgeführt. Der amerikanische Journalist Jeremy Scahill schreibt: „Drohnen sind ein Werkzeug, keine Politik. Die Politik ist Hinrichtung“.<sup>11</sup> Dies gilt auch hier. Neu ist die politische Position der Zielperson(en) und die möglichen (nicht-intendierten) Konsequenzen der Aktion. In einem Interview mit Foreign Policy schätzt der ehemalige Kommandeur der US-Streitkräfte in Irak und Afghanistan, David Patraeus, die Tötung Soleimanis als das signifikantere Ereignis als die Tötung Osama Bin Ladens oder des Anführers von Daesh, Abu Bakr al-Baghdadi, ein<sup>12</sup> – von den möglichen Konsequenzen her mag dies zutreffen.

Grund für diese Bedeutung ist die Person Soleimanis. Er war die quasi Nummer zwei im iranischen Staate, nach Revolutionsführer Ajatollah Khamenei. Für die Beziehungen in der Region war er deutlich wichtiger als z.B. Außenminister Javad Zarif. Er war nicht nur zentral für die Planung von (para-)militärischen Aktionen, sondern übernahm auch viele diplomatische Aufgaben. Somit ist mit ihm auch ein hoher Funktionsträger eines Staates ermordet worden, der nicht unmittelbar an Kampfhandlungen teilgenommen hat – und das während die USA und der Iran nicht in einem bewaffneten Konflikt waren. Und gerade letzterer Punkt unterscheidet den Fall merklich von denen von Bin Laden oder al-Baghdadi. War die Aktion abseits der Einschätzung, ob sie politisch klug war, nach internationalem Recht legal?



Protest in Washington DC gegen einen möglichen Krieg gegen den Iran. Quelle: flickr/ Stephen Melkisetian

Wo Recht im Spiel ist, sind die Meinungen mannigfaltig. Die Völkerrechtlerin Mary Ellen O’Connell sieht grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verletzt, da sie weder eine rechtmäßige Ausübung des Selbstverteidigungsrechts erkennen könne, noch, dass dem Prinzip der militärischen Notwendigkeit gefolgt worden wäre.<sup>13</sup> Die USA haben einen Brief an die UN geschrieben, in dem Sie ihren Fall darlegen: Sie berufen sich in dem Schreiben auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta.<sup>14</sup> Darauf berufen kann ein Staat sich, wenn ein bewaffneter Angriff derzeit im Gange ist oder (möglicherweise) wenn er imminently ist.<sup>15</sup>

Zwar ist es ohnehin mehr als fraglich, ob präventive oder präemptive Gewaltmaßnahmen mit dem Völkerrecht vereinbar sind, das ist hier allerdings sowieso ohne Belang. Denn durch neuere Statements ist das Argument für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff nicht länger haltbar. Präsident Trump sprach bei Fox News von einem bevorstehenden Angriff auf vier US-Botschaften. Der Darstellung haben nicht nur demokratische und einige republikanische Abgeordnete widersprochen, die über den Einsatz ein Briefing erhielten – laut dem republikanischen Senator Mike Lee das „wahrscheinlich schlechteste Briefing, was ich seit neun Jahren als US Senator gehört habe, zumindest über militärische Fragen“<sup>16</sup> –, sondern auch der amerikanische Verteidigungsminister Mark Esper. Dieser sagte beim Sender CBS: „Der Präsident hat kein bestimmtes Beweisstück angeführt. Was er sagte war, dass er daran glaubt. Ich habe keine [Beweise, Anm. d. Autors] gesehen, im Hinblick auf vier Botschaften“.<sup>17</sup> Auch in einem Memo aus dem Weißen Haus, welches am 14. Februar 2020 veröffentlicht wurde, ist keine Rede von einem unmittelbar bevorstehenden Angriff.

Stattdessen wird auf vergangene (aber abgeschlossene) Angriffe rekurriert und der Drohnenschlag damit begründet, dass durch ihn weitere Aktionen Irans abgeschreckt werden sollten.<sup>18</sup>

### **Ein Weg aus der Eskalationsspirale? Noch möglich – aber gewollt?**

Die Folgen der gezielten Tötung waren so vielfältig wie dramatisch: Der Iran kündigte an, sich an weitere Teile des Atomabkommens (JCPOA) nicht mehr gebunden zu fühlen, am 5. Januar 2020 forderte das irakische Parlament die ausländischen Truppen zum Abzug auf. Am gefährlichsten wurde es aber, als der Iran am 8. Januar 2020 einen – ebenfalls völkerrechtswidrigen – Gegenschlag durchführte, bei dem aber niemand getötet wurde.

In der Folge war beiden Seiten zwar sichtlich daran gelegen, eine totale militärische Eskalation zu vermeiden, und auch wenn es in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden ist, die Situation bleibt angespannt und kann schnell wieder hochkochen. Das zeigen weitere Raketeneinschläge in der Grünen Zone in Bagdad und auch der Atomkonflikt schwelt weiter. Auch wenn es keine direkten Gespräche zwischen Iran und den USA gibt, die letzten Wochen haben gezeigt, dass Kanäle über die Schweizer Botschaft in Teheran und z.B. über den japanischen Premier Shinzo Abe offen sind, wenn auch gerade ersterer nicht ohne Reibungen funktioniert und der Schweizer Botschafter in den letzten Wochen mehrfach einbestellt wurde. Auch die Rivalen in der Region haben sich während der drohenden Eskalation zurückgehalten und nicht weiter Öl ins Feuer gegossen. Aber ohne die USA ist eine langfristige Deeskalation im Verhältnis zum Iran nicht in Sicht, zumindest nicht so lange, wie sie an der Ausübung maximalen ökonomischen Drucks festhalten.

*Eine Langfassung dieses Beitrags mit deutlich mehr Quellenverweisen sowie zusätzlichen Kapiteln über das JCPOA, den iranischen Gegenangriff sowie die Abzugsforderung des irakischen Parlamentes findet sich auf [imi-online.de](http://imi-online.de).*

### **Anmerkungen**

- 1 Hudson, John/Ryan, Missy/Dawsey, Josh (WashingtonPost.com, 10.1.2020): On the day U.S. forces killed Soleimani, they targeted a senior Iranian official in Yemen.
- 2 McChrystal, Stanley (ForeignPolicy.com, o.D.): Iran's Deadly Puppet Master.
- 3 Graham, Lindsey (Twitter.com, 17.9.2019); Baker, Peter (NewYorkTimes.com, 17.9.2019): Trump Hits Back After Ally Denounces 'Weakness' With Iran.
- 4 Bump, Philip (WashingtonPost.com, 7.1.2020): The Solei-

- mani aftermath pivots to a key Trump talking point.
- 5 Baker, Peter/Bergman, Ronen/Kirkpatrick, David D./Barnes, Julian E./Rubin, Alissa J. (11.1.2020, New York Times): Seven Days in January: How Trump Pushed U.S. and Iran to the Brink of War.
- 6 Trump, Donald J. (Twitter.com, 4.1.2020).
- 7 Sullivan, Joseph W. (ForeignPolicy.com, 7.1.2020): What Explains Trump Pulling the Trigger on Soleimani? It's the Economics, Stupid.
- 8 Bender, Michael C./Gordon, Michael R./Lubold, Gordon/Strobel, Warren P. (WallStreetJournal.com, 9.1.2020): Trump's New National Security Team Made Fast Work of Iran Strike.
- 9 Für rechtliche Analysen siehe: Anderson, Scott R. (lawfare.com, 3.1.2020): Did the President Have the Domestic Legal Authority to Kill Qassem Soleimani?; Goodman, Ryan/Vladeck, Steve (justsecurity.org, 9.1.2020): Why the 2002 AUMF Does Not Apply to Iran.
- 10 Veröffentlicht unter: House.gov (14.2.2020): Engel Statement on the White House's Latest Justification for Soleimani Killing (direkter Link zum Dokument hier). Für eine Analyse siehe: Goodman, Ryan (justsecurity.org, 14.2.2020): White House '1264 Notice' and Novel Legal Claims for Military Action Against Iran.
- 11 Scahill, Jeremy (TheIntercept.com, 15.10.2015): The Assassination Complex.
- 12 Seligman, Lara (ForeignPolicy.com, 3.1.2020): Petraeus Says Trump May Have Helped 'Reestablish Deterrence' by Killing Soleimani.
- 13 O'Connell, Mary Ellen (ejiltalk.org, 6.1.2020): The Killing of Soleimani and International Law.
- 14 Craft, Kelly (via: justsecurity.org, 8.1.2020): Article 51 Letter to UN Security Council.
- 15 Für eine rechtliche Einschätzung des Briefes siehe: Haque, Adil Ahmad (justsecurity.org, 10.1.2020): U.S. Legal Defense of the Soleimani Strike at the United Nations: A Critical Assessment.
- 16 Zanon, Melanie/Levine, Marianne (politico.com, 8.1.2020): 'Absolutely insane': Mike Lee rips Iran briefing as GOP unites behind Trump.
- 17 Quinn, Melissa (cbsnews.com, 12.1.2020): Esper says he "didn't see" specific evidence showing Iranian threat to 4 U.S. embassies.
- 18 Gearan, Anne/Itkowitz, Colby (WashingtonPost.com, 14.2.2020): White House memo on Soleimani strike makes no mention of imminent threat.

# Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

 IMI.FB  I\_M\_I

## Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Erlangen),  
Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover),  
Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen),  
Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn),  
Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

## Autoren und Autorinnen:

Tobias Pflüger ist Bundestagsabgeordneter und Mitglied im  
IMI-Vorstand. Marius Pletsch ist Redaktionsmitglied von  
Wissenschaft und Frieden und IMI-Beirat. Karl-Heinz Peil  
ist zweiter Vorsitzender der Friedens- und Zukunftswerkstatt  
e. V. in Frankfurt am Main. Jens Wittneben war früher ehren-  
amtlich in der Kampagne „Daimler-Minen stoppen!“ aktiv.

## Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: IMI, Rückseite: [www.hufeiserngegenrechts.de](http://www.hufeiserngegenrechts.de).

## Hinweise zu einzelnen Texten:

Die Artikel „Großmanöver Defender 2020“, „Per EU-  
Umweg zur Atommacht?“ sowie „Neue Ufer“ erschienen  
zuerst bei Telepolis und wurden für diese Ausdruck-Ausgabe  
erweitert und aktualisiert.

## Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhal-  
ten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/  
Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im  
Jahresabo (4 Hefte) 30 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland:  
Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 €  
bzw. Förderabo ab 50 €.

---

## Mitgliedschaftsformular

- Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden  
und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: \_\_\_\_\_

Str., PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

- Mein jährlicher Beitrag beträgt: \_\_\_\_\_ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)  
 Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

- Ich richte einen Dauerauftrag ein.  
 Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: [imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung](http://imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung)



\_\_\_\_\_  
Datum und Unterschrift

Antifaschismus  
ist

gemeinnützig!

